

Nachtrag Nr. 6 vom 11. April 2012

gemäß § 16 Wertpapierprospektgesetz („WpPG“)

zum Basisprospekt für

Schuldverschreibungen (einschließlich Pfandbriefe)

vom 11. Mai 2010

geändert durch Nachtrag Nr. 1 vom 04. April 2011

geändert durch Nachtrag Nr. 2 vom 29. April 2011

geändert durch Nachtrag Nr. 3 vom 18. Mai 2011

geändert durch Nachtrag Nr. 4 vom 19. Juli 2011

geändert durch Nachtrag Nr. 5 vom 17. November 2011

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

(nachstehend „Emittentin“, die „Bank“ oder „Helaba“ oder zusammen mit ihren Tochtergesellschaften auch „Konzern“ genannt)

Dieser Nachtrag wurde bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt und wird in gedruckter Form bei der Emittentin zur kostenlosen Ausgabe an das Publikum bereitgehalten.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Informationen zum Nachtrag	3
Wichtige Hinweise.....	3
Belehrung über das Widerrufsrecht	3
Inhalt dieses Nachtrags	4
Änderung der Zusammenfassung in Bezug auf die Angaben zur Beschreibung der Emittentin (Abschnitt 1.4 des Basisprospekts).....	4
Änderung des Basisprospekts in Bezug auf die Beschreibung der Emittentin Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (Abschnitt 3. des Basisprospekts).....	4
Anhang:	
Lagebericht und Jahresabschluss 2011 der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB).....	5
- Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	A-1
- Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	A-53
Unterzeichner für die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale.....	6

Allgemeine Informationen zum Nachtrag

Die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale übernimmt die Verantwortung für den Inhalt dieses Nachtrags. Die Helaba erklärt, dass die in diesem Nachtrag enthaltenen Angaben ihres Wissens nach richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

Dieser Nachtrag vom 11. April 2012 (der „Nachtrag“) wurde bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt und wird in gedruckter Form bei der Emittentin zur kostenlosen Ausgabe an das Publikum bereitgehalten.

Wichtige Hinweise

Dieser Nachtrag aktualisiert den auf dem Deckblatt genannten Basisprospekt vom 11. Mai 2010 in Bezug auf die bereit gestellten und in diesem Nachtrag genannten Angaben und bildet mit diesem eine Einheit. Die mit diesem Nachtrag bereit gestellten Angaben sind mit den im Basisprospekt zur Verfügung gestellten Angaben im Zusammenhang zu lesen. Die Aushändigung dieses Nachtrags bedeutet zu keiner Zeit, dass die darin enthaltenen Angaben bezüglich der Emittentin zu einem späteren Zeitpunkt als zu dem Datum dieses Nachtrags zutreffend sind oder dass andere im Zusammenhang mit dem Nachtrag zur Verfügung gestellte Angaben zu einem späteren Zeitpunkt zutreffend sind als zu dem Datum des betreffenden Dokuments, in dem diese enthalten sind. Unter den Voraussetzungen des § 16 WpPG wird die Emittentin etwaige weitere Nachträge zum Basisprospekt veröffentlichen.

Belehrung über das Widerrufsrecht

Anleger, die vor Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung von unter dem Basisprospekt angebotenen Wertpapieren gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, können diese innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung dieses Nachtrags widerrufen sofern noch keine Erfüllung eingetreten ist. Der Widerruf muss keine Begründung enthalten und ist in Textform gegenüber der Landesbank Hessen-Thüringen, Neue Mainzer Str. 52-58, 60311 Frankfurt am Main, zu erklären. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Inhalt dieses Nachtrags

Die Helaba hat am 30. März 2012 ihren Jahresabschluss und ihren Lagebericht 2011 nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) veröffentlicht. Dieser Jahresabschluss einschließlich der Jahresbilanz und Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, des Anhangs sowie dem Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale und der Wiedergabe des Bestätigungsvermerks des Abschlussprüfers ist im Anhang dieses Nachtrags beigefügt und ist Bestandteil dieses Nachtrags.

Änderung der Zusammenfassung in Bezug auf die Angaben zur Beschreibung der Emittentin (Abschnitt 1.4 des Basisprospekts)

Die im Basisprospekt vom 11. Mai 2010 im Abschnitt 1.4 enthaltenen Angaben werden unter der Überschrift „Informationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin“ auf Seite 16 wie folgt ergänzt:

Die Emittentin hat am 30. März 2012 ihren Jahresabschluss und ihren Lagebericht nach den Vorschriften des HGB für das Geschäftsjahr 2011 veröffentlicht. Dieser Jahresabschluss und dieser Lagebericht nach den Vorschriften des HGB wurde von PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und erhielt einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Änderung des Basisprospekts in Bezug auf die Beschreibung der Emittentin Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (Abschnitt 3. des Basisprospekts)

Der Basisprospekt vom 11. Mai 2010 wird in Abschnitt 3. unter der Überschrift „Beschreibung der Emittentin Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale“ auf Seite 40 ergänzt. Die aus dem Registrierungsformular vom 12. Mai 2011 in den Basisprospekt vom 11. Mai 2010 einbezogenen Angaben unter der Überschrift „Informationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin“ werden dementsprechend wie folgt aktualisiert:

Historische Finanzinformation

Die Emittentin hat am 30. März 2012 ihren Jahresabschluss und ihren Lagebericht nach den Vorschriften des HGB für das Geschäftsjahr 2011 veröffentlicht. Dieser Jahresabschluss und dieser Lagebericht nach den Vorschriften des HGB wurde von PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und erhielt einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Anhang: Lagebericht und Jahresabschluss 2011 der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale
nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB)

Die nachfolgenden Seiten A-1 bis A-101 sind dem Jahresfinanzbericht 2011 der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale entnommen, der bei der Helaba, Neue Mainzer Strasse 52 – 58, 60311 Frankfurt am Main erhältlich oder unter www.helaba.de abrufbar ist.

Lagebericht der
Landesbank Hessen-Thüringen

Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Geschäftstätigkeit der Helaba

Die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) weist in den letzten Jahren trotz Belastungen aus der Finanz- und Staatsschuldenkrise eine stabile Geschäfts- und Ertragsentwicklung auf. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Helaba sind:

- das konzernweit angelegte strategische Geschäftsmodell einer integrierten Universalbank mit starkem regionalen Fokus, ausgewählter internationaler Präsenz und enger Integration in die Sparkassenorganisation,
- ein konservatives Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement und einer soliden Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung,
- eine starke Verankerung im Kundengeschäft und ein enge Verzahnung mit der Realwirtschaft,
- der weitgehende Verzicht auf Kreditersatzgeschäfte,
- ein langfristig angelegtes Liquiditätsmanagement sowie
- ein hoher Stellenwert des Sparkassenverbund- und des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäftes.

Von zentraler Bedeutung für das Geschäftsmodell der Helaba ist ihre öffentlich-rechtliche Rechtsform in Verbindung mit ihrer engen Integration in die Sparkassenorganisation sowie die Beibehaltung und der Ausbau ihrer Aktivitäten im Verbund- und öffentlichen Fördergeschäft. Das strategische Geschäftsmodell der Helaba basiert deshalb auf den drei Unternehmenssparten Großkundengeschäft, Privatkunden und Mittelstandsgeschäft sowie öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft. Die Geschäftsaktivitäten erfolgen zum einen unmittelbar aus den beiden Bankzentralen in Frankfurt am Main und Erfurt sowie den in- und ausländischen Niederlassungen und Repräsentanzen, zum anderen über Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Aufbauorganisatorisch und in der Geschäftssteuerung gilt grundsätzlich das Prinzip der konzernweiten Divisionalisierung.

Die Helaba konzentriert ihre Geschäftsaktivitäten in der Unternehmenssparte Großkundengeschäft auf die sechs Kerngeschäftsfelder Immobilien, Corporate Finance, Finanzinstitutionen und Public Finance, Global Markets, Asset Management und das Transaktionsgeschäft. Vertriebsseitig verfolgt die Helaba eine Doppelstrategie: zum einen gegenüber Produktkunden aus den jeweiligen Produktbereichen, zum anderen produktübergreifend durch Ausrichtung des Kundenvertriebes auf Zielkunden im Bereich von Großunternehmen, institutionellen Kunden sowie öffentlichen Gebietskörperschaften und kommunalnahen Unternehmen. Hinzu kommt die unmittelbare Marktpräsenz über Niederlassungen in den USA, Großbritannien und Frankreich sowie über Auslandsrepräsentanzen in Madrid, Moskau und Shanghai.

In der Unternehmenssparte Privatkunden und Mittelstandsgeschäft ist die Helaba im Rahmen ihrer Verbundbankfunktion zentraler Produktlieferant und Dienstleistungsplattform für die Verbundsparkassen in Hessen und Thüringen. Im Rahmen des Geschäftsmodells der „wirtschaftlichen Einheit“ mit den Verbundsparkassen erfolgt im gemeinsamen Geschäftsgebiet arbeitsteilig eine

A-3

produkt- und kundenseitige Gesamtmarktabdeckung. Über die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen ist die Helaba in beiden Bundesländern Marktführer im Bausparkassengeschäft. Die Frankfurter Sparkasse, eine 100%ige und vollkonsolidierte Tochtergesellschaft der Helaba in öffentlicher Rechtsform, ist mit über 800.000 Kunden die führende Retailbank in der Region Frankfurt am Main und mit der 1822direkt im nationalen Direktbankgeschäft tätig. Durch die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und deren 100%-Tochter Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG deckt die Helaba ihr Angebot für Sparkassen im Segment Private Banking, Wealth Management und Vermögensverwaltung ab. Strategisch verfolgt die Helaba das Ziel, eine führende Sparkassenverbundbank für Deutschland zu werden.

In der Unternehmenssparte öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft ist die Helaba über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) – als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba – mit der Verwaltung öffentlicher Förderprogramme des Landes Hessen betraut. Für die WIBank, die von der Körperschafts- und Gewerbesteuer befreit ist, besteht in Übereinstimmung mit EU-Recht eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen. Die Helaba ist darüber hinaus an zahlreichen anderen Fördereinrichtungen in Hessen und Thüringen, insbesondere an Bürgschaftsbanken und mittelständischen Beteiligungsgesellschaften beteiligt. Der Thüringer Aufbaubank hat die Helaba ein aufsichtsrechtlich als haftende Eigenmittel anerkanntes Nachrangdarlehen in Höhe von 40 Mio. € gewährt.

Eigentümer, Kapitalausstattung und Organe der Bank

Eigentümer und Träger der Helaba sind mit einem Anteil von 85 % der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen (SGVHT), dem staatsvertraglich als Mitglieder die Sparkassen in Hessen und Thüringen und ihre kommunalen Träger angehören, das Land Hessen mit einem Anteil von 10 % und der Freistaat Thüringen mit einem Anteil von 5 % am Stammkapital der Bank.

Die vom Land Hessen zeitlich unbefristet eingebrachten stillen Einlagen in Höhe von 1,92 Mrd. € wurden mit rechtlicher Wirkung ab dem 30. Dezember 2011 in Kapitaleinlagen gewandelt, die alle aufsichtsrechtlichen Voraussetzungen für die Anerkennung als hartes Kernkapital („Common Equity Tier I Capital“, CET-1-Kapital) erfüllen. Die Kapitaleinlagen nehmen gleichberechtigt zum Stammkapital an einem Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag der Bank teil.

Darüber hinaus haben die Sparkassen in Hessen und Thüringen unbefristete und befristete stille Einlagen in Höhe von 395 Mio. € sowie private und institutionelle Anleger zeitlich unbefristete und befristete Einlagen in Höhe von 658 Mio. € als haftendes Kernkapital in die Helaba eingelegt.

Die Helaba ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt am Main und Erfurt. Die Organe der Bank sind neben dem Vorstand die Trägerversammlung, in der die Eigentümer vertreten sind, und der Verwaltungsrat, der die Aufsichtsfunktion ausübt.

Rating

Seitens der drei führenden Rating-Agenturen Moody's Investors Service (Moody's), Fitch Ratings (Fitch) und Standard & Poor's (S&P) verfügt die Helaba über folgende Ratings für nicht der Gewährträgerhaftung unterliegende Verbindlichkeiten (Stand: 28. Februar 2012).

	Moody's	Fitch	S&P
Langfristig (unbesichert)	A1	A+*	A*
Kurzfristig (unbesichert)	P-1	F1+*	A-1*
Öffentliche Pfandbriefe	Aaa	AAA	AAA
Hypothekenpfandbriefe	-	AAA	-
Finanzkraft-/Individual-Rating	C-	a+*	-

* Gemeinsames Verbund-Rating der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

Die für die Helaba und die Sparkassen von Fitch und S&P vergebenen Verbundratings basieren auf dem gemeinsamen Geschäftsmodell der wirtschaftlichen Einheit der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen sowie den satzungsrechtlich verankerten institutionellen, haftungsmäßigen und wirtschaftlichen Regelungen des Verbundkonzeptes. Im Rahmen der von den Rating-Agenturen im Jahr 2011 vollzogenen Änderungen in der Rating-Methodik wurden von Fitch und S&P alle Rating-Einstufungen der Helaba bestätigt, bei Moody's wurden die unbesicherten langfristigen Verbindlichkeiten mit A1 (zuvor Aa2) eingestuft. Die Helaba gehört im Marktvergleich bei den drei Rating-Agenturen unverändert zu den deutschen Kreditinstituten mit den höchsten Bonitätseinstufungen. Mitte Februar 2012 hat Moody's im Gefolge der Staats-Schuldenkrise in der Eurozone für über hundert europäische Kreditinstitute einen „Review for Downgrade“ bekanntgegeben. Bei der Helaba sind das kurzfristige Rating von „P-1“ sowie die Pfandbrief-Ratings hiervon nicht betroffen; bei langfristigen unbesicherten Verbindlichkeiten ist eine mögliche Herabstufung auf eine Stufe begrenzt.

Steuerungsinstrumentarium und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung verfügt die Helaba über integrierte Systeme zur Geschäfts- und Produktivitätssteuerung. Grundlage ist eine mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung, mit der sowohl Neugeschäfte barwertig bewertet werden als auch das Ergebnis des Bestandes periodengerecht abgebildet wird. Die einzelgeschäftliche Steuerung wird dabei für definierte Kernportfolios des Konzerns angewendet und durch weitere Steuerungskreise komplettiert. In dieser Systematik erfolgt auch die jährliche Planung, aus der eine Bilanz- und GuV-Planung abgeleitet wird. Ausgehend von einer unterjährig regelmäßig erstellten betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung im Deckungsbeitragschema werden für die verschiedenen Ergebniskomponenten Plan-Ist-Vergleiche erzeugt und Abweichungsanalysen durchgeführt. Zur Überwachung der Budgetkompetenzen werden den Geschäftseinheiten zeitnah detaillierte Berichte zur Budgetauslastung zur Verfügung gestellt. Insbesondere zur risiko- und rentabilitätsorientierten Steuerung der Neugeschäfte wird eine systematische Vorkalkulation der Kreditgeschäfte durchgeführt.

Motivierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Helaba. Ein breites Spektrum von Maßnahmen zur Mitarbeiterförderung trägt wesentlich zur Attraktivität der Helaba als Arbeitgeber bei. Aufgrund eines qualifizierten Personalmanage-

mentensystems werden Potenziale der Mitarbeiter erkannt sowie zielgerichtet entwickelt und gefördert. Individuelle Weiterbildungsmaßnahmen stellen sicher, dass die Mitarbeiter den sich wandelnden Herausforderungen gewachsen sind. Auch die Nachwuchsförderung trägt dazu bei, dass ca. die Hälfte der offenen Stellen durch interne Mitarbeiter besetzt werden kann. Diverse Kennzahlen wie beispielsweise eine geringe Fluktuationsrate, die Dauer der Betriebszugehörigkeit und ein niedriger Krankenstand bestätigen die Zufriedenheit und das hohe Engagement der Mitarbeiter.

Das Vergütungssystem der Helaba erfüllt dem Sinn und Zweck nach schon seit Jahren die Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten. Einzelne im Wesentlichen noch formal zu erfüllende Anforderungen wurden nach Beendigung der erforderlichen Einbindung der Gremien umgesetzt. Der Verwaltungsrat der Bank hat am 24. November 2011 den „Grundsätzen für Anstellung, Vergütung und Versorgung der außertariflich Beschäftigten der Bank“ zugestimmt. Diese Grundsätze sollen im Rahmen des Abschlusses einer Dienstvereinbarung umgesetzt werden. Es wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter identifiziert, die aufgrund ihrer Funktion Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil haben. Bei diesen Beschäftigten wurde ab der Abschlussvergütung für das Geschäftsjahr 2009 bereits eine Deferral-Komponente eingeführt, die Abschlussvergütungen für das Geschäftsjahr 2010 wurden den Regelungen der Instituts-Vergütungsverordnung unterworfen. Der 2010 eingerichtete Vergütungsausschuss hat sich in mehreren Sitzungen mit dem aktuellen Vergütungssystem der Helaba auseinandergesetzt; er hat die im Hinblick auf die Regelungen der Instituts-Vergütungsverordnung vorgesehenen Modifikationen diskutiert und Anregungen eingebracht. Der Personalausschuss des Verwaltungsrates, auf den seitens des Verwaltungsrates die Überwachungsfunktion für das Vergütungssystem übertragen worden ist, wurde über die auf der Basis des bisherigen Vergütungssystems beabsichtigten Veränderungen regelmäßig informiert.

Als regional verankertes Kreditinstitut mit öffentlich-rechtlicher Rechtsform übernimmt die Helaba – über ihre kreditwirtschaftlichen Aufgaben und Zielsetzungen hinaus – gesellschaftliche Verantwortung, insbesondere in den Bundesländern Hessen und Thüringen. Die Bank ist direkt beziehungsweise über ihr Tochterinstitut Frankfurter Sparkasse als Sponsor in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens engagiert und fördert herausragende Projekte in Kultur, Bildung, Umwelt, Sport und Sozialwesen. Die Helaba und die Frankfurter Sparkasse gehören zu den Gründungsmitgliedern des von führenden Finanzunternehmen getragenen Vereins „Frankfurt Main Finance e. V.“, dessen Ziel in der Förderung des internationalen Standortmarketings des Finanzplatzes Frankfurt am Main besteht. In ihrer Geschäftsstrategie hat sich die Helaba zur nachhaltigen Ausrichtung ihrer Geschäftstätigkeit und zur Stärkung ihres Nachhaltigkeitsprofils verpflichtet. Mit dem MAIN TOWER, dem Hauptgebäude der Helaba, und dem Objekt JUNGHOF wurden zwei Bestandsgebäude am Standort Frankfurt am Main nach den Standards von „Leadership in Energy and Environmental Design (LEED)“ im Jahr 2011 zertifiziert und damit als umweltfreundliche, ressourcenschonende und nachhaltige Gebäude ausgezeichnet. Die Frankfurter Sparkasse verfügt über ein validiertes Umweltmanagementsystem gemäß Verordnung (EG) Nr. 76/2001 (EMAS II) und nach DIN EN ISO 14001. Ihr gemeinsames Engagement auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit bringen Helaba und Frankfurter Sparkasse durch den Bezug von Strom aus erneuerbaren Energien zum Ausdruck. Beide Institute gehören auch zu den Unterzeichnern der „Charta der Vielfalt“, einer Selbstverpflichtungserklärung von Unternehmen für die Sicherstellung einer vorurteils- und diskriminierungsfreien Unternehmenskultur.

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft startete sehr dynamisch in das Jahr 2011. Nach einem kräftigen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes im ersten Quartal kam es in den folgenden Monaten zu einer spürbaren Verlangsamung. Im Zuge der weltwirtschaftlichen Eintrübung und der Zuspitzung der europäischen Verschuldungskrise schrumpfte die Wirtschaftsleistung im Schlussquartal dann sogar leicht. Mit einem Wachstum von preisbereinigt 3 % stellt das Jahr 2011 insgesamt das zweite Boomjahr in Folge dar. Damit konnte Deutschland wieder das Niveau vor der Finanzkrise erreichen und fast doppelt so stark expandieren wie der Durchschnitt der Eurozone. Am kräftigsten legten die Exporte und die Ausrüstungsinvestitionen zu. Dabei profitierte die deutsche Exportindustrie von der nach wie vor hohen Nachfrage vor allem aus den Schwellenländern. Aber auch die US-Wirtschaft erwies sich trotz zwischenzeitlicher Rezessionsängste als robust und konnte ein BIP-Wachstum von fast 2 % erzielen. Der private Konsum in Deutschland leistete zum ersten Mal seit Jahren einen deutlichen Wachstumsbeitrag. In Folge der günstigen Baukonjunktur entwickelten sich auch die Bauinvestitionen überdurchschnittlich. In anderen Teilen der Eurozone bremsten 2011 die durch die Finanzkrise offengelegten Strukturprobleme. Die Staaten in der Peripherie der Eurozone wurden durch den Druck der Finanzmärkte zu Sparprogrammen und Wirtschaftsreformen gezwungen, die zunächst das Wachstum dämpfen.

Im Dezember 2010 hat der Baseler Ausschuss der Notenbankgouverneure und Leiter der Aufsichtsbehörden die endgültigen Vorschläge der künftigen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen (Basel III) veröffentlicht. Neben der Einführung zweier neuer Liquiditätskennziffern für die Steuerung der kurz- und langfristigen Liquidität umfasst Basel III insbesondere verschärfte qualitative und quantitative Anforderungen an die künftige Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten. Diese werden nach Umsetzung in der Europäischen Union (über die „Capital Requirement Directive“, CRD IV) zum 1. Januar 2013 verbindlich in Kraft treten. Die EU-Kommission hat Mitte 2011 den ersten Entwurf der CRD IV vorgelegt. Neben einer stufenweisen Einführung der neuen Eigenmittelquoten bis zum Jahr 2019 sieht die CRD IV für Kreditinstitute rechtsformunabhängig eine zehnjährige Übergangsfrist für solche Kapitalinstrumente vor, die bisher als aufsichtsrechtliches Kernkapital anerkannt sind, die zukünftigen Anforderungen an „hartes“ Kernkapital (CET-1-Kapital) aber nicht mehr erfüllen. Zudem sieht die CRD IV für alle Kreditinstitute bei Erfüllung entsprechender Voraussetzungen auch zukünftig die Nutzung von Kapitalinstrumenten als CET-1-Kapital vor, die nicht Stammkapital oder Rücklagen darstellen. Von dieser Möglichkeit haben das Land Hessen und die Helaba durch die am 30. Dezember 2011 erfolgte Wandlung der bislang bestehenden stillen Einlagen in Kapitaleinlagen im Volumen von 1,92 Mrd. € Gebrauch gemacht.

Auf der Grundlage von Beschlüssen des Europäischen Rates hat die Anfang des Jahres 2011 gegründete Europäische Bankenaufsicht (EBA) im letzten Jahr mehrere Stresstests für systemrelevante Banken in der Europäischen Union (EU) durchgeführt. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Schuldenkrise in der Eurozone sollten die Stabilität des europäischen Bankensektors getestet und die Vertrauensbildung an den Finanzmärkten gefördert werden. Unabhängig von den mit Basel III bzw. CRD IV verfolgten Zeitplänen für die quantitative und qualitative Umsetzung neuer aufsichtsrechtlicher Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung legte die EBA für die Stresstests einen Eigenkapitalbegriff zugrunde, der ausschließlich auf „hartes“ Kernkapital abstellte. Zudem wurde in der zweiten Jahreshälfte für die Stresstests eine Mindestquote für CET-1-Kapital von 9 % festgelegt, die von systemrelevanten EU-Banken temporär auch über den 30. Juni 2012 hinaus vorzuhalten ist.

A-7

Den zum Stichtag 30. September 2011 durchgeführten Stresstest hat die Helaba aus formaltechnischen Gründen nicht bestanden, da die zum Jahresende 2011 erfolgte Wandlung der vom Land Hessen gehaltenen stillen Einlagen im Volumen von 1,92 Mrd. € in Kapitaleinlagen seitens der EBA formell nicht berücksichtigt wurde. Die Kapitaleinlagen des Landes Hessen stellen „hartes“ Kernkapital (CET-1-Kapital) dar, so dass materiell kein Rekapitalisierungsbedarf bei der Helaba besteht. Vielmehr hat die Helaba mit diesen Maßnahmen ihre Kapitalbasis frühzeitig an die Eigenkapitalanforderungen nach Basel III bzw. CRD IV angepasst.

Im deutschen Bankenmarkt haben die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Euro-Schuldenkrise sowie die verschärften aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen bezüglich Eigenkapital und Liquidität den Druck auf die Kreditinstitute zur Überprüfung und Anpassung der Geschäftsmodelle deutlich verstärkt. Hinzu kommen bei denjenigen Banken, die zur wirtschaftlichen Stabilisierung staatliche Beihilfen in Anspruch nehmen mussten, die Pflichten zur Umsetzung von Auflagen der EU-Kommission. Diese führen zu einem Abbau bzw. der Einstellung von Geschäftsaktivitäten und Veräußerungen von Beteiligungsunternehmen. Im Zuge der im Jahr 2011 von der EBA durchgeführten Stresstests sind bei systemrelevanten Kreditinstituten die Anforderungen an die Ausstattung mit „hartem“ Kernkapital kräftig gestiegen. Zu deren Erfüllung sind bei zahlreichen Kreditinstituten Rekapitalisierungs-Maßnahmen eingeleitet worden, die nachhaltig deren Marktposition beeinflussen werden. Die 2011 von den führenden Rating-Agenturen vorgenommenen Veränderungen in der Rating-Methodik haben in der deutschen Kreditwirtschaft zu zahlreichen Rating-Herabstufungen geführt, die die Beschaffungsmöglichkeiten an den nationalen und insbesondere den internationalen Refinanzierungsmärkten negativ beeinflussen. Die Kombination von höheren Kapital-, Liquiditäts- und Refinanzierungskosten sowie den Belastungen aus der deutschen Bankenabgabe führt zu einer dauerhaften Absenkung der Rentabilität des Bankensektors. Hierdurch ergeben sich strukturelle Anpassungsprozesse und Verschiebungen von Marktanteilen in bedeutsamen Geschäftsfeldern, die zugleich auch für das einzelne Kreditinstitut strategische Chancen eröffnen.

Die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen zur Stützung bzw. Abwicklung von Kreditinstituten haben sich seit Jahresanfang 2011 in Deutschland mehrfach verändert. Zu Jahresbeginn trat das Restrukturierungsfonds-Gesetz in Kraft. Bestandteil dieses Gesetzes ist die Einführung von Beiträgen der Kreditwirtschaft (Bankenabgabe) zur Finanzierung eines bei der Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA) eingerichteten Fonds zur Restrukturierung von Kreditinstituten in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die Bankenabgabe ist aus den versteuerten Betriebsergebnissen zu leisten. Des Weiteren ermöglicht das Anfang 2011 in Kraft getretene Restrukturierungs- und Abwicklungsgesetz die Sanierung und Reorganisation von in wirtschaftliche Schieflagen geratenen Kreditinstituten. Anfang 2012 hat der Gesetzgeber im Rahmen des zweiten Finanzmarktstabilisierungsgesetzes, befristet bis Jahresende 2012, die FMSA für Maßnahmen zur Stabilisierung von Kreditinstituten ermächtigt, die einen Garantierahmen von insgesamt 400 Mrd. € und einen Eigenkapitalrahmen von bis zu 80 Mrd. € vorsehen. Für den gleichen Zeitraum hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) für den Fall einer besonderen Risikolage auf dem Finanzmarkt oder zur Abwendung einer drohenden Gefahr für die Finanzmarktstabilität die Kompetenz zur Anordnung von Kapitalmaßnahmen bei einzelnen Kreditinstituten erhalten, die über die geltenden Kapitalanforderungen der Solvabilitätsverordnung (SolvV) oder in institutspezifischen Gründen liegenden Anforderungen hinausgehen. Mit diesem breiten Instrumentenfächer hat der deutsche Gesetzgeber hinreichende Voraussetzungen geschaffen, das Vertrauen der Finanzmärkte in die Stabilität des deutschen Bankensystems zu sichern.

Bei der seit Mitte 2010 auf EU-Ebene geführten Diskussion zur Einführung von europaweit einheitlichen Einlagensicherungssystemen zum Schutz von Kundeneinlagen zeichnet sich ab, dass auch zukünftig national bestehende institutssichernde Systeme, wie zum Beispiel der bestehende Haftungsverband in der deutschen Sparkassen- und Landesbankenorganisation, als vollwertige Alternative zur Einlagensicherung fortbestehen können.

Beurteilung der Geschäftsentwicklung

Die Geschäfts- und Ertragslage der Helaba war im Geschäftsjahr 2011 geprägt vom kräftigen, im Jahresverlauf allerdings deutlich abnehmenden konjunkturellen Wachstum in Deutschland und der hohen Volatilität an den Finanzmärkten im Gefolge der Schuldenkrise einzelner Euroländer. In diesem wirtschaftlichen Umfeld hat sich das operative Geschäft der Helaba weiter positiv entwickelt. Im Kreditgeschäft mit Kunden wurde im mittel- und langfristigen Neugeschäft der Helaba ein Abschlussvolumen von 13,5 Mrd. € erreicht. Trotz eines Zuwachses von 35 % gegenüber dem Vorjahr sanken aufgrund hoher, zum Teil außerordentlicher Tilgungen die Forderungen an Kunden bankweit um 2,3 Mrd. € bzw. 3 % auf 74,7 Mrd. €. Vom mittel- und langfristigen Neugeschäft entfielen 6,7 Mrd. € auf Immobilienkredite, 4,1 Mrd. € auf das Corporate Finance-Geschäft sowie jeweils 1,0 Mrd. € auf das Sparkassen- und das Kommunalgeschäft. Diese Fokussierung der Kreditvergabe auf Kerngeschäftsfelder entspricht der realwirtschaftlichen Ausrichtung des strategischen Geschäftsmodells der Helaba. Aufgrund ihres hohen Marktstandings konnte die Helaba zur fristenkongruenten Refinanzierung des Neugeschäftsvolumens an den Geld- und Rentenmärkten problemlos die erforderlichen Mittel beschaffen. Bei mittel- und langfristigen Refinanzierungen sind ungedeckte Bankschuldverschreibungen sowie öffentliche und Hypothekenspfandbriefe die wesentlichen Refinanzierungsinstrumente.

Auch im Geschäftsjahr 2011 erzielt die Helaba ein Ergebnis, das die Bedienung aller Nachrangmittel, Genussrechte sowie stiller Einlagen, die Dotierung der Gewinnrücklagen zur Stärkung des Kernkapitals und den Ausweis eines Bilanzgewinnes erlaubt. Mit einer Kernkapitalquote zum 31. Dezember 2011 von 10,1 % und einer gesamten Eigenmittelquote von 15,3 % verfügt der Helaba-Konzern über eine komfortable Eigenmittelausstattung. Mit der Ende 2011 erfolgten Wandlung der stillen Einlagen des Landes Hessen im Volumen von 1,92 Mrd. € in „hartes“ Kernkapital erfüllt die Helaba frühzeitig die Eigenkapitalanforderungen von Basel III bzw. der CRD IV.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Wesentliche Daten zur Entwicklung 2011

	2011	2010	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Geschäftsvolumen	174.329	180.576	-6.247	-3
Bilanzsumme	151.350	152.563	-1.213	-1
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	475	692	-217	-31
Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	-193	-279	86	31
Jahresüberschuss	202	253	-51	-20

A-9

Die Bank berücksichtigt wie in den Vorjahren den Aufwand für die Bedienung ihrer Stillen Einlagen in der Darstellung der Ertragslage nicht. Der Zinsüberschuss und damit auch das Betriebsergebnis sind in der Ertragslage daher um 93 Mio. € (2010: 93 Mio. €) höher ausgewiesen als in der Gewinn- und Verlustrechnung.

Ertragslage

Die Helaba konnte im Jahr 2011 einen Jahresüberschuss von 202 Mio. € erzielen. Vor allem aufgrund von Belastungen an den Finanzmärkten im zweiten Halbjahr, aber auch wegen der neu hinzuge- tretenen Aufwendungen für die Bankenabgabe liegt der Jahresüberschuss damit unter dem Niveau des Vorjahres.

Ertragslage

	2011	2010	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Zinsüberschuss	1.023	997	26	3
Provisionsüberschuss	120	110	10	9
Nettoertrag des Handelsbestandes	3	178	-175	-98
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-32	-12	-20	>100
Operatives Ergebnis	1.114	1.273	-159	-13
Verwaltungsaufwendungen	-639	-581	-58	-10
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	475	692	-217	-31
Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	-193	-279	86	31
Zuführung/Auflösung von Vorsorgereserven (§ 340f HGB)	-15	-70	55	79
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge	267	343	-76	-22
Außerordentliches Ergebnis	-13	-34	21	62
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-52	-56	4	7
Jahresüberschuss	202	253	-51	-20

Der Zinsüberschuss als wesentliche Erfolgskomponente für die Helaba liegt bei 1.023 Mio. € nach 997 Mio. € im Vorjahr. Der Anstieg resultiert überwiegend aus verbesserten Beiträgen im Kundengeschäft sowie gestiegenen Beteiligungserträgen.

Der Provisionsüberschuss liegt mit einem Anstieg von 10 Mio. € um 9 % über dem Niveau des Vorjahres (110 Mio. €). Zum Provisionsüberschuss haben wie in den Vorjahren wesentlich die Avalprovisionen beigetragen, daneben Provisionen aus dem Außenhandelsgeschäft und andere bankübliche Provisionen.

Im Nettoertrag des Handelsbestandes werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisbeiträge der Handelsgeschäfte ausgewiesen. Der Rückgang des Nettoertrages von 178 Mio. € im Vorjahr auf 3 Mio. € für das Jahr 2011 ist im Wesentlichen auf die Markturbulenzen des zweiten Halbjahres 2011 und die dabei aufgetretenen Spread-Ausweitungen zurückzuführen.

Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträgen liegt bei –32 Mio. € (2010: –12 Mio. €). In dieser Ergebnisposition sind auch die separat zu ermittelnden Aufwendungen für die Aufzinsung von Rückstellungen enthalten, die maßgeblich aus Pensionsrückstellungen resultieren. Der Rückgang im sonstigen betrieblichen Ergebnis ist im Wesentlichen auf die Neubildung von Rückstellungen zurückzuführen.

Die Verwaltungsaufwendungen sind um 58 Mio. € auf 639 Mio. € angestiegen und setzen sich aus Personalaufwendungen (311 Mio. €, 2010: 291 Mio. €) und Sachaufwendungen (317 Mio. €, 2010: 277 Mio. €) sowie Abschreibungen auf Sachanlagen (11 Mio. €, 2010: 13 Mio. €) zusammen. Der Anstieg der Personalaufwendungen resultiert überwiegend aus erhöhten Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen. Der Aufwand für Gehälter und Löhne stieg um 8 Mio. €. Zum Anstieg der Sachaufwendungen haben primär die erstmals angefallenen Beiträge zum Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute (Bankenabgabe) in Höhe von 30 Mio. € beigetragen. Daneben haben sich infolge gestiegener Kosten für Gutachten und sonstige Auftragsarbeiten auch die Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb erhöht (+14 Mio. €).

Am Jahresende waren 3.119 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2010: 3.122) beschäftigt. Die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl verminderte sich geringfügig von 3.117 auf 3.115.

Das rückläufige operative Ergebnis von 1.114 Mio. € und Verwaltungsaufwendungen von 639 Mio. € führen zu einem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge von 475 Mio. €. Dies entspricht einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 217 Mio. € oder 31 %.

Das Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2011	2010	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Ergebnis des Kreditgeschäftes	-170	-241	71	29
Ergebnis des Beteiligungsgeschäftes	5	-33	38	>100
Ergebnis der Wertpapiere der Liquiditätsreserve, des Anlagevermögens und der Bankbuchderivate	-28	-5	-23	>100
Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	-193	-279	86	31

Der Aufwand für die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft ist auch im Jahr 2011 weiter zurückgegangen. Er beläuft sich im Saldo auf –170 Mio. € und liegt damit deutlich unter dem Vorjahreswert von –241 Mio. €.

Im Ergebnis des Beteiligungsgeschäftes wirken sich Erlöse und Aufwendungen aus dem Abbau der Beteiligung an der DekaBank sowie aus Verkäufen und Buchwertanpassungen anderer Beteiligungen aus.

Das Ergebnis der Wertpapiere der Liquiditätsreserve ist der Saldo aus Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip, aus Veräußerungsgewinnen und -verlusten sowie handelsrechtlich nach § 253 Abs. 5 HGB gebotenen Zuschreibungen. Zusammen mit dem Einlösungsergebnis aus

A-11

Wertpapieren des Anlagevermögens und dem Bewertungsergebnis aus Bankbuchderivaten resultiert ein Ergebnisbeitrag von –28 Mio. €, nach –5 Mio. € im Vorjahr. Darin enthalten sind Aufwendungen in Höhe von 28,4 Mio. € für Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen, die auf den Marktwert abgeschrieben wurden.

Den Vorsorgereserven nach § 340f HGB wurden 15 Mio. € zugeführt, so dass sich das Betriebsergebnis nach Bewertung auf insgesamt 267 Mio. € beläuft (2010: 343 Mio. €). Aus der Umstellung auf Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) resultiert für das Jahr 2011 ein außerordentlicher Aufwand von 13 Mio. € aufgrund des über mehrere Perioden gestreckten Anteiles für die Umstellung der Dotierung der Pensionsrückstellungen auf das durch das BilMoG vorgegebene Bemessungsverfahren.

Mit einem Steueraufwand von 52 Mio. € ergibt sich ein Jahresüberschuss von 202 Mio. €, der neben einer Bedienung aller Nachrangmittel sowie der stillen Einlagen auch die Dotierung der Gewinnrücklagen zur Stärkung des Kernkapitals und den Ausweis eines Bilanzgewinnes erlaubt.

Entwicklung der Aktiva

	2011	2010	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Forderungen an Kreditinstitute	18.131	17.327	804	5
Forderungen an Kunden	74.699	76.997	–2.299	–3
Schuldverschreibungen und Aktien	13.118	11.572	1.546	13
Handelsbestand (Aktiv)	40.693	41.445	–752	–2
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	2.241	2.519	–278	–11
Übrige Aktivbestände	2.468	2.703	–234	–9
Bilanzsumme	151.350	152.563	–1.213	–1
Geschäftsvolumen	174.329	180.576	–6.247	–3

Die Bilanzsumme der Helaba ist im Geschäftsjahr 2011 von 152,6 Mrd. € auf 151,4 Mrd. € leicht gesunken. Maßgeblich hierfür ist der Rückgang der Kundenforderungen um 2,3 Mrd. €. Zum Rückgang des Geschäftsvolumens um 6,2 Mrd. € auf 174,3 Mrd. € haben zusätzlich Abnahmen der Eventualverbindlichkeiten um 2,8 Mrd. € sowie der anderen Verpflichtungen um 2,3 Mrd. € beigetragen.

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich um 0,8 Mrd. € auf 18,1 Mrd. €. Von diesem Forderungsvolumen entfallen 9,2 Mrd. € (2010: 9,0 Mrd. €) auf Refinanzierungsmittel, die den Sparkassen in Hessen und Thüringen zur Verfügung gestellt wurden.

Die Forderungen an Kunden sind um 2,3 Mrd. € auf 74,7 Mrd. € zurückgegangen. Während die Ausleihungen für Hypothekendarlehen nahezu konstant blieben (14,9 Mrd. €) und die Kommalkredite um 0,4 Mrd. € auf 17,0 Mrd. € leicht zugenommen haben, waren die sonstigen Ausleihungen um 2,6 Mrd. € sowie die Baudarlehen der Bausparkasse um 0,1 Mrd. € rückläufig. Vom Rückgang der sonstigen Ausleihungen entfallen auf ausländische Adressen 1,6 Mrd. €, auf inländische 1,0 Mrd. €.

Das Volumen der Schuldverschreibungen und Aktien, die dem Anlage- und Liquiditätsbestand zugeordnet sind, hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter um 1,5 Mrd. € auf 13,1 Mrd. € erhöht. Den Schwerpunkt der Anlagen bilden mit 11,8 Mrd. € Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (2010: 10,1 Mrd. €). Der Anteil von Asset Backed Securities ist weiter von 1,1 Mrd. € im Vorjahr auf 0,8 Mrd. € gesunken. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden mit 1,3 Mrd. € (2010: 1,4 Mrd. €) ausgewiesen.

Der Handelsbestand (Aktiv) ist in der Berichtsperiode um 0,8 Mrd. € auf 40,7 Mrd. € zurückgegangen. Den Schwerpunkt der Handelsaktiva bilden mit 24,5 Mrd. € Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (2010: 27,5 Mrd. €); Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind lediglich mit 0,1 Mrd. € (2010: 0,1 Mrd. €) enthalten. Forderungen des Handels liegen mit 6,9 Mrd. € unter dem Wert des Vorjahres (7,2 Mrd. €). Die Derivate im Handelsbestand (Aktiv) sind mit 9,1 Mrd. € ausgewiesen (2010: 6,7 Mrd. €).

Der Rückgang der Buchwerte der Beteiligungen und verbundenen Unternehmen ist im Wesentlichen auf die Rückführung des Beteiligungsbuchwertes an der GLB GmbH & Co. OHG durch Kapitalherabsetzung zurückzuführen.

Das Geschäftsvolumen, das zusätzlich zur Bilanzsumme das außerbilanzielle Geschäft umfasst, sank von 180,6 Mrd. € auf 174,3 Mrd. €. Die Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften, Gewährleistungen und Garantien verringerten sich von 8,1 Mrd. € auf 5,3 Mrd. €. Hier sind mit 1,3 Mrd. € (2010: 2,0 Mrd. €) wie Garantien behandelte Credit Default Swaps, die nicht dem Handelsbestand zuzuordnen sind, enthalten.

Die Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen verminderten sich um 2,3 Mrd. € auf 17,7 Mrd. €.

Entwicklung der Passiva

	2011	2010	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	34.987	34.556	431	1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	26.402	24.520	1.882	8
Verbriefte Verbindlichkeiten	38.841	41.775	-2.934	-7
Handelsbestand (Passiv)	38.674	39.791	-1.117	-3
Eigene Mittel	9.034	8.960	74	1
Übrige Passivbestände	3.412	2.961	411	14
Bilanzsumme	151.350	152.563	-1.213	-1

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten liegen gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht bei 35,0 Mrd. € (2010: 34,6 Mrd. €). Die Verbindlichkeiten gegenüber Sparkassen in Hessen und Thüringen sind auf 7,4 Mrd. € (2010: 5,9 Mrd. €) angewachsen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich um 1,9 Mrd. € auf 26,4 Mrd. €. Darin sind Bauspareinlagen in Höhe von 3,3 Mrd. € (2010: 3,3 Mrd. €) enthalten.

A-13

Die verbrieften Verbindlichkeiten gingen um 2,9 Mrd. zurück. Der Bestand an begebenen Schuldverschreibungen betrug 38,0 Mrd. € (2010: 40,0 Mrd. €). Die Position „Andere verbrieftete Verbindlichkeiten“, die überwiegend die Emissionsprogramme kurzfristiger Geldmarktpapiere enthält, lag bei 0,8 Mrd. € (2010: 1,8 Mrd. €).

Der Handelsbestand (Passiv) ist um 1,1 Mrd. € auf 38,7 Mrd. € zurückgegangen. Die Verbindlichkeiten des Handels sind mit 28,5 Mrd. € ausgewiesen (2010: 32,5 Mrd. €), Derivate im Handelsbestand (Passiv) mit 10,1 Mrd. € (2010: 7,3 Mrd. €). Die Verbindlichkeiten gegenüber Sparkassen in Hessen und Thüringen im Handelsbestand sind auf 2,6 Mrd. € nach 2,1 Mrd. € im Vorjahr gestiegen.

Eigene Mittel

Die in der Bilanz ausgewiesenen eigenen Mittel (das heißt Eigenkapital ohne Bilanzgewinn, einschließlich Fonds für allgemeine Bankrisiken, Genussrechtskapital und nachrangige Verbindlichkeiten) der Bank betragen zum 31. Dezember 2011 9,0 Mrd. €.

Aufsichtsrechtlich belaufen sich die Eigenmittel der Bank zum 31. Dezember 2011 – das heißt vor Feststellung des Jahresabschlusses und somit vor Berücksichtigung von Zuführungen zu den Gewinnrücklagen und inklusive –135 Mio. € aus dem Vergleich der Expected Losses (EL) zu den Wertberichtigungen des Jahresendes 2010 – auf 8,7 Mrd. €. Darin enthalten ist Kernkapital für Solvenz-zwecke in Höhe von 5,8 Mrd. €. Die dem Kernkapital zuzurechnenden stillen Einlagen betragen 3,0 Mrd. €.

Die Eigenkapitalanforderungen der Bank gemäß SolvV betragen 4,5 Mrd. € zum 31. Dezember 2011. Daraus ergibt sich für die Helaba eine Gesamtkennziffer von 15,5 %; die Kernkapitalquote für Solvenz-zwecke beträgt 10,3 %.

Die nach der SolvV geforderte Eigenmittelunterlegung der anrechnungspflichtigen Positionen wurde im Geschäftsjahr 2011 jederzeit eingehalten.

Mit der Zuführung zu den Gewinnrücklagen hat die Helaba ihr bilanzielles Eigenkapital sowie ihre aufsichtsrechtlichen Eigenmittel wie in den Vorjahren weiter gestärkt.

Chancen- und Risikobericht

Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die Festlegung einer mit der Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategie zuständig. Die Risikostrategie legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen, satzungsmäßigen und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den grundsätzlichen Umgang mit Risiken und die Ziele der Risikosteuerung sowie die Maßnahmen zur Zielerreichung in der Helaba und den in das gruppenweite Risikomanagement eingebundenen Konzernunternehmen fest. Die Risikostrategie wird nach Verabschiedung dem Verwaltungsrat und der Trägerversammlung zur Kenntnis gegeben und mit diesen erörtert.

Die Risikostrategie des Helaba-Konzernes ist abgeleitet aus der Geschäftsstrategie des Helaba-Konzerns. Die Geschäftsstrategie des Helaba-Konzerns ist eingebunden in die Geschäfts- und Risikostrategie der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen und bildet gleichzeitig den Rahmen für die Risikostrategie.

Im Mittelpunkt der Risikostrategie steht das ertragsorientierte Eingehen von Risiken unter Berücksichtigung des ökonomischen und des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals bei gleichzeitiger Sicherstellung der Liquidität und eines konservativen Risikoprofils. Das Risikomanagementsystem ist daher ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung.

Im Laufe der Jahre wurde der Risikomanagementprozess verfeinert, so dass die Helaba über ausgereifte Instrumentarien und Rahmenbedingungen verfügt. Neben organisatorischen Regelungen, wie Kompetenzrichtlinien und Prozess- beziehungsweise Systemdokumentationen wurden auch die Methoden zur Risikoidentifizierung, -quantifizierung, -kontrolle und -steuerung stetig weiterentwickelt.

Prinzipien

Verantwortung der Geschäftsleitung

Im Rahmen der Verantwortung der Geschäftsleitung trägt der Vorstand – unabhängig von der Geschäftsverteilung – die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Er legt unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba auf der Grundlage einer Analyse der geschäftspolitischen Ausgangssituation sowie der Einschätzung der damit verbundenen Risiken die Risikostrategie fest und trägt für deren Umsetzung Sorge. Gegenstand der Risikostrategie sind alle wesentlichen Geschäftsaktivitäten der Helaba-Gruppe. Bei den Tochtergesellschaften werden die Strategien, Prozesse und Verfahren im Rahmen ihrer gesellschaftsrechtlichen und tatsächlichen Einflussmöglichkeiten implementiert. Darüber hinaus werden die Konzerngesellschaften unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und der gesellschaftsrechtlichen Möglichkeiten in das Controllinginstrumentarium der einzelnen Risikoarten eingebunden. Damit wird ein konzernweites Risikocontrolling sichergestellt.

Vermögensschutz

Risiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der Risikostrategie im Einklang mit der Erreichung der Unternehmensziele – insbesondere der Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft bei bestmöglichem Schutz des Vermögens der Helaba – eingegangen werden. Diesem Zweck dienen bestehende Risikolimitstrukturen sowie Anreizsysteme und die dafür notwendigen Kontrollmechanismen.

A-15

Reputationsschutz

Zur Aufrechterhaltung des positiven Images und für die Erzielung eines bestmöglichen Ratings sind ein funktionierendes Risikomanagement sowie die Vermeidung rufschädigender Verstöße gegen gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorschriften (Compliance) von existenzieller Bedeutung.

Klare Kompetenzen

Die Verantwortlichkeit, dass in den jeweiligen Markteinheiten ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und erzielten Erträgen herrscht, obliegt den Führungskräften dieser Einheiten. Die Kontrolleinheiten haben dafür Sorge zu tragen, dass dies eingehalten und bei bestehenden beziehungsweise möglichen Diskrepanzen dem entsprechenden Kompetenzträger aufgezeigt wird.

Funktionstrennung

Um Objektivität und Transparenz zu ermöglichen, ist die Gewährleistung der Unabhängigkeit von Risikocontrolling und -steuerung erforderlich. Unabhängige Kontrollprozesse sind überall dort zu implementieren, wo es die Art und die Höhe der Risiken bedingen.

Transparenz

Eine vollständige und sachliche Berichterstattung sowie Offenlegung der Risiken ist ein weiterer wichtiger Baustein der Risikostrategie der Helaba. Nur auf dieser Grundlage ist eine sachgerechte Unterrichtung der Gremien durch den Vorstand möglich.

Kosteneffizienz

Einen weiteren Aspekt stellt die Kosteneffizienz der Kontrolleinheiten, insbesondere der eingesetzten Systeme, dar. Die getätigten Aufwendungen, die im Rahmen der Risikokontrolle (aber auch des Risikomanagements) anfallen, stehen in einer vernünftigen Relation zu den jeweils betrachteten Risiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Die Risikostrategie wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba festgelegt.

Erfüllung aufsichtsrechtlicher Normen

Entscheidend für die Gestaltung der Risikostrategie ist nicht zuletzt die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Auflagen, die in einem engen Dialog mit der Bankenaufsicht erfolgt. Die Helaba meldet das regulatorische Kapital seit 2007 nach den Regelungen des Foundation-IRB-Ansatzes.

Risikobewusstes Verhalten

Die Erreichung der Ziele sowie die Einhaltung gesetzlicher Normen hängt von der Disziplin aller Beteiligten hinsichtlich Strategie, Prozessen, Kontrollen und Compliance ab.

Prüfung

Die Interne Revision prüft grundsätzlich alle Betriebs- und Geschäftsabläufe. Damit wird die Einhaltung definierter Abläufe gefördert. Die Beurteilung von Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse.

Risikoklassifizierung

Risikoarten

Risikoarten, die für die Helaba von Bedeutung sind, resultieren unmittelbar aus der operativen Geschäftstätigkeit der Helaba. Im Rahmen der strukturierten Risikoinventur wird überprüft, welche Risiken die Vermögenslage (inklusive Kapitalausstattung), die Ertragslage oder die Liquiditätslage der Helaba-Gruppe wesentlich beeinträchtigen können. Folgende wesentliche Risikoarten wurden identifiziert:

- Das Adressenausfallrisiko ist das wirtschaftliche Verlustpotenzial aufgrund des Ausfalles oder der Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern (klassisches Kreditgeschäft), Emittenten, Kontrahenten oder Beteiligungen sowie aufgrund von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder Leistungsverkehrs (Waren und Dienstleistungen). Bonitätsrisiken, die im Marktpreisrisiko unter dem Credit-Spread-Risiko und dem inkrementellen Risiko abgebildet werden, sind nicht Bestandteil des Adressenausfallrisikos.

Unter das Adressenausfallrisiko fällt auch das Beteiligungsrisiko (Residualrisikoart) als wirtschaftliches Verlustpotenzial, das sich aus einem Ausfall oder einer Bonitätsverschlechterung einer Beteiligung ergibt, die nicht auf Ebene der Einzelrisikoarten gesteuert wird. In der Folge kann es zu einem Rückgang des Anteilwertes, ausbleibenden oder rückläufigen Ausschüttungen, zu Verlustübernahmen oder zu Einzahlungs-, Nachschuss- und Haftungsverpflichtungen kommen.
- Das Marktpreisrisiko ist das wirtschaftliche Verlustpotenzial, das aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen aufgrund von Änderungen der Zinssätze, der Devisenkurse, der Aktienkurse und der Rohwarenpreise sowie ihrer Volatilitäten resultiert. Dabei führen Veränderungen des Zinsniveaus eines Marktsegmentes zu allgemeinen Zinsänderungsrisiken, spezifische Zinssatzveränderungen (zum Beispiel eines Emittenten) zu Credit-Spread-Risiken und Preisveränderungen bonitätsbehafteter Wertpapiere aus Rating-Veränderungen (inklusive Default) zu inkrementellen Risiken.
- Das Liquiditätsrisiko wird in drei Kategorien unterteilt. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den anfallenden Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können. Strukturelle Liquiditätsrisiken ergeben sich aus einem unausgewogenen Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur und einer ungünstigen Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve. Marktliquiditätsrisiken ergeben sich aus der unzureichenden Liquidität von Vermögensgegenständen, die dazu führt, dass Positionen nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten geschlossen werden können. Die mit außerbilanziellen Geschäften verbundenen Liquiditätsrisiken führen je nach Ausprägung zu kurzfristigen und/oder strukturellen Liquiditätsrisiken.
- Das operationelle Risiko wird definiert als die Gefahr von Verlusten, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder in der Folge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken und Auslagerungsrisiken ein.
- Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann.
- Unter dem Immobilienrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie aus dem Projektentwicklungsgeschäft erfasst. Hierzu gehören nicht Risiken aus der Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital für das jeweilige Projekt sowie Risiken aus Immobilienfinanzierungen.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen können innerhalb einer und zwischen verschiedenen Risikoarten entstehen. Das Management der Risikokonzentrationen – das heißt die Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung – sowie die Berichterstattung über identifizierte Risikokonzentrationen erfolgt in der Helaba von den risikoüberwachenden Bereichen gemäß ihrer Zuständigkeiten für wesentliche Risikoarten, Risikotragfähigkeit und Stresstests.

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement in der Helaba umfasst vier Elemente, die als aufeinander folgende Phasen in einem Prozess zu sehen sind:

1. Risikoidentifikation

Die Identifikation der für die Helaba beziehungsweise die in das Risikomanagement auf Gruppenebene eingebundenen Gesellschaften bestehenden Risiken erfolgt laufend während der täglichen Geschäftstätigkeit. Davon ausgehend wird die Klassifizierung der Risiken durchgeführt. Insbesondere bei der Einführung von neuen Produkten und komplexen Geschäften sind eine umfassende Identifikation sowie die Einbindung in bestehende Risikomesssysteme und die dazugehörigen Risikoüberwachungsprozesse wichtig.

2. Risikoquantifizierung

Eine qualitativ gute Abbildung der Einzelgeschäfte beziehungsweise Risikoparameter in den Risikomesssystemen erlaubt eine fundierte – sowohl quantitative als auch qualitative – Risikomessung beziehungsweise -bewertung der einzelnen Risikoarten. Hierbei kommen verschiedene Modelle, Methoden und Verfahren zum Einsatz.

3. Risikosteuerung

Auf Basis der aus der Risikoidentifikation und -quantifizierung erhaltenen Informationen erfolgt die Risikosteuerung durch die dezentralen Managementeinheiten. Diese umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen.

4. Risikoüberwachung/-controlling und -reporting

Im Rahmen eines unabhängigen Risikocontrollings findet ein ausführliches und objektives Reporting hinsichtlich der bestehenden Risiken an die jeweils zuständigen Kompetenzträger statt. Des Weiteren werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten kontrolliert sowie die Ergebnisse plausibilisiert.

Risikomanagementstruktur

Gremien

Der Vorstand der Helaba trägt die Verantwortung für alle Risiken der Bank und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Darüber hinaus hat der Vorstand unter Beachtung der bestehenden bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen einen Risikoausschuss etabliert. Die Hauptaufgabe des Risikoausschusses besteht in der Umsetzung und Überwachung der Risikostra-

ategie der Helaba. Dem Risikoausschuss obliegt die Zusammenführung und Gesamtbeurteilung aller in der Bank eingegangenen Risiken, namentlich der Adressenausfallrisiken, der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, der operationellen Risiken, der Geschäftsrisiken und der Immobilienrisiken. Die Zielsetzung ist die frühestmögliche Erkennung von Risiken im Helaba-Konzern, der Konzeptionierung und Überwachung der Risikotragfähigkeitsrechnung sowie der Ableitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung und zur Generierung von Steuerungsimpulsen für das Risikomanagement. Zudem bewilligt der Risikoausschuss die Steuerungs- und Quantifizierungsmethoden der jeweiligen Bereiche und beurteilt unter Berücksichtigung des Risikoausmaßes die Zweckmäßigkeit der eingesetzten Instrumentarien.

Unterhalb des Risikoausschusses operieren der Dispositionsausschuss, der Kreditmanagementausschuss (KMA) und der Vorstands-Kreditausschuss (VS-KA). Dem Dispositionsausschuss obliegt die Steuerung des strategischen Marktrisikoportfolios und des Portfolios der unverzinslichen Passiva. Dem KMA obliegen die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Gesamtportfolios sowie die zentrale Koordinierungsfunktion im Syndizierungs-, Strukturierungs- und Platzierungsgeschäft. Der VS-KA ist zuständig für kontrahentenbezogene Kredit- und Settlementrisiken sowie für Länderrisiken.

Die Besetzung sowie die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Ausschüsse sind in separaten Geschäftsordnungen geregelt.

Für Entscheidungen von besonderer Bedeutung, wie zum Beispiel Erwerb, Veränderung und Veräußerung von Beteiligungen, Kreditentscheidungen ab einer bestimmten Größenordnung oder die Festlegung des Gesamtlimits für Marktpreisrisiken, sehen die Organisationsrichtlinien vor, dass die Zustimmung des Gesamtvorstandes beziehungsweise des Verwaltungsrates oder eines seiner Ausschüsse notwendig ist. Das Eingehen oder die Veränderung von strategischen Beteiligungen mit Anteilen größer 25 % bedarf zudem gemäß der Satzung der Bank der Zustimmung der Trägerversammlung.

Risikomanagement der Konzern-Unternehmen der Helaba-Gruppe

Die Einbeziehung von Konzerngesellschaften in das Risikomanagement auf Gruppenebene erfolgt unter dem Gesichtspunkt der Risiken, die im Rahmen der jährlichen oder auch einer anlassbezogenen Risikoinventur ermittelt werden. Die Identifikation der Risiken im Rahmen der Risikoinventur findet dabei auf Ebene der direkten Beteiligungen der Helaba statt, das heißt diese gruppenangehörigen Gesellschaften bewerten das Risiko gesamthaft, also auch für die jeweils eigenen Beteiligungen.

Als Ergebnis der Wesentlichkeitsbewertung der Risikoinventur wird bestimmt, welche gruppenangehörigen Gesellschaften mit welchen Risikoarten in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden sind und welche gruppenangehörigen Gesellschaften über das residuale Beteiligungsrisiko eingebunden werden. Wird die Auswirkung der Risikopotenziale einer gruppenangehörigen Gesellschaft für eine Risikoart auf Gruppenebene als wesentlich eingestuft, ist die gruppenangehörige Gesellschaft in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden.

Des Weiteren hat die gruppenangehörige Gesellschaft für ihre eigenen Risiken, die der Risikoart auf Gruppenebene zugeordnet sind, einen geeigneten Risikomanagementprozess einzurichten.

A-19

Die Art und Weise der Einbindung wird durch die jeweiligen Risikoarten- und Methodenverantwortlichen festgelegt. Dabei gestaltet sich die Einbindung in die Methoden des Risikomanagementprozesses je nach Risikoart unterschiedlich.

Die wesentlichen Risikoarten aus dem Bankgeschäft, das heißt Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, werden für den engen Konzernkreis des Einzelinstitutes und der Tochtergesellschaften Helaba Dublin, Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG zentral überwacht. Zentral überwacht werden auch Immobilienrisiken, die vorwiegend bei den Tochtergesellschaften OFB und GWH, aber auch bei anderen immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen und im Einzelinstitut auftreten. Ebenso sind neben dem Einzelinstitut die wesentlichen Tochtergesellschaften in das zentrale Risikomanagementsystem für operationelle Risiken und Geschäftsrisiken integriert.

Wesentliche Risikoüberwachungsbereiche

Während die Aufgabe der Risikosteuerung durch dezentrale Markteinheiten wahrgenommen wird, obliegen den zentralen Überwachungseinheiten die Identifikations-, Quantifizierungs- und Überwachungs-/Controllingfunktion, die die Reportingpflicht einschließen, sowie die jeweilige Methodenkompetenz. Die aufbauorganisatorische Trennung von Risikocontrolling und -steuerung einschließlich Marktfolge Kredit ist bis in die Vorstandsebene klar vollzogen.

Durch diese klare Aufgabenteilung und das enge Zusammenspiel zwischen den beteiligten Bereichen wird eine effiziente Umsetzung von risikopolitischen Steuerungsimpulsen erreicht.

Für die wesentlichen Risikoarten sind die in folgender Tabelle genannten Bereiche zentral für die Risikoüberwachung beziehungsweise das Risikocontrolling verantwortlich.

Risikoarten	Risikosteuernde Bereiche	Risikoüberwachende Bereiche
Adressenausfallrisiken	Marktbereiche, Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung	Kreditrisiko- und Konzerncontrolling (Portfolioebene), Marktfolge Kredit (Einzelengagementebene), Vorstandsstab und Konzernstrategie (residuales Beteiligungsrisiko)
Marktpreisrisiken	Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling Handel
Liquiditätsrisiken	Kapitalmärkte (Geldhandel), Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling Handel
Operationelle Risiken	Alle Bereiche	Kreditrisiko- und Konzerncontrolling, Recht (rechtliche Risiken)
Geschäftsrisiken	Marktbereiche	Kreditrisiko- und Konzerncontrolling, Risikocontrolling Handel
Immobilienrisiken	Immobilienmanagement, Tochtergesellschaften	Kreditrisiko- und Konzerncontrolling, Immobilienmanagement

Neben den in oben dargestellter Tabelle genannten Bereichen tragen weitere Einheiten zum Risikomanagement im Konzern bei.

Interne Revision

Die Interne Revision prüft und beurteilt die Aktivitäten der Bank sowie von Tochtergesellschaften. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung erfolgen risikoorientiert. Die Prüfungstätigkeit der Internen Revision erstreckt sich grundsätzlich auf alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, wobei Umfang und Risikogehalt der jeweiligen Betriebs- beziehungsweise Geschäftstätigkeit berücksichtigt werden. Die Beurteilung der Risikolage, die Ordnungsmäßigkeit der Bearbeitung sowie die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sind besondere Prüfungskriterien.

Umfang und Ergebnis der Prüfung sind in Prüfungsdokumentationen festgehalten. Die zuständigen Vorstände sowie die Verantwortlichen für die geprüften Bereiche erhalten eine ausführliche Berichtsausfertigung. Sämtliche Vorstandsmitglieder werden grundsätzlich über das Gesamtergebnis einschließlich wesentlicher Feststellungen von Prüfungen durch einen Kurzbericht informiert. Der Vorstand berichtet dem Verwaltungsrat halbjährlich über wesentliche Feststellungen der Internen Revision.

Kapitalmarkt-Compliance, Geldwäsche, Betrugsbekämpfung und Datenschutz

Die Bank hat die unabhängigen Funktionen der Compliance-Stelle Kapitalmarkt, des Datenschutzes und des Konzerngeldwäschebeauftragten eingerichtet.

Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt ist zuständig für die Bewertung der Risiken aus der Verletzung von aufsichtsrechtlichen Marktschutz- und Wohlverhaltensregeln (Compliance-Risiko). Dabei

- überwacht sie insbesondere Insiderinformationen und Wohlverhaltensregeln,
- identifiziert und regelt sie konzernweit Interessenkonflikte mit Risikopotenzialen insbesondere nach dem Wertpapierhandelsgesetz und dem Investitionsgesetz,
- bewertet sie die Compliance-Risiken der kapitalmarktrelevanten Geschäftsprozesse und
- unterstützt die Fachbereiche durch dauerhafte und zeitnahe Beratung bei der Minimierung dieser Risiken.

Die Konzerngeldwäschebeauftragte, die auch für die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung und als Koordinationsstelle für die Betrugsbekämpfung zuständig ist, entwickelt interne Grundsätze, angemessene geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme und Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen. Als Grundlage für die zu ergreifenden organisatorischen Vorkehrungen dienen unter anderem die Gefährdungsanalyse des Konzerns (Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie Betrugsbekämpfung) sowie die Group Policy, die die allgemeinen Rahmenbedingungen des Konzerns wiedergibt sowie den nationalen und internationalen aufsichtsrechtlichen Anforderungen entspricht. Mit dem Einsatz modernster Monitoring- und Research-Software erfolgt eine kontinuierliche Überwachung der Geschäftsbeziehungen.

Die Datenschutzbeauftragte überwacht die Einhaltung und Umsetzung der Datenschutzgesetze.

Diese unabhängigen Funktionen sind unmittelbar dem Vorstand unterstellt. Daher bestehen, wie aufsichtsrechtlich gefordert, aufbau- und ablauforganisatorisch adäquate sowie wirksame interne Kontrollverfahren zur Steuerung und Überwachung der genannten Risiken, insbesondere auch der Reputationsrisiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass alle wesentlichen Risiken im Helaba-Konzern jederzeit durch Risikodeckungsmasse abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Vor dem Hintergrund der am 15. Dezember 2010 von der BaFin veröffentlichten Novellierung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) ist die Risikotragfähigkeitskonzeption der Helaba weiterentwickelt worden.

In die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsrechnung fließen Risikopotenziale für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Immobilien- sowie Geschäftsrisiken ein. Dabei werden für die Risikoarten mittlere Verlustrisiken und ein interner Kapitalbedarf im Rahmen einer ökonomischen Betrachtung quantifiziert sowie der regulatorische EL und der regulatorische Kapitalbedarf unter Anwendung der regulatorischen Bewertungsvorschriften ermittelt. Ein Kapitalabzug aus dem regulatorischen EL- /Wertberichtigungsabgleich findet bei der Quantifizierung von Kern- und Gesamtkapital Berücksichtigung.

Neben der deckungsmassenbasierten Risikotragfähigkeit wird in Bezug auf die Marktpreisrisiken das Ergebnis des regulatorischen Zinsschockes sowie für die Liquiditätsrisiken der Liquiditätshorizont als Ergebnisgröße ausgewiesen.

Zusätzlich zu einem Basisszenario, das die Risikotragfähigkeit zum Berichtsstichtag abbildet, werden die Auswirkungen von historischen und hypothetischen Stressszenarien auf die Risikotragfähigkeit untersucht. Dabei werden ein makroökonomisches Stressszenario und ein Szenario extremer Marktverwerfungen, dessen Basis beobachtete Marktverwerfungen im Rahmen einer globalen Finanzkrise bilden, betrachtet.

In der Risikotragfähigkeitsrechnung der Helaba werden zwei unterschiedliche Steuerungskreise abgebildet, die der aufsichtlichen Unterscheidung in einen Fortführungsansatz (auch Going-Concern-Ansatz genannt) und einen Liquidationsansatz (auch Gone-Concern-Ansatz genannt) entsprechen.

Im Fortführungsansatz erfolgt der Nachweis, dass die regulatorischen Mindestkapitalanforderungen auch bei schlagend werdenden erwarteten Verlusten eingehalten werden können. Im Liquidationsansatz der Risikotragfähigkeit wird nachgewiesen, dass selbst im unwahrscheinlichen Fall schlagend werdender unerwarteter Verluste das Kapital des Helaba-Konzernes ausreicht, um die Gläubiger in voller Höhe zu befriedigen.

Im Rahmen des Fortführungsansatzes werden den mittleren Verlustrisiken der Risikotragfähigkeitsrechnung unterschiedliche Deckungsmassen in einem zweistufigen Schema gegenübergestellt. Die Risikodeckungsmasse I geht von einem nachhaltigen Ergebnis bezogen auf einen Zeitraum von einem Jahr aus. Die Risikodeckungsmasse II besteht aus dem Aufwand zur Bedienung der nicht gehärteten stillen Einlagen sowie aus Reserven mit Vorsorgecharakter. Dabei werden auch unterjährige

Veränderungen der Risikovorsorge berücksichtigt. Die mittleren Verlustrisiken des Basisszenarios werden dem nachhaltigen Betriebsergebnis (Risikodeckungsmasse I) gegenübergestellt. In den Stressbetrachtungen wird zusätzlich die Risikodeckungsmasse II zur Abdeckung der Risiken herangezogen. Zur Analyse der Auswirkungen auf die regulatorischen Kapitalquoten werden im Fortführungsansatz auch die Auswirkungen der Stressszenarien auf den regulatorischen Kapitalbedarf sowie auf die regulatorischen Eigenmittel quantifiziert.

Der Fortführungsansatz, der als Ergebnisgröße die regulatorischen Kapitalquoten betrachtet, ist eng mit der Kapitalallokation in der Helaba verzahnt. Die Allokation des regulatorischen Kapitals auf Unternehmensbereiche und Konzerneinheiten der Helaba erfolgt unter Berücksichtigung der damit verbundenen erwarteten Entwicklungen von Gesamt- und Kernkapitalquote. Hiermit wird die Konsistenz zwischen der Kapitalallokation bei Annahme einer Vollauslastung der Limite und der sich hieraus ergebenden Ergebnisgröße der Risikotragfähigkeitsrechnung sichergestellt.

Im Liquidationsansatz wird eine auf dem IFRS-Rechnungslegungswerk basierende ökonomische Deckungsmasse zur Abdeckung des internen Kapitalbedarfes herangezogen. Komponenten sind das zum Berichtsstichtag aufgelaufene Konzernergebnis, das Eigenkapital sowie das Nachrangkapital nach IFRS. Zusätzlich erfolgt eine ökonomisch bedingte Korrektur von Deckungsmassenbestandteilen. Stille Reserven werden im Liquidationsansatz nicht als Deckungsmassenkomponente angesetzt.

Die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsbetrachtung für den Konzern weist zum Ende des Jahres 2011 weiterhin eine deutliche Überdeckung der quantifizierten Risikopotenziale durch die bestehenden Risikodeckungsmassen aus und dokumentiert die konservative Risikoeinstellung der Helaba.

Im Basisszenario des Fortführungsansatzes kann die Abdeckung der mittleren Verlustrisiken komplett durch das nachhaltige Betriebsergebnis erfolgen, es besteht ein zusätzlicher Puffer in Höhe von 0,3 Mrd. €. Im Liquidationsansatz besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen ein Kapitalpuffer in Höhe von 6,0 Mrd. €.

Zum Stichtag 31. Dezember 2011 beträgt die regulatorische Gesamtkapitalquote im Helaba-Konzern 15,3 % (2010: 14,4 %) und die Kernkapitalquote 10,1 % (2010: 9,6 %). Auch bei einem simulierten Eintritt der Stressszenarien liegen die von der Helaba erreichten Kapitalquoten deutlich oberhalb der regulatorischen Mindestanforderungen.

Weitere Sicherungsmechanismen

Zusätzlich zur Risikodeckungsmasse bestehen weitere Sicherungsmechanismen. Die Helaba ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und somit einbezogen in den auf dem Prinzip der Institutssicherung basierenden bundesweiten Haftungsverbund zwischen der Sicherungsreserve, den regionalen Sparkassenstützungsfonds und dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen. Wesentliche Merkmale dieses Sicherungssystems sind die institutssichernde Wirkung, das heißt der Schutz der angeschlossenen Institute in ihrem Bestand, insbesondere von deren Liquidität und Solvenz, ein Risikomonitoring-System zur Früherkennung von besonderen Risikolagen und die risikoorientierte Bemessung der vom jeweiligen Institut an die Sicherungseinrichtung zu leistenden Beiträge. Auch die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen und die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse sind direkt an diesem

A-23

Sicherungssystem beteiligt. Seit Ende 2011 gehört zudem die Frankfurter Bankgesellschaft AG, ein Tochterunternehmen der Frankfurter Bankgesellschaft Schweiz AG, der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen an.

Darüber hinaus gehören satzungsrechtlich die Helaba und die Frankfurter Sparkasse dem Reservefonds des SGVHT als Mitglieder an. Der Reservefonds gewährleistet im Haftungsfall eine weitere, neben dem bundesweiten Haftungsverbund bestehende Sicherung und räumt Gläubigern der angeschlossenen Institute ein unmittelbares, betragsmäßig unbegrenztes Forderungsrecht ein. Das Gesamtvolumen des Fonds beläuft sich auf 5 ‰ der gemäß SolvV gewichteten aufsichtsrechtlichen Risikoaktiva der angeschlossenen Institute und beträgt Ende 2011 520 Mio. €. Bis zur vollständigen Einzahlung des Gesamtvolumens hat der SGVHT die Haftung für die Zahlung des Differenzbetrages zwischen tatsächlicher Dotierung und Gesamtvolumen übernommen.

Für das Förderinstitut WIBank, das als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba organisiert ist, besteht zudem unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen.

Adressenausfallrisiken

Das Kreditgeschäft stellt ein wesentliches Kerngeschäft der Helaba dar. Entsprechend sind das Eingehen von Adressenausfallrisiken sowie die Kontrolle und Steuerung dieser Risiken Kernkompetenzen der Helaba. Sowohl durch die Weiterentwicklung des Marktumfeldes als auch durch neue Entwicklungen im regulatorischen Umfeld der Kreditinstitute ergeben sich permanent neue Herausforderungen für die interne Steuerung der Adressenausfallrisiken, die eine konsequente Überprüfung der bestehenden Verfahren erfordern.

Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus der Geschäftsstrategie abgeleitete, einheitliche Risikostrategie, die in Anlehnung an die MaRisk verbindlich festgelegt wurde. In der Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird für alle Geschäftssegmente die Risikoneigung differenziert nach Produkten, Kundensegmenten und Risikoklassen definiert. Die Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird jährlich überprüft und mit dem weiteren Ausbau der aktiven Kredit-Portfolio-Steuerung sukzessive weiterentwickelt. Darüber hinaus wird der Umgang mit Adressenausfallrisiken durch detaillierte portfoliospezifische Lending Policies und unterjährige Risikobegrenzungsstrategien geregelt.

Basel II

Mit der Regelung der angemessenen Eigenkapitalausstattung (Säule 1 von Basel II/EU-Capital Requirements Directive) wurden im Basler Ausschuss für Bankenaufsicht und parallel in der EU weitreichende Bankregulierungsvorschriften eingeführt, die mit der SolvV in Deutschland umgesetzt worden sind. Im Rahmen der Umsetzung von Basel III (CRD IV) sind neue regulatorische Anforderungen zu erfüllen. Die neuen Anforderungen werden erstmals in einer EU-Verordnung (Capital Requirements Regulation) umgesetzt. Aktuell wendet die Helaba den Basisansatz für interne Ratings gemäß Basel II/SolvV an. Es ist beabsichtigt, mittelfristig auf den fortgeschrittenen Ansatz für interne Ratings zu wechseln.

Mit den internen Rating-Verfahren (Ausfall-Rating) für das Kreditportfolio, dem Sicherheitenverwaltungssystem, der Credit Loss Database, die zur Erfassung und Analyse des Ausfallportfolios und der Einzelwertberichtigungen dient, sowie einem zentralen Risiko-Datenpool sind die Regelungen nach Basel II/SolvV in den Verfahren und Systemen der Helaba integriert.

Risikoüberwachung mit dem Global-Limit-System

Die Helaba verfügt über ein Global-Limit-System, in dem zeitnah sämtliche kontrahentenbezogenen Adressenausfallrisiken strukturiert und transparent aufbereitet werden. Die Kontrahentenlimite orientieren sich sowohl an der Bonität (Rating) der Kontrahenten als auch an der Risikotragfähigkeit der Bank.

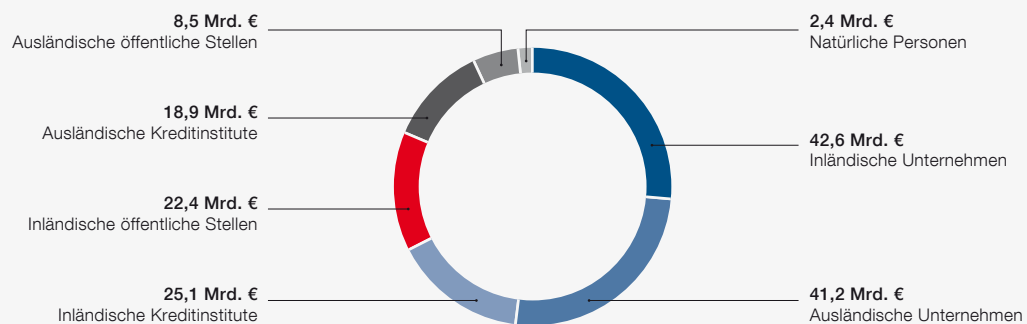
Zur Überwachung, Begrenzung und Steuerung von Adressenausfallrisiken werden im Global-Limit-System kreditnehmerbezogene Gesamtlimite auf Konzern-Ebene erfasst. Auf diese Gesamtlimite werden alle Arten von Krediten gemäß § 19 Abs. 1 KWG, sowohl aus Handels- als auch aus Bankbuchaktivitäten, gegenüber den Kreditnehmern angerechnet. Separat zu bewilligende Vorleistungs- und Abwicklungsrisiken aus Devisen- und Wertpapiergeschäften werden unabhängig von ihrer Zuordnung zum Handels- oder Bankbuch in voller Höhe auf Limite für Settlement-Risiken angerechnet.

Die bewilligten Gesamtlimite werden entsprechend der Beschlussvorlage auf Einzelkreditnehmer, Produktarten und die betroffenen operativen Unternehmensbereiche allokiert. Die Ausnutzung der einzelnen Limite wird täglich überwacht; bei etwaigen Limitüberschreitungen werden umgehend die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

In Grafik 1 ist das Gesamtkreditvolumen per 31. Dezember 2011, das sich aus Kreditinanspruchnahmen und nicht genutzten zugesagten Kreditlinien zusammensetzt, des Helaba-Einzelinstitutes in Höhe von 161,1 Mrd. €, aufgeteilt nach Kundengruppen, dargestellt.

Gesamtkreditvolumen nach Kundengruppen

(Grafik 1)



Die Anrechnung von Swaps, Termingeschäften und Optionen auf das Gesamtlimit erfolgt mit den – gemäß der Groß- und Millionenkreditverordnung (GroMiKV) ermittelten – Kreditäquivalenzbeiträgen. Alle weiteren Handelsbuchpositionen (zum Beispiel Geldhandel, Wertpapiere) werden mit Marktpreisen bewertet.

Ergänzend werden unter „Sonstige wirtschaftliche Risiken“ Sekundärrisiken, zum Beispiel aus Leasingengagements (Leasingnehmer) oder aus erhaltenen Bürgschaften und Garantien, beim jeweiligen Risikoträger erfasst.

Entsprechend dem Geschäftsmodell liegt der Schwerpunkt der Kreditaktivitäten der Helaba zum 31. Dezember 2011 in den Branchen Kreditgewerbe, Grundstücks- und Wohnungswesen sowie öffentliche Stellen.

Bonitäts-/Risikobeurteilung

Die Helaba verfügt über gemeinsam mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) (nationale Immobilienfinanzierungen und Firmenkunden) beziehungsweise anderen Landesbanken (internationale Immobilienfinanzierungen, Projekt-, Schiffs- und Flugzeugfinanzierungen, Leveraged Finance-Transaktionen, Leasingfinanzierungen, Banken, Versicherungen, Corporates, Länder- und Transferrisiken, Fondsfinanzierungen sowie internationale Gebietskörperschaften) entwickelte interne Rating-Systeme. Daneben wurden für Verbriefungen von Darlehens- und Handelsforderungen, Finanzierungen von kommunalnahen Unternehmen in den USA sowie für Commodity-Trade-Transaktionen eigene Verfahren entwickelt. In allen Rating-Verfahren werden die Kreditnehmer beziehungsweise Transaktionen einer Rating-Klasse zugeordnet, der über eine einheitliche 25-stufige Skala eine Einjahres-Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD) zugewiesen wird (Ausfall-Rating).

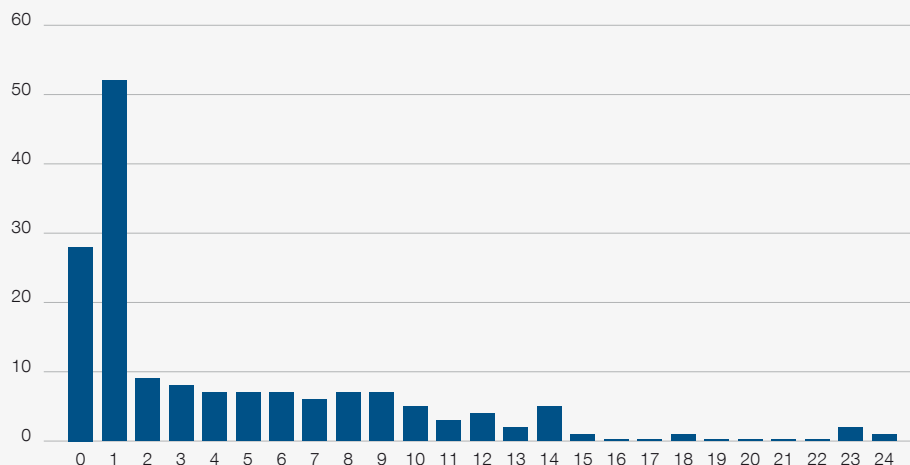
Da die Ermittlung der kunden- beziehungsweise transaktionsspezifischen Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) allein noch keine Einschätzung der Verlustrisikopotenziale eines Geschäftes ermöglicht, werden danach weitere relevante risikomindernde beziehungsweise -erhöhende Faktoren des jeweiligen Kreditgeschäftes (insbesondere Restlaufzeit, Besicherung, Rangigkeit der Finanzierung) betrachtet. Die Helaba hat dafür ergänzend zum Ausfall-Rating ein Risiko-Rating entwickelt, mit dem segmentübergreifend ein Vergleich des Risikogehaltes von Geschäften ermöglicht wird. Das Risiko-Rating bildet näherungsweise den erwarteten Verlust (EL) ab. Dazu werden ausgehend vom Ausfall-Rating die EL-relevanten Anpassungen zur Bestimmung des Risiko-Ratings vorgenommen.

In Grafik 2 ist das Gesamtkreditvolumen des Helaba-Einzelinstitutes in Höhe von 161,1 Mrd. € nach Risiko-Rating-Klassen aufgeteilt.

Gesamtkreditvolumen nach Risiko-Rating-Klassen

(Grafik 2)

in Mrd. €



Sicherheiten

Neben der Bonität der Kreditnehmer beziehungsweise der Kontrahenten sind die zur Verfügung stehenden Sicherheiten (beziehungsweise allgemeine Risikominderungstechniken) von maßgeblicher Bedeutung für das Ausmaß der Adressenausfallrisiken. Sicherheiten werden nach den Beleihungsgrundsätzen der Bank bewertet. Im Rahmen des Überwachungsverfahrens wird die Bewertung angepasst, wenn sich bewertungsrelevante Faktoren ändern.

Das Sicherheitenverwaltungssystem der Helaba bietet die Voraussetzungen, um die umfassenden Möglichkeiten zur Berücksichtigung eigenkapitalentlastender Kreditrisikominderungstechniken nach Basel II/SolvV ausschöpfen zu können. Es genügt den umfangreichen und komplexen Anforderungen an die Nutzung, Abbildung und Anerkennung von „klassischen“ Kreditsicherheiten (insbesondere Grundpfandrechte auf Immobilien, Garantien und Bürgschaften, Verpfändungen und Abtretungen von Forderungen und Wertpapierpositionen, Registerpfandrechte auf Schiffe und Flugzeuge), die im Basisansatz für interne Ratings gestellt werden. Das Sicherheitenverwaltungssystem stellt seinen Datenbestand dem zentralen Risiko-Datenpool bereit, der wiederum die Prüfung und Verteilung der anrechenbaren Sicherheitenwerte auf die besicherten Risikopositionen durchführt.

Länderrisiken

Das Länderrisiko besteht aus Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken (zum Beispiel Lieferrisiken). Die Helaba verfügt über eine am wirtschaftlichen Risikoträger orientierte Methodik zur internen Länderrisikobemessung und -zuordnung. Das Länderrisikosystem dient als zentrales Instrument zur vollständigen, zeitnahen, risikogerechten und transparenten Erfassung, Überwachung und Steuerung der Länderrisiken. In die Steuerung der Länderrisiken sind sämtliche Kredit- und Handelsbereiche der Helaba einschließlich der Tochtergesellschaften Helaba Dublin, Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG einbezogen. Das gesamte Länderrisiko –

A-27

ohne Länder der Eurozone – darf das Sechsfache des haftenden Eigenkapitals der Helaba-Institutsguppe nicht überschreiten. Die Ausnutzung zum 31. Dezember 2011 belief sich auf weniger als das Dreifache der haftenden Eigenmittel.

Länderlimite werden für alle Länder mit Ausnahme der Länder der Eurozone (bis auf Griechenland, Malta, Portugal, Irland, Zypern, Slowenien, Estland und Slowakei) und weiterer insbesondere unter Transferrisikogesichtspunkten erstklassiger Länder (zurzeit Schweiz, Großbritannien, USA, Dänemark, Schweden, Norwegen, Kanada) festgelegt. Das einem Land zugestandene Gesamtlimit wird unterteilt in ein Kredit- und ein Handelslimit. Zusätzlich werden die Länderrisiken für langfristige Geschäfte durch Unterlimite begrenzt.

Das interne Rating-Verfahren für Länder- und Transferrisiken unterscheidet 25 mögliche Länder-Rating-Klassen nach der bankweit einheitlichen Masterskala. Alle Einstufungen werden mindestens jährlich von der Abteilung Volkswirtschaft/Research im Bereich Vorstandsstab und Konzernstrategie überprüft (Erstvotum). Veränderungen der politischen oder wirtschaftlichen Lage eines Landes aufgrund aktueller Ereignisse führen auch unterjährig zu einer außerplanmäßigen Überprüfung der Einstufung. Auf der Basis dieser Länder-Ratings werden dem Länderlimit-Ausschuss, dem mit dem Auslandsgeschäft befasste Leitungsfunktionsträger angehören, Vorschläge für Länderlimite unterbreitet. Der Länderlimit-Ausschuss führt diese vorwiegend volkswirtschaftlich fundierten Vorschläge mit bankspezifischen, geschäftspolitischen und risikomethodischen Überlegungen zu einem Gesamturteil zusammen, auf dessen Basis der Bereich Marktfolge Kredit das Zweitvotum als abschließenden Limitvorschlag für den Vorstand abgibt. Der Vorstand setzt – unter Berücksichtigung der Voten und der Risikogruppierung – Limite für die einzelnen Länder fest.

Die in den Länderrisikogruppen jeweils zulässigen Geschäftsarten sind in einer Matrix festgelegt. In Abhängigkeit von der jeweiligen Risikogruppe umfasst diese Matrix neben den Kredit- und Wertpapiergeschäften auch die verschiedenen Formen der Kapitalmarktfinanzierungen, Geld- und Devisenhandelsgeschäfte sowie den Handel mit Derivaten. Abgestuft nach der Risikogruppe nehmen die Geschäftsmöglichkeiten ab. Für Länder mit den schlechtesten Rating-Klassen hat die Bank keine Länderlimite vorgesehen.

Das Länderrisiko des Helaba-Einzelinstitutes in Höhe von 46,1 Mrd. € (2010: 50,8 Mrd. €) konzentriert sich regional vorwiegend auf Europa (81,6 %) und Nordamerika (15,8 %). Es ist per 31. Dezember 2011 zu 92,2 % (2010: 92,7 %) den Länder-Rating-Klassen 0 und 1 zugeordnet. Weitere 6,5 % (2010: 6,2 %) werden in den Rating-Klassen 2–9 generiert. Lediglich 0,1 % (2010: 0,1 %) ist mit Rating-Klasse 14 und schlechter geratet.

Die Zuordnung der einzelnen Länderrisikopositionen erfolgt grundsätzlich nach dem Domizilprinzip. Allerdings wird dieses Prinzip, das auf das Sitzland des Kreditnehmers abstellt, aus wirtschaftlichen Gründen modifiziert. Unter bestimmten Voraussetzungen wird das Risiko auf das Sitzland der Konzernmutter, des Leasingnehmers oder bei Cashflow-Konstruktionen und bei Berücksichtigung von Sicherheiten auf das Land des wirtschaftlichen Risikoträgers übertragen.

Per 31. Dezember 2011 betrug das Exposure in den peripheren Eurostaaten nach der Methode, die im Rahmen der EBA-Rekapitalisierungsanfrage zum 30. September 2011 zum Einsatz kam, 1,70 Mrd. €. Dabei entfallen auf Spanien 1,38 Mrd. €, Italien 0,24 Mrd. €, Portugal 0,06 Mrd. € sowie Griechenland 0,02 Mrd. €.

Bewilligungsverfahren

Das Bewilligungsverfahren der Bank garantiert, dass Kreditrisiken nicht ohne vorherige Genehmigung eingegangen werden. Nach der Geschäftsanweisung für den Vorstand bedürfen Kredite ab einer bestimmten Höhe der Zustimmung des Verwaltungsrates beziehungsweise eines seiner Ausschüsse; unter diesen Betragsgrößen liegende Engagements werden abgestuft nach Kompetenzen (Vorstand, Mitarbeiter) genehmigt. Grundlage für Kreditgenehmigungen bilden detaillierte Risiko-beurteilungen. Bestandteil der Kreditvorlagen sind entsprechend der MaRisk im so genannten risiko-relevanten Geschäft immer zwei voneinander unabhängige Voten durch den zuständigen Markt-bereich sowie den Bereich Marktfolge Kredit.

Ergänzt wird das Verfahren durch aus der Risikotragfähigkeit der Bank abgeleitete Konzentrations-limite, die abgestuft nach Ausfall-Rating-Klasse der wirtschaftlichen Kreditnehmereinheit die Engagements zusätzlich begrenzen. Außerdem sind alle Kredite mindestens einmal innerhalb von zwölf Monaten zu überwachen. Ein tägliches Überziehungsmanagement wird unter anderem durch das Global-Limit-System gewährleistet, das alle Kredite (Linien und Inanspruchnahmen) des engen Konzernkreises pro Kreditnehmereinheit zusammenführt.

Quantifizierung der Adressenausfallrisiken

Die Quantifizierung von erwarteten und unerwarteten Adressenausfallrisiken erfolgt über den zentralen Risiko-Datenpool. Erwartete Adressenausfallrisiken werden in Form des EL einzelgeschäftlich kalkuliert. Die Berechnung für regulatorische Zwecke erfolgt auf Basis interner Rating-Verfahren und regulatorisch vorgegebener Loss-Given-Default (LGDs). Zur Abdeckung unerwarteter Verluste wird das gemäß SolvV vorzuhaltende Eigenkapital ebenfalls einzelgeschäftlich ermittelt und sowohl in der Einzelgeschäftssteuerung als auch in der Risikokapitalsteuerung verwendet. Darüber hinaus erfolgt in der internen Steuerung eine verfeinerte Quantifizierung unerwarteter Verluste aus Adressenausfallrisiken durch Berücksichtigung intern geschätzter LGD-Parameter. Die entsprechend quantifizierten erwarteten und unerwarteten Verluste werden verschiedenen Szenariobe-trachtungen unterworfen, um Auswirkungen entsprechender Stresssituationen aufzuzeigen.

Kreditrisikoprozesse und Organisation

Die MaRisk enthalten differenzierte Regelungen zur Organisation des Kreditgeschäftes sowie zu den Kreditprozessen und zur Ausgestaltung der Verfahren zur Identifizierung, Überwachung und Steuerung der Risiken im Kreditgeschäft.

Die wesentlichen geschäftspolitischen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditge-schäft hat der Vorstand in gesonderten Rahmenbedingungen für das Kreditgeschäft festgelegt.

Risikovorsorge

Für Adressenausfallrisiken wird eine ausreichende Risikovorsorge gebildet. Die Angemessenheit der Risikovorsorge wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Erfassung und Fortschreibung der Einzelwertberichtigungen erfolgt in der Credit Loss Database, die als zentrale Datei für ausfallgefährdete Engagements dient.

Beteiligungsrisiken

Unter Beteiligungsrisiken werden diejenigen Risiken aus Beteiligungen zusammengefasst, deren Einzelrisikoarten nicht separat im Risikocontrolling für die einzelnen Risikoarten berücksichtigt werden. Werden alle für eine Beteiligung relevanten Risikoarten unter Berücksichtigung der We-

A-29

sentlichkeit und gesellschaftsrechtlicher Möglichkeiten in das konzernweite Risikomanagement integriert, ist die Betrachtung von Beteiligungsrisiken für diese Beteiligung nicht relevant. Neben den handelsrechtlichen Beteiligungen werden auch solche Finanzinstrumente unter dem Beteiligungsrisiko ausgewiesen, die nach SolvV der Forderungsklasse Beteiligungen zugeordnet werden.

Der Risikogehalt der einzelnen Beteiligung wird im Hinblick auf die Werthaltigkeit anhand eines zweistufigen Kriterienkataloges (Ampelverfahren) klassifiziert. Daneben erfolgt die Risikobeurteilung auf Basis der Bonitätseinschätzung und -entwicklung des jeweiligen Unternehmens im Rahmen des bankinternen Rating-Verfahrens. Die Beteiligungsrisiken werden vierteljährlich an den Risikoausschuss des Vorstandes und den Verwaltungsrat-Kreditausschuss berichtet.

Der Gesamtbuchwert des Beteiligungsportfolios hat sich 2011 vor allem durch eine Kapitalrückzahlung einer Zwischenholding im Zusammenhang mit der Veräußerung der Anteile der DekaBank sowie durch Veräußerung eines Anteiles an einem börsennotierten Unternehmen des Finanzsektors wesentlich reduziert.

Die turnusmäßige Werthaltigkeitsprüfung des Beteiligungsportfolios führte in Einzelfällen zur Anpassung des Beteiligungsbuchwertes.

Marktpreisrisiken

Risikosteuerung

Integriert in die Gesamtbanksteuerung erfolgt die Steuerung von Marktpreisrisiken in der Helaba für das Handelsbuch und das Bankbuch. Klar definierte Verantwortlichkeiten und Geschäftsprozesse schaffen die Voraussetzungen für deren effektive Begrenzung und Steuerung. Auf Basis einer Risikoinventur werden in Abhängigkeit der Geschäftstätigkeit die Tochtergesellschaften im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements in abgestufter Weise in den Steuerungsprozess einbezogen. Schwerpunkte bilden die Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG sowie die Tochtergesellschaft Helaba Dublin. Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt nach den Methoden der Helaba.

Die Bank betreibt im Rahmen ihrer Handelstätigkeit als wesentliche Handelsformen Kundenhandel und Eigenhandel. Die Steuerung der Positionen des Handelsbuches (Helaba-Einzelinstitut sowie Tochtergesellschaft Helaba Dublin) liegt in der Verantwortung des Bereiches Kapitalmärkte. Dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung obliegt die Steuerung des Bankbuches, das sich in erster Linie aus Positionen der Aktiv-/Passivsteuerung sowie strategischen Positionsnahmen und dem Überhang der unverzinslichen Mittel zusammensetzt. Zusätzlich verantwortet der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung den Rückflussbestand eigener Emissionen.

Limitierung von Marktpreisrisiken

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken verwendet die Helaba eine einheitliche Limitstruktur. In den Prozess zur Allokation der Limite ist neben den internen Gremien der Bank auch der Kreditausschuss des Verwaltungsrates eingebunden. Dieser genehmigt das Gesamtlimit für Marktpreisrisiken, das vom Vorstand auf Basis der Risikotragfähigkeit der Bank vorgeschlagen wird. Die Vorbereitung dieser Entscheidung erfolgt durch den Risikoausschuss.

Im Rahmen des für Marktpreisrisiken festgelegten Gesamtlimits allokiert der Vorstand über den Dispositionsausschuss Limite auf die risikonehmenden Geschäftsbereiche sowie auf die einzelnen Marktpreisrisikoarten. Zusätzlich erfolgt hier eine separate Limitierung für das Handelsbuch und das Bankbuch. Die Suballokation von Limiten auf untergeordnete Organisationseinheiten sowie die einzelnen Standorte der Helaba liegt in der Verantwortung der mit einem Limit ausgestatteten Geschäftsbereiche. Darüber hinaus werden in den Handelsbereichen eigenständig Stop-Loss-Limite sowie Volumenlimite zur Begrenzung von Marktpreisrisiken eingesetzt.

Das Marktpreisrisikogesamtlimit wurde im Berichtsjahr stets eingehalten. Genauso gab es keine Limitüberschreitungen auf den Hauptaggregationsstufen Handels- und Bankbuch sowie für die einzelnen Marktpreisrisikoarten.

Risikoüberwachung

Die Identifikation, Quantifizierung und Überwachung von Marktpreisrisiken liegt in der Verantwortung des Bereiches Risikocontrolling Handel. Hierzu gehören neben der Risikomessung auch die Überprüfung der Geschäfte auf Marktkonformität und die Ermittlung des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses. Zusätzlich wird die Überleitungsrechnung zum externen Rechnungswesen erstellt.

Die kontinuierliche Weiterentwicklung der eingesetzten Verfahren und Systeme trägt wesentlich zur adäquaten Erfassung der Marktpreisrisiken in der Helaba bei. Bei der Einführung neuer Produkte ist ein durch den Ausschuss „Neue Produkte“ verankerter Prozess zu durchlaufen. Die Autorisierung eines neuen Produktes setzt die korrekte Verarbeitung in den benötigten Systemen zur Positionserfassung, Abwicklung, Ergebnisermittlung, Risikomessung sowie für das Rechnungswesen und Meldewesen voraus.

Im Rahmen eines umfassenden Reportings werden die zuständigen Vorstandsmitglieder sowie die positionsführenden Stellen täglich über die ermittelten Risikozahlen und die erzielten betriebswirtschaftlichen Ergebnisse auf Basis aktueller Marktpreise unterrichtet. Zusätzlich erhalten wöchentlich der Gesamtvorstand und der Dispositionsausschuss sowie monatlich der Risikoausschuss Informationen über die aktuelle Risiko- und Ergebnissituation. Etwaige Überschreitungen der festgelegten Limite setzen den Eskalationsprozess zur Begrenzung und Rückführung der Risiken in Gang.

Quantifizierung von Marktpreisrisiken

Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt mit Hilfe eines Money-at-Risk-Ansatzes, der durch Stresstests und Sensitivitätsanalysen für Credit-Spread-Risiken und seit Jahresende 2011 durch die Betrachtung von inkrementellen Risiken für das Handelsbuch ergänzt wird. Das Money-at-Risk (MaR) gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die aufgrund von Marktschwankungen innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Für jede der Marktpreisrisikoarten (Zinsen, Aktien und Devisen) werden in der Helaba Risikomesssysteme auf Basis gleicher statistischer Parametrisierungen eingesetzt, um eine Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Risikoarten zu gewährleisten. Gleichzeitig wird dadurch die Aggregation der Risikoarten zu einem Gesamtrisiko ermöglicht. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe der Risikomodelle ermittelte MaR-Betrag ein Maß für den maximalen Verlust dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % auf Basis des zugrunde gelegten historischen Beobachtungszeitraumes von einem Jahr bei einer Haltedauer der Position von zehn Handelstagen nicht überschritten wird.

A-31

Grafik 3 enthält eine Stichtagsbetrachtung der insgesamt eingegangenen Marktpreisrisiken (inklusive Korrelationseffekten zwischen den Portfolios) zum Jahresultimo 2011 sowie eine Aufteilung nach Handels- und Bankbuch. Den größten Anteil an den Marktpreisrisikoarten hat das lineare Zinsänderungsrisiko. Für das Gesamtportfolio des engen Konzernkreises entfallen beim linearen Zinsänderungsrisiko 78 % (2010: 74 %) auf Positionen in Euro und 16 % (2010: 16 %) auf Positionen in US-Dollar. Im Aktienbereich des Handels stehen im DAX und DJ Euro Stoxx 50 notierte Werte im Fokus. Den Schwerpunkt im Währungsrisiko bilden Positionen in US-Dollar, Schweizer Franken, Japanischen Yen und Britischen Pfund.

Konzern-MaR nach Risikoarten

(Grafik 3)

in Mio. €

	Gesamtrisiko		Zinsänderungsrisiko		Währungsrisiko		Aktienrisiko	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
Gesamt	65,6	65,6	57,2	57,3	1,2	0,9	7,2	7,4
Handelsbuch	19,4	16,9	17,9	16,1	1,2	0,4	0,3	0,4
Bankbuch	57,6	60,8	50,2	52,5	0,2	1,0	7,2	7,3

Allen Risikomesssystemen liegen ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz oder eine Monte-Carlo-Simulation zugrunde. Letztere ist insbesondere für die Abbildung komplexer Produkte und Optionen vorteilhaft. Nicht lineare Risiken im Devisenbereich sind in der Helaba von untergeordneter Bedeutung. Sie werden mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen überwacht.

Die kontinuierliche fachliche und technische Weiterentwicklung der Risikomesssysteme sowie der zugehörigen Schnittstellen gewährleistet eine permanent hohe Qualität der Risikomessung. Auch eine intensive Marktdatenpflege sowie die regelmäßige Überprüfung der Geschäftsdaten aus den positionsführenden Systemen leisten hierzu einen wesentlichen Beitrag.

Internes Modell gemäß Solvabilitätsverordnung

Zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbedarfes für das allgemeine Zinsänderungsrisiko verfügt die Helaba über ein von der Bankenaufsicht anerkanntes internes Modell gemäß SolvV, das sich aus den Risikomesssystemen MaRC² (lineares Zinsrisiko) und ELLI (Zinsoptionsrisiko) zusammensetzt. Neben Swap-, Government- und Pfandbriefkurve werden zusätzlich ratingabhängige Zinskurven zur Bewertung innerhalb der linearen Risikomessung eingesetzt.

Marktpreisrisiken im Handelsbuch

Die Berechnung aller Marktpreisrisiken erfolgt täglich auf Basis der Tagesendposition des vorangegangenen Handelstages und der aktuellen Marktparameter. Die Helaba verwendet auch für die interne Risikosteuerung die aufsichtsrechtlich vorgegebene Parametrisierung. In Grafik 4 ist das MaR des Handelsbuches (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaft Helaba Dublin) für das Geschäftsjahr 2011 dargestellt. Im Gesamtjahr 2011 betrug das durchschnittliche MaR 20,2 Mio. € (2010: 20,0 Mio. €), der maximale Wert 26,5 Mio. € (2010: 26,5 Mio. €) und der minimale Wert 15,9 Mio. € (2010: 13,1 Mio. €).

Tägliches MaR des Handelsbuches im Geschäftsjahr 2011

(Grafik 4)



Zur Ermittlung konsolidierter MaR-Beträge für den Konzern stellen die ausländischen Niederlassungen der Helaba sowie die Tochtergesellschaft in Dublin, die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und die Frankfurter Sparkasse der Konzernzentrale in einem Bottom-up-Verfahren die aktuellen Geschäftsdaten aus den positionsführenden Systemen zur Verfügung. In einem Top-down-Verfahren werden umgekehrt die Marktparameter einheitlich bereitgestellt. Dies ermöglicht neben der Risikomessung in der Konzernzentrale auch die dezentrale Risikomessung in den Standorten.

Grafik 5 zeigt die durchschnittlichen täglichen MaR-Beträge für das Handelsbuch (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaft Helaba Dublin).

Durchschnittliches MaR für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2011

(Grafik 5)

o MaR in Mio. €

	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal		Gesamt	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Zinsänderungsrisiko	18,7	20,3	18,9	19,1	18,3	16,5	19,2	14,8	18,8	17,5
Währungsrisiko	1,2	0,7	1,0	0,6	0,6	1,0	0,8	1,0	0,9	0,9
Aktienrisiko	0,4	3,0	0,7	1,6	0,7	0,9	0,5	0,8	0,6	1,6
Gesamtrisiko	20,3	24,0	20,6	21,3	19,6	18,4	20,5	16,6	20,2	20,0

Anzahl der Handelstage: 253 (2010: 253)

Für die Frankfurter Sparkasse ergibt sich im Handelsbuch im Jahresdurchschnitt ein MaR von 0,1 Mio. € (2010: 0,1 Mio. €). Das durchschnittliche MaR des Handelsbuches der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG beläuft sich auf 0,9 Mio. € (2010: 0,6 Mio. €).

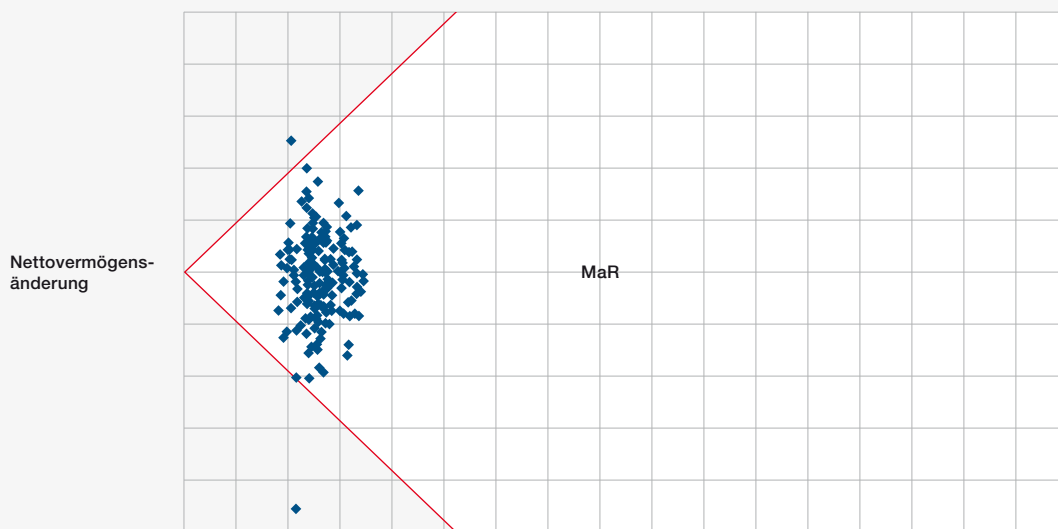
Backtesting

Zur Überprüfung der Prognosequalität der Risikomodelle wird täglich für alle Risikoarten ein Clean Backtesting durchgeführt. Hierbei wird der MaR-Betrag bei einer Haltedauer von einem Handelstag, einem einseitigen 99 %-Konfidenzniveau sowie einem historischen Beobachtungszeitraum von einem Jahr ermittelt. Dieser prognostizierte Risikobetrag wird der hypothetischen Nettovermögensänderung gegenübergestellt. Die hypothetische Nettovermögensänderung stellt die Wertänderung des Portfolios über einen Handelstag bei unveränderter Position und Zugrundelegung neuer Marktpreise dar. Ein Backtesting-Ausreißer liegt vor, wenn die Nettovermögensminderung den potenziellen Risikobetrag übersteigt.

In Grafik 6 ist das Backtesting für das Handelsbuch (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaft Helaba Dublin) über alle Marktpreisrisikoarten im Geschäftsjahr 2011 dargestellt. Es trat ein negativer Ausreißer auf, eine positive Überschreitung wurde beobachtet.

Backtesting für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2011

(Grafik 6)



Im internen Modell für das allgemeine Zinsänderungsrisiko, das aus den Modellkomponenten MaRC² und ELLI besteht, traten im Jahr 2011 zwei negative Ausreißer auf. Ursächlich für diese Ausreißer sind vor allem die Euro- und US-Schuldenkrise und die damit verbundenen heftigen Ausschläge der Marktparameter. Mit zwei Ausreißern ist die Prognosegüte des Modells nicht beeinträchtigt.

Stresstestprogramm

Die Analyse der Auswirkungen außergewöhnlicher, aber realistischer Marktsituationen erfordert neben der täglichen Risikomessung den Einsatz von Stresstests. Für verschiedene Portfolios erfolgt regelmäßig eine Neubewertung auf Basis extremer Marktsituationen. Die Auswahl der Portfolios

orientiert sich, soweit nicht durch aufsichtsrechtliche Vorgaben explizit gefordert, an der Höhe des Exposures (Materialität) und etwaiger Risikokonzentrationen. Für das Optionsbuch der Helaba werden täglich Stresstests durchgeführt. Die Ergebnisse der Stresstests sind in das Reporting über Marktpreisrisiken an den Vorstand integriert und werden im Rahmen des Limitallokationsprozesses berücksichtigt.

Als Instrumentarien stehen die historische Simulation, die Monte-Carlo-Simulation, ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz sowie verschiedene Szenariorechnungen – unter anderem auf Basis der Hauptkomponenten der Korrelationsmatrix – zur Verfügung. Des Weiteren führt die Helaba auch Stresstests zur Simulation extremer Spreadänderungen durch. Wie bereits in den Vorjahren beteiligte sich die Helaba an einer Erhebung der Deutschen Bundesbank zur Analyse von Auswirkungen extremer Marktwertänderungen auf das Handels- und Bankbuch. Diese Stresstests orientieren sich an den Szenarien des FSAP (Financial Sector Assessment Program) des Internationalen Währungsfonds (IWF). Risikoartenübergreifende Stresstests im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung der Helaba und inverse Stresstests ergänzen die Stresstests für Marktpreisrisiken.

Marktpreisrisiken im Bankbuch

Zur Abbildung der Marktpreisrisiken im Bankbuch setzt die Helaba den für das Handelsbuch verwendeten MaR-Ansatz ein. Die mit Hilfe dieses Ansatzes ermittelten Risikozahlen werden durch täglich erstellte Fristenablaufbilanzen ergänzt, aus denen die Laufzeitstruktur der Positionsnahmen erkennbar ist. Regelmäßige Stresstests mit Haltedauern zwischen zehn Tagen und zwölf Monaten flankieren die tägliche Bankbuch-Risikomessung.

Die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch ist auch Bestandteil regulatorischer Anforderungen. Dort wird eine Risikoberechnung auf Basis standardisierter Zinsschocks gefordert. Seit Jahresende 2011 werden gemäß den Festlegungen der Bankenaufsicht ein Zinsanstieg und eine Zinssenkung um 200 Basispunkte untersucht. Ein derartiger Zinsschock würde für den Helaba-Konzern zum Jahresultimo 2011 im ungünstigen Fall zu einer negativen Wertveränderung im Bankbuch von 240,5 Mio. € führen (2010: 77,4 Mio. € nach der damals gültigen Methodik für einen Zinsanstieg um 130 Basispunkte). Dabei entfallen auf die Heimatwährung 227,9 Mio. € und auf Fremdwährungen 12,6 Mio. €. Die Untersuchungen eines Zinsschocks führt die Helaba mindestens vierteljährlich durch.

Performance-Messung

Zur Beurteilung des Erfolges einzelner Organisationseinheiten führt die Bank regelmäßig Risk-Return-Vergleiche durch. Dabei wird die erzielte Performance zum durchschnittlichen MaR in Beziehung gesetzt. Da jedoch die kurzfristige Gewinnerzielung nicht das alleinige Ziel der Handelsstellen ist, werden zur Beurteilung weitere, auch qualitative Faktoren herangezogen.

Liquiditätsrisiken

Die Sicherung der Liquidität besitzt für die Helaba erste Priorität. Entsprechend steht für die Erfassung, Steuerung und Überwachung der Liquiditätsrisiken ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, das fortlaufend weiterentwickelt wird. Die bestehenden Prozesse, Instrumente und Verantwortlichkeiten für das Management der Liquiditätsrisiken haben sich auch in den vergangenen

Jahren im Rahmen der globalen Finanzmarktkrise und den daraus resultierenden Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten bewährt. Die Liquidität der Helaba war auch im Jahr 2011 jederzeit vollumfänglich gesichert.

Für 2012 wird die Ausrichtung des Liquiditätsmanagements in Bezug auf die Erfüllung der neuen aufsichtsrechtlichen Vorgaben aus Basel III/CRD IV fortgesetzt. Hierfür wird der Aufbau des für die Erfüllung der kurzfristigen Liquiditätsanforderungen nach Basel III/CRD IV notwendigen hochliquiden Wertpapierbestandes (Liquiditätspuffer) weitergeführt.

Im Helaba-Konzern existiert ein dezentrales Steuerungs- und Überwachungskonzept für Liquiditätsrisiken, das heißt, jede Gesellschaft ist selbst für die Sicherstellung ihrer Zahlungsfähigkeit verantwortlich. Die Rahmenbedingungen hierfür werden mit der Helaba abgestimmt. Im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements berichten die Tochtergesellschaften des engen Konzernkreises regelmäßig ihre Liquiditätsrisiken an die Helaba. Die dabei angewandten Methoden sind an das Helaba-Verfahren angelehnt.

Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko

Die Bank unterscheidet bei der Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen und dem strukturellen Liquiditätsmanagement. Die Gesamtverantwortung obliegt dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Während der Geldhandel die tägliche Zahlungsfähigkeit steuert, ist der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung im Rahmen der strukturellen Liquiditätssteuerung für die Refinanzierung des Kreditneugeschäftes unter Beachtung einer ausgewogenen mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur verantwortlich. Die zentrale Steuerung der liquiden Sicherheiten sowohl für die Zwecke des aufsichtsrechtlichen Liquiditätspuffers zur Erfüllung der Liquidity Coverage Ratio (LCR) als auch für das Collateral-Management erfolgt ebenfalls durch die Aktiv-/Passivsteuerung.

Der Bereich Risikocontrolling Handel berichtet täglich über die kurzfristige Liquiditätssituation an die relevanten Leitungsfunktionsträger und monatlich im Risikoausschuss über die insgesamt eingegangenen Liquiditätsrisiken. Die Berichterstattung beinhaltet zudem verschiedene Stressszenarien wie verstärkte Ziehungen aus Liquiditätslinien, keine Verfügbarkeit von Interbankliquidität an den Finanzmärkten und die Auswirkung einer signifikanten Rating-Herabstufung auf die Helaba. Die Stressszenarien umfassen sowohl institutseigene als auch marktweite Ursachen. Zudem werden inverse Stresstests durchgeführt. Für extreme Marktsituationen sind Ad-hoc-Berichts- und -Entscheidungsprozesse eingerichtet.

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko

Zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität unterhält die Helaba einen hochliquiden Bestand an Wertpapieren, der bei Bedarf zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt werden kann. Die aktuelle Liquiditätssituation wird anhand eines kurzfristigen Liquiditätsstatus gesteuert. In ihm werden täglich die zu erwartenden Liquiditätsanforderungen für die nächsten 250 Handelstage der verfügbaren Liquidität aus dem liquiden Wertpapierbestand gegenübergestellt. Die verfügbare Liquidität wird konservativ unter Berücksichtigung von Abschlägen ermittelt, um auch unerwartete Marktentwicklungen einzelner Wertpapiere abdecken zu können. Wertpapiere, die zu Sicherungszwecken im Collateral Management verwendet werden und damit belegt sind, werden dem liquiden Wertpapierbestand nicht zugerechnet. Maßgebliche Währungen im Hinblick auf die kurzfristige Liquidität sind für die Helaba in erster Linie der Euro, gefolgt vom US-Dollar.

Als zweites Institut in Deutschland hat die Helaba im Februar 2011 die Zulassung für ein instituts-eigenes Liquiditätsrisikomess- und -steuerungsverfahren gemäß § 10 der Liquiditätsverordnung (LiqV) durch die BaFin erhalten. Damit darf die Helaba anstelle der monatlichen Meldung nach dem LiqV-Standardverfahren ihr eigenes Verfahren zur Ermittlung des kurzfristigen Liquiditätsstatus für die aufsichtsrechtliche Meldung verwenden. Die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen hinsichtlich der Liquidität hat die Helaba im Geschäftsjahr 2011 immer voll erfüllt.

Das Konzept des kurzfristigen Liquiditätsstatus ist so gewählt, dass verschiedene Stress-Szenarien abgebildet werden. Dabei wird der kumulierte Liquiditätssaldo (Liquiditätsbedarf) der verfügbaren Liquidität gegenübergestellt. Je nach Szenario erfolgt die Limitierung von 30 Tagen bis hin zu einem Jahr. Die Überwachung der Limite obliegt dem Bereich Risikocontrolling Handel. Die Auslastung des Szenarios mit der größten Relevanz (Zahlungsfähigkeit) beträgt zum Bilanzstichtag 20 % (2010: 40 %). Bei Einbeziehung der Frankfurter Sparkasse ergeben sich 33 % (2010: 52 %). Die durchschnittliche Auslastung liegt im Jahr 2011 bei 32 % (2010: 41 %).

Die operative Gelddisposition zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität erfolgt im Geldhandel über Mittelaufnahmen/-anlagen im Geldmarkt (Interbanken- und Kundengeschäft, Commercial Paper) und Lombardfazilitäten bei der Europäischen Zentralbank (EZB).

Parallel zur internen Steuerung der kurzfristigen Liquidität hat die Bank ein Projekt zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen nach Basel III/CRD IV an die kurzfristige Liquidität aufgesetzt. Angestrebt wird eine automatisierte Ermittlung der LCR im Rahmen des kurzfristigen Liquiditätsmanagements.

Die zentral in einer Datenbank erfassten außerbilanziellen Kredit- und Liquiditätszusagen werden regelmäßig hinsichtlich ihres Ziehungspotenzials und liquiditätsrelevanter Besonderheiten untersucht und in das Liquiditätsmanagement integriert. Ebenfalls werden Avale (Bürgschaften und Garantien) untersucht. In Abhängigkeit von der internen Risikoklassifikation werden Liquiditätskosten berechnet und den verantwortlichen Fachbereichen zugewiesen. Die zu bevorratende Liquidität wird seit dem Jahr 2002 mittels einer Szenariorechnung, die insbesondere auch eine Marktstörung unterstellt, kalkuliert und vorab disponiert. Backtesting-Untersuchungen haben gezeigt, dass während der letzten Jahre der Finanzmarktkrise jederzeit mehr Liquidität bevorratet als tatsächlich gezogen wurde.

Für die von der Helaba initiierte Verbriefungsplattform waren zum Bilanzstichtag 1,3 Mrd. € an Liquiditätszusagen abgerufen. Das ist ein Anstieg um 0,1 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr, der durch selektiv vergebene neue Liquiditätszusagen begründet ist. Im US-Public-Finance-Geschäft lag zum Bilanzstichtag unverändert zum Jahresende 2010 kein Liquiditätsabruf aus Stand-by-Linien vor.

In Kreditverträgen, insbesondere von konsolidierten Immobilienobjektgesellschaften, können Kreditklauseln enthalten sein, die zu Ausschüttungsbeschränkungen bis hin zur Kündigung führen können. Selbst wenn in Einzelfällen eine solche Kündigung drohen sollte, besteht für den Konzern kein nennenswertes Liquiditätsrisiko.

Strukturelles Liquiditätsrisiko

Der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung steuert über das zentrale Dispositionssystem die Liquiditätsrisiken des kommerziellen Bankgeschäftes der Helaba. Dieses umfasst im Wesentlichen die Kreditgeschäfte einschließlich der zinsvariablen Rollover-Geschäfte, die Wertpapiere des Liquiditätsanlagebestandes sowie die mittel- und langfristige Finanzierung. Die Steuerung erfolgt auf Basis Cashflow-orientierter Liquiditätsablaufbilanzen, deren Liquiditätskongruenzen limitiert sind. Die Überwachung erfolgt durch den Bereich Risikocontrolling Handel. Wesentliches Ziel der Liquiditätsdisposition ist die Sicherung der kalkulierten betriebswirtschaftlichen Erfolge aus dem Aktivgeschäft.

Das Refinanzierungsmanagement (Mittelbeschaffung) verfolgt als wesentliche Zielsetzung die Vermeidung von Kostenrisiken bei der Beschaffung von mittel- und langfristigen Passivmitteln sowie die Begrenzung der Abhängigkeit von kurzfristigen Refinanzierungsmitteln. Strukturelle Liquiditätsengpässe werden durch möglichst fristenkongruente Refinanzierungen sowie eine Diversifikation der Refinanzierungsquellen (Produkte, Märkte, Investoren) vermieden. Schnittstellen zum Geldhandel ergeben sich, wenn Liquiditätsunterdeckungen oder -überhänge kurzfristig refinanziert beziehungsweise angelegt werden.

Marktliquiditätsrisiko

Die Messung des Marktliquiditätsrisikos erfolgt innerhalb des MaR-Modells für Marktpreisrisiken. Hier wird bereits modellmäßig das Liquiditätsrisiko durch die Annahme einer Haltedauer von zehn Tagen konservativ berücksichtigt. Zusätzlich werden unter Variation der Haltedauer monatlich Szenariorechnungen für das Risiko unzureichender Marktliquidität durchgeführt. Außerdem wird die Marktliquidität anhand der Spanne zwischen Geld- und Briefkurs beobachtet.

Festlegung der Risikotoleranz

Mindestens jährlich legt der Vorstand die Risikotoleranz für das Liquiditätsrisiko fest. Das umfasst die Limitierung des kurzfristigen und strukturellen Liquiditätsrisikos, die Liquiditätsbevorratung für außerbilanzielle Liquiditätsrisiken sowie die Festlegung der dazugehörigen Modelle und Annahmen. Für etwaige Liquiditätsengpässe wird für alle Standorte ein umfassender Handlungsplan vorgehalten.

Operationelle Risiken

Steuerungsgrundsätze

Im Einklang mit dem Basler Ausschuss und den nationalen Eigenkapitalvorschriften wird in der Helaba das operationelle Risiko definiert als die „Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder in Folge von externen Einflüssen eintreten“. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein. Das strategische Risiko und das Reputationsrisiko sind nicht Teil des operationellen Risikos. Basierend auf den nationalen Anforderungen der Bankenaufsicht an die regulatorische Eigenkapitalunterlegung und auf den MaRisk verfügt die Helaba über einen integrierten Ansatz für das Management von operationellen Risiken. Mit diesem Ansatz werden operationelle Risiken auf Basis der Komponenten Schadensfälle und Risiken identifiziert, bewertet und gesteuert.

Das Management und das Controlling operationeller Risiken werden im Ansatz der Helaba disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Demnach sind die einzelnen Fachbereiche der Helaba dezentral für das Risikomanagement zuständig. Sie werden dabei durch zentrale Steuerungsbereiche unterstützt. Das Controlling operationeller Risiken ist zentral im Bereich Kreditrisiko- und Konzerncontrolling angesiedelt.

Zum Thema operationelle Risiken ist die Helaba in verschiedene Arbeitskreise des Bundesverbandes öffentlicher Banken (VÖB) eingebunden. Zielsetzung der Zusammenarbeit sind die Abstimmung in fachlichen Umsetzungsfragen und der Aufbau einer technischen Standardlösung. So wird das EDV-System zum Management operationeller Risiken regelmäßig mit Vertretern anderer Banken gemeinsam weiterentwickelt und um neue Funktionalitäten ergänzt. In einem weiteren Arbeitskreis wurde mit anderen Banken, im Wesentlichen Landesbanken, ein gemeinsames Datenkonsortium aufgebaut, über das seit 2006 Informationen über Schadensfälle aus operationellen Risiken ausgetauscht werden.

Instrumentarium

Seit 2007 wendet die Helaba den Standardansatz für die Eigenmittelunterlegung und das Risikomanagement von operationellen Risiken an.

Grundlage der Steuerung und der Überwachung von operationellen Risiken ist ein Risikomanagementsystem, in dem Risiken und Schadensfälle strukturiert identifiziert, erfasst und dargestellt werden. Dadurch ist ein systematischer Abgleich zwischen Risiken und Schadensfalldaten möglich.

Die systematische Klassifizierung von operationellen Risiken erfolgt auf Basis des Helaba-Risikomodells. Das Helaba-Risikomodell basiert ausschließlich auf den Basler Ereigniskategorien, so dass für die interne Risikobetrachtung vollständig auf die aufsichtsrechtliche Risikosicht abgestellt wird.

Technisch unterstützt wird das Management operationeller Risiken durch eine webbasierte Anwendung mit dezentralem Datenzugriff und zentraler Datenbank. Diese Anwendung wird in regelmäßigen Abständen durch fachliche Vorgaben weiterentwickelt.

Zur Vermeidung oder Begrenzung operationeller Risiken dienen neben Versicherungen, die bestimmte Schadensfälle bis zu vereinbarten Höchstgrenzen abdecken, etablierte Maßnahmen in internen Prozessen und sonstigen Abläufen.

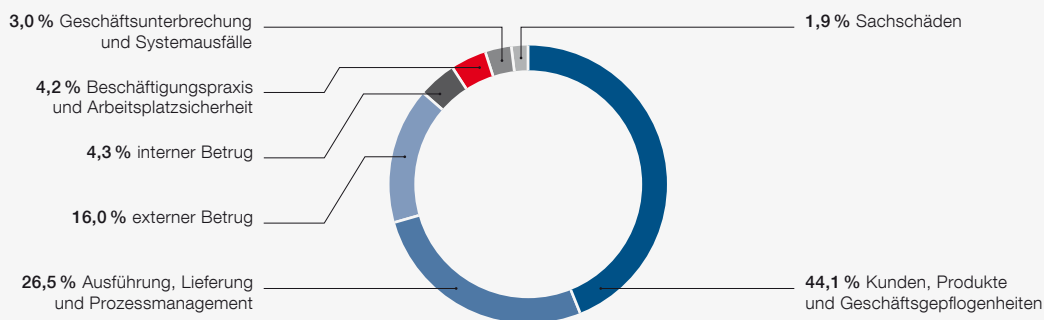
Risikoüberwachung

In der Risikoberichterstattung werden die zuständigen Gremien, der Risikoausschuss und die dezentral für die Risikosteuerung verantwortlichen Fachbereiche über die Risikosituation und eingetretene Schadensfälle informiert.

Die nachfolgende Grafik 7 enthält das Risikoprofil des engen Konzernkreises zuzüglich weiterer Tochtergesellschaften des Jahres 2011.

Erwarteter Verlust per 31. Dezember 2011 nach Verlustereignissen

(Grafik 7)



Der erwartete Verlust betrug per 31. Dezember 2011 27,2 Mio. €.

Das Gesamtrisikoprofil der Bank wird im Rahmen einer jährlichen Überprüfung aktualisiert. Zur Erstellung des Konzernrisikoprofils werden die Risikoprofile der Tochterunternehmen ergänzt.

Schadensfälle aus schlagend gewordenen operationellen Risiken werden regelmäßig dezentral durch die Fachbereiche in der Helaba gemeldet. Zumeldungen der Tochterunternehmen über aufgetretene Schadensfälle erfolgen grundsätzlich quartalsweise und ermöglichen die Darstellung der Schadenssituation im Konzern. Ferner wird für Zwecke der internen Steuerung die Schadensfalldatensammlung um externe Schadensfälle aus dem VÖB-Datenkonsortium ergänzt.

Quantifizierung

Die Quantifizierung von operationellen Risiken für die aufsichtsrechtliche Eigenmittelunterlegung gemäß der SolvV erfolgt nach dem Standardansatz. Für die interne Steuerung erfolgt eine Quantifizierung auf Basis der erhobenen Schadensfalldaten sowie der quantitativen Risikoeinschätzung der Fachbereiche. Neben der Schätzung erwarteter Verluste wird über die separate Modellierung von Eintrittshäufigkeit und Schadenshöhe eine Quantifizierung für die unerwarteten Verluste vorgenommen.

Dokumentationswesen

Das Dokumentationswesen der Helaba entspricht den nach MaRisk vorgeschriebenen Organisationsrichtlinien. Darin werden die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation sowie die internen Kontrollverfahren und Sicherheitsvorkehrungen für den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung geregelt.

Für die Erstellung und laufende Aktualisierung der einzelnen Bestandteile des Dokumentationswesens sind in der Helaba klare Zuständigkeiten definiert. Die für die Aktivitäten und Prozesse verantwortlichen Fachbereiche werden bei der Erstellung und Veröffentlichung der Regelungen durch die Bankorganisation unterstützt.

Recht

Die Überwachung des Rechtsrisikos gehört zu den Aufgaben des Bereiches Recht. Im Risikoausschuss der Bank ist er mit beratender Stimme vertreten und berichtet über diejenigen Rechtsrisiken, die als laufende oder drohende Gerichtsverfahren der Bank oder ihrer Tochtergesellschaften quantifizierbar geworden sind.

Nach dem Grundverständnis der Bank werden wesentliche Vorhaben von rechtlicher Relevanz mit dem Bereich Recht abgestimmt. Zur Risikoprävention stellt der Rechtsbereich Muster und Erläuterungen für Verträge und andere rechtlich bedeutsame Erklärungen bereit, soweit dies möglich und sinnvoll ist. Bei Abweichungen oder neuartigen Regelungen sind die Juristen des Bereiches Recht einzubeziehen. Soweit die Hilfe externer Juristen im In- und Ausland in Anspruch genommen wird, liegt die grundsätzliche Steuerung ebenfalls im Bereich Recht; je nach Fachgebiet existieren auch dazu allgemeine Vorgaben, verbunden mit einer Pflicht zur Abstimmung in zweifelhaften und grundlegenden Fällen.

In seiner begleitenden Rechtsberatung gestaltet der Bereich Recht in Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen der Bank die Verträge, allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie sonstigen rechtlich bedeutsamen Erklärungen. Wo solche Erklärungen von dritter Seite vorgelegt werden, ist der Rechtsbereich in ihre Prüfung und Verhandlung eingebunden.

Falls unvorhergesehene Entwicklungen zum Nachteil der Bank eingetreten oder Fehler unterlaufen sind, wirken die Juristen an der Erkennung, Beseitigung und künftigen Vermeidung der Fehler mit. Sie übernehmen die Prüfung und Bewertung der Vorkommnisse nach rechtlich relevanten Fakten und steuern eine etwaige Prozessführung. Dies gilt auch für die Abwehr von gegen die Bank geltend gemachten Ansprüchen. Die interne Berichterstattung des Bereiches Recht über rechtliche Risiken erfolgt durch die Mitwirkung an Vorstandsvorlagen, Dokumentation der laufenden und drohenden Gerichtsverfahren sowie institutionalisierte Abstimmungen mit anderen Bereichen.

Auslagerungsrisiken

Risiken aus wesentlichen Auslagerungen leiten sich aus den für die Geschäftsbereiche geltenden Zielen ab und können in jedem Fachbereich, der eine Auslagerung vorgenommen hat, auftreten. Je nach Wesentlichkeit der Auslagerung ist zur Begrenzung der Auslagerungsrisiken die für die Auslagerung verantwortliche Stelle auf Basis von Reports für eine kontinuierliche Überwachung der Leistungserbringung des Auslagerungsunternehmens und Berichterstattung an den zuständigen Dezernenten verantwortlich. Der Bereich Vorstandsstab und Konzernstrategie hält als zentrale Stelle ein Verzeichnis aller durchgeführten Ein- und Auslagerungen vor und führt im Rahmen einer jährlichen Qualitätssicherung die Veränderungen hinsichtlich bestehender Ein- und Auslagerungen zusammen.

Im Umkehrschluss dazu werden Risiken aus Einlagerungen, die im Rahmen einer Tätigkeitsübernahme durch die Helaba von einem Dritten entstehen, analog behandelt.

IT-Sicherheit und Business Continuity Management

Die in der Helaba definierten Strategien und Regeln der IT-Sicherheit sind die Basis für ein aufsichtsrechtlich angemessenes internes Kontrollverfahren und den sicheren Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Um das Niveau der IT-Sicherheit kontinuierlich zu verbessern, werden durch ein IT-Security-Audit rechtliche und interne Anforderungen zur IT-Sicherheit regelmäßig an ausgewählten Auditobjekten sowie bei Auslagerungsunternehmen überwacht.

A-41

Im Rahmen der Anwendungsentwicklung und des IT-Betriebes verbindlich einzuhaltende IT-Sicherheitskonzepte und IT-Standards haben das Ziel, dass Risiken frühzeitig erkannt und angemessene Maßnahmen zur Risikominderung definiert und umgesetzt werden. Diese Konzepte und Standards werden kontinuierlich weiterentwickelt. Damit sind die vier Säulen der IT-Sicherheit – Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit und Verbindlichkeit – in der Bank in angemessener Weise berücksichtigt, um eine Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit der Bank zu vermeiden.

Die Bereiche und Niederlassungen der Helaba haben für die kritischen Geschäftsprozesse im Rahmen der Notfallvorsorge Ausfall- und Geschäftsfortführungspläne erstellt. Diese Notfallvorsorge wird regelmäßig aktualisiert und weiterentwickelt, ihre Wirksamkeit wird mittels Tests und Übungen überprüft. Die Aufrechterhaltung des notwendigen und geordneten Geschäftsbetriebes bei Geschäftsunterbrechungen wird hierdurch sichergestellt.

Für den an die Finanz Informatik Technologie Service ausgelagerten Rechenzentrumsbetrieb bestehen – auch dezentrale Systeme betreffende – Vereinbarungen in den Service Level Agreements zu präventiven und risikobegrenzenden Maßnahmen. Die dokumentierten Verfahren zur Sicherstellung des Betriebes beziehungsweise der technischen Wiederherstellung der Datenverarbeitung werden regelmäßig gemeinsam mit Fachbereichen der Helaba und der Finanz Informatik Technologie Service getestet.

Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Helaba hat, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, das Ziel einer ordnungsmäßigen und verlässlichen Finanzberichterstattung. Beteiligte am Rechnungslegungsprozess der Helaba sind einerseits einzelne Meldestellen, bei denen in sich geschlossene Buchungskreise geführt und lokale Teilabschlüsse nach HGB und IFRS erstellt werden. Die Meldestellen der Helaba sind die Bank Inland, die Auslandsniederlassungen, die LBS sowie die WIBank. Im Bereich Bilanzen und Steuern der Helaba wird andererseits aus den Teilabschlüssen der Meldestellen durch Konsolidierung der Einzelabschluss der Bank nach HGB erstellt. Hier werden auch die Abschlussdaten analysiert, aufbereitet und an den Vorstand kommuniziert.

Komponenten des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, sind

- Kontrollumfeld,
- Risikoeinschätzung,
- Kontrollen und Abstimmungen,
- Überwachung der Kontrollen und Abstimmungen,
- Verfahrensdokumentation und
- Ergebniskommunikation.

Das Kontrollumfeld der Helaba im Rechnungslegungsprozess umfasst unter anderem eine sachgerechte Ausstattung der beteiligten Bereiche, insbesondere des Bereiches Bilanzen und Steuern, mit qualifiziertem Personal. Durch eine offene Kommunikation wird sichergestellt, dass den einzelnen Mitarbeitern die für ihre Arbeit notwendigen Informationen zeitnah und vollständig vorliegen. Trotz

aller Kontrollen aufgetretene Fehler werden angesprochen und korrigiert. Die im Rechnungslegungsprozess genutzte IT-Systemlandschaft unterliegt Strategien und Regeln der IT-Sicherheit, die eine Einhaltung von GOB/GOBS gewährleisten.

Bei der Einschätzung von Risiken im Rechnungslegungsprozess stellt die Bank primär auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe eines potenziellen Fehlers ab. Daneben spielt auch eine Einschätzung der Auswirkung auf die Abschlusssausagen eine Rolle, sollte das Risiko schlagend werden (Vollständigkeit, Richtigkeit, Ausweis etc.).

Die zahlreichen Kontrollen und Abstimmungen im Rechnungslegungsprozess sind darauf ausgelegt, die Risiken im Rechnungslegungsprozess zu minimieren. Neben Kontrollmaßnahmen wie dem Vier-Augen-Prinzip, mit denen die Richtigkeit manueller Tätigkeiten wie Dateneingaben oder Berechnungen sichergestellt wird, sind umfangreiche IT-unterstützte Kontrollen und Abstimmungen im Einsatz. Mit diesen werden unter anderem Nebenbuch-/Hauptbuchabstimmungen oder Konsistenzprüfungen HGB/IFRS durchgeführt. Statistische Auswertungen zu den Abstimmungen sowie Reviews einzelner Validierungsmaßnahmen dienen zur Überwachung der Kontroll- und Abstimmverfahren. Der Bereich Revision ist Teil der Kontrollverfahren und führt regelmäßig Prüfungen zur Rechnungslegung durch.

Die Vorgehensweise in der Rechnungslegung ist in mehreren sich ergänzenden Dokumentationsformen geregelt. In Bilanzierungshandbüchern für HGB und IFRS werden Vorgaben zu den anzuwendenden Methoden der Rechnungslegung gemacht. In bereichsübergreifenden und bereichsspezifischen Arbeitsanweisungen werden in abgestuftem Detaillierungsgrad Vorgaben zum Vorgehen in den einzelnen Prozessen und Teilprozessen gemacht. Bilanzierungshandbücher und Arbeitsanweisungen sind für die Mitarbeiter über das Intranet der Bank jederzeit verfügbar.

Die Ergebnisse der Finanzberichterstattung, das heißt die ermittelten Abschlusszahlen, werden im Bereich Bilanzen und Steuern analytischen Prüfungshandlungen unterzogen. Dazu wird die Entwicklung der Zahlen während des Jahres in sich auf Plausibilität geprüft, daneben werden die Abschlusszahlen mit Planungen und mit Erwartungen sowie Hochrechnungen auf Basis des Geschäftsverlaufes abgeglichen. Schließlich werden die Zahlen auf Konsistenz mit anderen, unabhängig im Haus erzeugten Auswertungen geprüft. Nach dieser Voranalyse und Validierung werden die Zahlen regelmäßig mit dem Vorstand diskutiert.

Geschäftsrisiko

Unter Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann.

Die operative und strategische Risikosteuerung wird durch die Marktbereiche der Bank und die Geschäftsführung der jeweiligen Beteiligungen vorgenommen. Die Bereiche Kreditrisiko- und Konzerncontrolling sowie Risikocontrolling Handel analysieren die Entwicklung der Geschäftsrisiken und übernehmen die vierteljährliche Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstandes.

Steuern

Aufgaben im Zusammenhang mit der Besteuerung der Bank im Inland und ausgewählter Tochtergesellschaften werden von der dem Bereich Bilanzen und Steuern angehörenden Steuerabteilung wahrgenommen. Soweit Steuern in dezentralen Einheiten betreut werden, finden die wesentlichen steuerlichen Fragen und Entwicklungen Eingang in die Meldungen an die Steuerabteilung. Im Bedarfsfall sowie grundsätzlich für die Steuerdeklaration der ausländischen Einheiten werden externe Steuerberatungsleistungen in Anspruch genommen. Entwicklungen des Steuerrechts im In- und Ausland werden durch die Verantwortlichen laufend beobachtet und in ihrer Wirkung auf die Bank und Tochtergesellschaften analysiert. Erforderliche Maßnahmen werden durch die Steuerabteilung beziehungsweise in Abstimmung mit der Steuerabteilung eingeleitet und steuerliche Risiken dadurch entweder vermieden oder bilanziell versorgt.

Immobilienrisiken

Unter den Immobilienrisiken werden die Immobilienprojektierungsrisiken und die Immobilienbestandsrisiken zusammengefasst.

Unter das Immobilienprojektierungsrisiko werden die Risiken aus Projektentwicklungen von Immobilien gefasst, die sich aus Termin-, Qualitäts-, Kosten- und Vermarktungsrisiken ergeben. Immobilienprojektierungsrisiken treten in den unternehmerisch selbstständigen Tochtergesellschaften der OFB-Gruppe (OFB Projektentwicklung GmbH) und der GWH-Gruppe (GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, im Rahmen des Bauträgergeschäftes) sowie in direkt oder mittelbar von der Helaba gehaltenen Immobilienprojektgesellschaften auf.

Unter dem Immobilienbestandsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien erfasst. Risiken aus dem Projektgeschäft sowie Risiken aus Immobilienfinanzierungen fallen nicht unter das Immobilienbestandsrisiko.

Immobilienbestandsrisiken treten vorrangig in bankeigenen Immobilien der Helaba, in der GWH-Gruppe sowie in anderen Konzerngesellschaften auf. Hierbei wird der bilanzielle Konsolidierungskreis betrachtet.

Bei den unternehmerisch selbstständigen Tochtergesellschaften obliegt die unmittelbare Steuerung der jeweiligen Geschäftsführung der Beteiligung. Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt hier auf zwei Stufen.

- Operativ – dezentral in den jeweiligen Beteiligungen durch die Geschäftsführung
- Strategisch – zentral durch die Aufsichtsgremien der Beteiligungsgesellschaften und den Bereich Immobilienmanagement

Bei den direkt oder mittelbar gehaltenen Immobilienprojektgesellschaften liegt die Risikosteuerung im Bereich Immobilienmanagement. Darüber hinaus übernimmt der Bereich Immobilienmanagement Risikosteuerung bankeigener Bestandsimmobilien. Die Risikoüberwachung wird durch die Bereiche Immobilienmanagement (für Tochtergesellschaften) sowie Kreditrisiko- und Konzerncontrolling vorgenommen.

Als wesentliches Risikocontrolling-Instrument für die Steuerung der Projektierungsrisiken dient die quartalsweise erstellte Chancen- und Risikoübersicht zur Identifikation und Verfolgung zukünftiger, nicht budgetierter Projektchancen und -risiken. Darin werden Chancen, Kosten-, Ertrags- und sonstige Vermögensrisiken in einem strukturierten Prozess ermittelt und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Budget im Sinne einer Risikotragfähigkeitsanalyse und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit anhand bestimmter Eintrittsszenarien bewertet. Der Bereich Immobilienmanagement begleitet die Erstellung der Chancen- und Risikoübersicht und plausibilisiert die Angaben. Als wesentliches Risikocontrolling-Instrument für die Steuerung der Risiken aus Bestandsimmobilien dienen regelmäßig in Auftrag gegebene Wertgutachten zu den Bestandsimmobilien sowie die laufende Beobachtung von Wertänderungsrenditen in den relevanten Märkten, abgegrenzt nach Regionen und Nutzungsarten.

Der Bereich Kreditrisiko- und Konzerncontrolling analysiert die Entwicklung der Risiken aus dem Immobilienprojektierungsgeschäft und aus den Bestandsimmobilien und übernimmt die vierteljährliche Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstandes. Parallel dazu wird die Risikolage im Rahmen der operativen Steuerung in den Sitzungen der Aufsichtsgremien der jeweiligen Beteiligung dargestellt.

Die Risiken aus Immobilienprojekten sind 2011 zurückgegangen. Die Risiken sind unverändert vollständig durch die erwarteten Erträge aus diesem Geschäft abgedeckt.

Chancen eines veränderten Marktumfeldes

Die Helaba verfügt seit Jahren über ein stabiles und zukunftsfähiges strategisches Geschäftsmodell. Die Bank hat in den letzten Jahren die Belastungen aus der Finanz- und Wirtschafts- sowie der Schuldenkrise in der Eurozone aus eigener Kraft bewältigt. Auf der Grundlage der erzielten positiven Betriebsergebnisse wurden durchgängig alle nachrangigen Verbindlichkeiten, Genussrechte und stille Einlagen vollumfänglich bedient; eine angemessene Dividendenzahlung auf das Stammkapital wurde vorgenommen. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Helaba sind zum einen das konservative Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement, zum anderen das konzernweit geltende strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit eigenem Retail- und öffentlichem Förder- und Infrastrukturgeschäft einer starken Verankerung in der Region, einem engen Verbund mit den Sparkassen, sowie einer soliden Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung.

Mit Ratings von „A1“ (aktuell: under review for downgrade), „A+“ (stabiler Ausblick) und „A“ (stabiler Ausblick) der Rating-Agenturen Moody's Investors Service, Fitch Ratings und Standard & Poor's für unbesicherte langfristige Verbindlichkeiten sowie mit „P-1“, „F-1+“ sowie „A-1“ für kurzfristige Verbindlichkeiten verfügt die Helaba auch nach den von den Rating-Agenturen im Jahr 2011 für Bank-Ratings vollzogenen Änderungen in der Rating-Methodik über eine gute Bonitätsbeurteilung. Die strategisch wichtigen verbrieften Refinanzierungsinstrumente öffentliche Pfandbriefe und Hypothekenpfandbriefe weisen „AAA“-Ratings auf. Aufgrund ihres hohen Standings bei institutionellen und privaten Investoren stand der Helaba auch während der im letzten Jahr durch die Schuldenkrise in der Eurozone ausgelösten Vertrauenskrise an den Finanzmärkten der Zugang zu den Refinanzierungsmärkten unmittelbar offen und die Bank war nicht auf Refinanzierungsmittel der Notenbanken angewiesen.

In ihrer Eigenkapitalstrategie hat die Helaba frühzeitig ihre Ziele für die Eigenkapitalausstattung an die sich ab dem Jahr 2013 durch die Einführung von Basel III bzw. der europarechtlichen Umsetzung im Rahmen der CRD IV aufsichtsrechtlich verändernden Rahmenbedingungen und die Erwartungshaltungen im Markt angepasst. Im Rahmen von Basel III strebt die Helaba für die Kernkapitalquote konzernweit ein Mindestziel von 8,5 %–9 %, für die gesamte Eigenmittelquote von 13 % an. Mit einer Kernkapitalquote nach SolvV von 10,1 % und einer Gesamtkennziffer nach SolvV von 15,3 % zum Jahresende 2011 werden diese Zielwerte konzernweit deutlich übertroffen.

Auf der Grundlage von Beschlüssen des Europäischen Rates hat die Anfang des Jahres 2011 gegründete EBA im letzten Jahr mehrere Stresstests für systemrelevante Banken in der EU durchgeführt. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Schuldenkrise in der Eurozone sollte die Stabilität des europäischen Bankensektors getestet und die Vertrauensbildung an den Finanzmärkten gefördert werden. Unabhängig von den mit Basel III bzw. CRD IV verfolgten Zeitplänen für die quantitative und qualitative Umsetzung neuer aufsichtsrechtlicher Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung legte die EBA für die Stresstests einen Eigenkapitalbegriff zugrunde, der ausschließlich auf „hartes“ Kernkapital bzw. CET-1-Kapital abstellte. Zudem wurde in der zweiten Jahreshälfte für die Stresstests eine Mindestquote für CET-1-Kapital von 9 % festgelegt, die von systemrelevanten EU-Banken temporär auch über den 30. Juni 2012 hinaus vorzuhalten ist.

Bei der Helaba hatten in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Eigenkapitalanforderungen (in Deutschland nach KWG bzw. EU-rechtlich nach CRD II) stille Einlagen mit einem Gesamtvolumen von knapp 3,0 Mrd. € einen Anteil von über 50 % am aufsichtsrechtlich anerkannten Kernkapital. Hiervon entfiel ein Volumen von 1,92 Mrd. € auf zwei stille Einlagen des Landes Hessen. Stille Einlagen haften im Verlustfall vollständig und stehen der Bank zeitlich unbefristet zur Verfügung. Bezogen auf die von Basel III bzw. CRD IV für die Anerkennung als CET-1-Kapital gestellten vierzehn Anforderungskriterien bestand lediglich Anpassungsbedarf bei den beiden Kriterien „keine feste Vergütung“ und „Gleichrangigkeit mit Stammkapital im Liquidationsfall“. Obwohl die Träger der Helaba frühzeitig öffentlich und verbindlich die Bereitschaft zur Wandlung der stillen Einlagen des Landes Hessen in CET-1-Kapital erklärt hatten, wurden diese Einlagen bei den Stresstests der EBA nicht berücksichtigt. Formal stellte die EBA zum Stichtag 30. September 2011 für die Helaba deshalb bezogen auf eine CET-1-Kapitalquote von 9 % einen Rekapitalisierungsbedarf in Höhe von 1,5 Mrd. € fest. Darin bereits enthalten ist der EBA Sovereign Buffer für Staatsengagements. Zur Begrenzung möglicher Reputationsschäden für die Helaba und zur Vermeidung von Zweifeln von Investoren an der strategischen Risikostabilität der Bank wurde die Behandlung der stillen Einlagen des Landes Hessen im Rahmen der EBA-Stresstests proaktiv breit öffentlich durch die Helaba kommuniziert. Die Stresstest-Ergebnisse blieben deshalb ohne nennenswerte Auswirkungen auf die Refinanzierungsbasis der Bank.

Die bisherigen „Stillen Einlagen“ des Landes Hessen in der Helaba im Gesamtvolumen von 1,92 Mrd. € wurden zum 30. Dezember 2011 rechtswirksam in Kapitaleinlagen überführt. Diese Kapitaleinlagen stellen vollumfänglich CET-1-Kapital dar. Damit hat die Helaba ihre Kapitalbasis frühzeitig an die Eigenkapitalanforderungen nach Basel III bzw. CRD IV angepasst.

Im deutschen Bankenmarkt haben die Auswirkungen der Finanzmarkt-, Wirtschafts- und Euro-Schuldenkrise sowie die verschärften aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen hinsichtlich der Anforderungen an die Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung der Kreditinstitute den Druck auf die Überprüfung und Anpassung der Geschäftsmodelle deutlich verstärkt. Hinzu kommen bei den-

jenigen Banken, die zur wirtschaftlichen Stabilisierung staatliche Beihilfen in Anspruch nehmen mussten, die Pflichten zur Umsetzung von Auflagen der EU-Kommission. Diese führen zu einem Abbau bzw. der Einstellung von Geschäftsaktivitäten und Veräußerungen von Beteiligungsunternehmen. Im Zuge der im Jahr 2011 von der EBA durchgeführten Stresstests sind bei systemrelevanten Kreditinstituten die Anforderungen an die Ausstattung von „hartem“ Kernkapital kräftig gestiegen. Zu deren Erfüllung sind bei zahlreichen Kreditinstituten Rekapitalisierungs-Maßnahmen eingeleitet worden, die nachhaltig deren Marktposition beeinflussen werden.

Die 2011 von den führenden Rating-Agenturen vorgenommenen Veränderungen in der Rating-Methodik haben in der deutschen Kreditwirtschaft zu zahlreichen Rating-Herabstufungen geführt, die die Beschaffungsmöglichkeiten an den nationalen und insbesondere den internationalen Refinanzierungsmärkten negativ beeinflussen. Die Kombination von höheren Kapital-, Liquiditäts- und Refinanzierungskosten sowie den Belastungen aus der deutschen Bankenabgabe führt zu einer dauerhaften Absenkung der Rentabilität des Bankensektors. Hierdurch ergeben sich strukturelle Veränderungen und Verschiebungen von Marktanteilen in bedeutsamen Geschäftsfeldern, die zugleich auch strategische Chancen eröffnen.

Die WestLB als drittgrößte deutsche Landesbank muss im Rahmen EU-beihilferechtlicher Maßnahmen bis zum 30. Juni 2012 aufgespalten werden. Das Geschäft mit den Sparkassen und ihren Kunden wird in einer Verbundbank (Verbundbank NRW) separiert und ausgegliedert. Vermögenswerte, die nicht in die Verbundbank übertragen werden und nicht bis zum 30. Juni 2012 an Dritte veräußert worden sind, müssen auf die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) übertragen werden. Die deutsche Sparkassenorganisation hat sich gegenüber der Bundesregierung und der EU-Kommission verpflichtet, die Verantwortung für die NRW-Verbundbank entweder im Rahmen einer rechtlichen Verselbständigung oder über die „Andockung“ an eine andere Landesbank zu übernehmen.

Die Trägerversammlung der Helaba hat am 12. Dezember 2011 auf Basis der Ergebnisse einer Due-Diligence-Prüfung der Verbundbank NRW eine Absichtserklärung zur Integration der Verbundbank NRW beschlossen und den Vorstand mit der Aufnahme konkreter Verhandlungen mit der WestLB beauftragt. Die Übernahme der NRW-Verbundbank-Funktion bietet der Helaba die Chance, ihre Verankerung in der Sparkassenorganisation weiter zu vertiefen, ihr Geschäftsmodell als integrierte Universalbank zu stärken und sich als Verbundbank für bundesweit über 40 % aller Sparkassen zu einer führenden Sparkassenzentralbank weiterzuentwickeln.

Unabhängig hiervon ist die Helaba für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt und sieht weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des regionalen Privatkunden- und Mittelstandsgeschäftes, des regionalen und überregionalen Verbundgeschäftes, des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäftes sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und der Produktpalette im Großkundengeschäft. Zielsetzung der mit der strategischen Planung 2011–2015 fortgeschriebenen Rentabilitätsstrategie ist unter Berücksichtigung der mit Basel III/CRD IV steigenden Kapital- und Liquiditätskosten sowie aus der deutschen Bankenabgabe resultierenden Belastungen die weitere Verbesserung der nachhaltigen Ertragskraft und die Mehrung des Unternehmenswertes bei Wahrung der Risikotragfähigkeit.

Zusammenfassung

Für die Helaba ist das kontrollierte Eingehen von Risiken integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Grundlage hierfür ist ein umfassendes System zur Risikoidentifikation, -quantifizierung, -kontrolle und -steuerung. Die verwendeten Methoden und Systeme, die sich bereits auf hohem Niveau befinden und sämtlichen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen genügen, werden fortlaufend weiterentwickelt. Die organisatorischen Rahmenbedingungen sind so ausgestaltet, dass die Umsetzung der festgelegten Risikostrategie gewährleistet ist. Insgesamt verfügt die Helaba über wirksame und erprobte Methoden und Systeme zur Beherrschung der eingegangenen Risiken.

Nachtragsbericht

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2011 nicht ereignet.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das globale Wirtschaftswachstum dürfte 2012 mit rund 3,5 % in etwa die Vorjahresrate erreichen. Der Motor der Weltkonjunktur sind weiterhin die Schwellenländer. Die Länder ohne größere Strukturprobleme schwanken dabei um ihren mittelfristigen Wachstumstrend. Zu diesen zählen China und die übrigen Schwellenländer. Im Jahresverlauf zeichnet sich für die Weltwirtschaft insgesamt sogar eine wieder anziehende konjunkturelle Dynamik ab: Einerseits verlässt die Geldpolitik in den Schwellenländern ihren restriktiven Kurs und schwenkt wieder vermehrt auf Expansion um. Andererseits wird der Konsolidierungsdruck in den europäischen Problemländern zwar hoch bleiben, aber die bereits erfolgten Restrukturierungen erbringen erste Impulse.

Die Konsolidierung und Strukturreformen in der Eurozone werden 2012 fortgesetzt und führen zu deutlich sinkenden Budgetdefiziten. Im internationalen Vergleich ist der Euroraum damit im Restrukturierungsprozess wesentlich weiter fortgeschritten als die USA. Da inzwischen auch Italien mit der Konsolidierung begonnen hat, dürfte die Eurozone (ohne Deutschland) zum Jahreswechsel in eine milde Rezession gefallen sein. Auch die deutsche Wirtschaft legt im Winterhalbjahr eine Verschnaufpause ein, bevor die Konjunktur spätestens in der zweiten Jahreshälfte wieder an Fahrt aufnehmen wird. Dies signalisieren die jüngsten Frühindikatoren. Deutschland steht aber mit einem Wirtschaftswachstum von gut 1 % innerhalb der Eurozone an der Spitze. Dabei ruht das deutsche Wachstum auf einer breiten Basis. Exporte und Ausrüstungen bleiben wichtige konjunkturelle Treiber, auch wenn sie im Vergleich zum Vorjahr nur moderat zunehmen. Dieser Anstieg erfolgt jedoch von sehr hohem Niveau. Die weiterhin günstige Lage am deutschen Arbeitsmarkt kommt dem privaten Konsum zugute. Auch die Bauinvestitionen werden 2012 einen Wachstumsbeitrag leisten. Mit einem Budgetdefizit von weniger als einem Prozent des Bruttosozialproduktes ist auch ein negativer Wachstumsbeitrag von staatlicher Seite wenig wahrscheinlich.

Die Zinsen bleiben 2012 auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Die EZB dürfte den Leitzins bei 1 % fixieren, und auch die US-Notenbank wird keine Zinserhöhung durchführen. Wenn sich im Jahresverlauf die Konjunktur wieder erholt und die Euro-Schuldenkrise entspannt, ist allerdings mit steigenden Kapitalmarktzinsen zu rechnen. Der Verbraucherpreisanstieg bleibt in Deutschland moderat. Erst auf mittlere Frist wird die Inflations- und Zinsentwicklung davon abhängen, ob den führenden Notenbanken der Ausstieg aus der extrem expansiven Geldpolitik gelingt.

Für das Jahr 2013 zeichnet sich für die Eurozone eine Wachstumsbeschleunigung ab. Dagegen dürfte in den USA nach den Wahlen die Konsolidierung des öffentlichen Haushaltes beginnen, was das Wachstum dämpft. Insgesamt ist daher im kommenden Jahr keine spürbare Beschleunigung des globalen Wirtschaftswachstums zu erwarten.

Weiterentwicklung des strategischen Geschäftsmodells

Infolge der Finanzmarktkrise hat sich das wirtschaftliche und aufsichtsrechtliche Marktumfeld deutlich verändert. Dies gilt insbesondere für die verschärften quantitativen und qualitativen Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung und Liquidität. Durch die hiermit verbundene höhere Eigenkapitalunterlegung sowie die höheren Liquiditätskosten verändern sich die Risiko-/Ertrags-Profile von Einzelgeschäften und ganzen Geschäftsfeldern. In ihrer mittelfristigen Geschäfts- und Ertragsplanung strebt die Helaba deshalb zur Schärfung und Fokussierung ihres strategischen Geschäftsmodells in den nächsten Jahren Portfolioanpassungen in ihren Kerngeschäftsfeldern an über:

- eine noch stärkere Ausrichtung auf das Kunden- und Verbundgeschäft und damit auf die realwirtschaftliche Verankerung,
- eine noch stärkere regionale Fokussierung auf Deutschland und angrenzende europäische Kernländer bei Aufrechterhaltung der Niederlassungen in London, New York und Paris zur Absicherung der Leistungstiefe für das Kunden- und Verbundgeschäft und der Sicherung des Zuganges zu den Refinanzierungsmärkten, insbesondere auch für die Währungen US-Dollar und Britisches Pfund,
- eine weitere Kosten- und Effizienzoptimierung mit einem bis 2015 geplanten Wegfall von bis zu 450 Planstellen,
- einen moderaten geschäftsbedingten Anstieg der Risikoaktiva.

Zielsetzung der fortgeschriebenen Rentabilitätsstrategie ist unter Berücksichtigung veränderter aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen die weitere Verbesserung der nachhaltigen Ertragskraft und die Mehrung des Unternehmenswertes bei Wahrung der Risikotragfähigkeit.

Bei einem erfolgreichen Abschluss der laufenden Gespräche mit der WestLB, ihren Eigentümern sowie den Sicherungseinrichtungen der deutschen Sparkassenorganisation beabsichtigt die Helaba, das bisherige Verbundgeschäft der WestLB mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg (Verbundbank NRW) zu übernehmen. Die Helaba würde sich dann als Verbundbank für bundesweit über 40 % aller Sparkassen zu einer führenden Sparkassenzentralbank weiterentwickeln. Bei einer Übernahme der Verbundbank NRW würden die beiden regionalen Sparkassenverbände aus Nordrhein-Westfalen in den Trägerkreis der Helaba eintreten und sich über eine Kapitalerhöhung am Stammkapital der Bank beteiligen.

Voraussichtliche Entwicklung der Bank

Die ökonomische Entwicklung der Bank steht 2012 im Spannungsfeld einer erwarteten konjunkturellen Belebung sowie eines anhaltenden Konsolidierungsdruckes in den europäischen Problemländern. Auch unter diesen Rahmenbedingungen erwartet die Helaba aufgrund ihres bewährten und 2011 weiterentwickelten Geschäftsmodells im Jahr 2012 eine Verstetigung der operativen Erträge auf dem Niveau der Vorjahre. Der Zinsüberschuss wird leicht oberhalb des Vorjahres, das heißt bei gut 1,05 Mrd. € erwartet. Bei der Entwicklung der Risikovorsorge wird für 2012 mit einem Wert auf dem Niveau des Vorjahres gerechnet.

Das Neugeschäft wird die Helaba auf dem Niveau der Vorjahre ausbauen. Im Jahr 2012 wird das mittel- und langfristige Neugeschäft der Helaba (Einzelinstitut) mit rund 14 Mrd. € leicht oberhalb des Vorjahreswertes geplant. Die wesentlichen Ergebnisbeiträge des Neugeschäftes werden wieder in den Geschäftsfeldern Immobilien und Corporate Finance erwirtschaftet. Im Rahmen der Weiterentwicklung des Geschäftsmodells erfolgt in diesen Geschäftsfeldern eine regionale Fokussierung auf Deutschland und angrenzende europäische Kernländer sowie eine weitere Fokussierung des Kundengeschäftes. Für diese Geschäftsfelder wurden leichte Bestandsvolumenzuwächse vorgesehen. Im Geschäftsfeld Financial Institutions and Public Finance wird ein rückläufiges Bestandsvolumen auf Basis einer Portfoliooptimierung geplant. Die Margen werden gegenüber dem Vorjahr auf unverändertem Niveau erwartet.

A-51

Im Kapitalmarktgeschäft werden die Bestände des Handelsbuches weiter reduziert und die Risikoaktiva unter Berücksichtigung der neuen regulatorischen Anforderungen begrenzt. Nachdem im vierten Quartal 2011 neuerliche Marktturbulenzen infolge der Eurokrise zu einer Belastung des Ergebnisses geführt haben, wird für 2012 ein höheres Ergebnis erwartet. Bei einer nachhaltigen Beruhigung der Finanzmärkte wird mit entsprechenden Wertaufholungseffekten gerechnet. Der Ergebnisanteil des kapitalmarktbezogenen Kundengeschäftes wird weiter ausgebaut.

Im Asset Management wird eine Steigerung der operativen Erträge über die Ausweitung des volumengetriebenen Fondsmanagement- und Dienstleistungsgeschäftes sowie der Aufnahme neuer Produkte erwartet. Insgesamt sinkt der Ertrag aufgrund des 2011 erfolgten Verkaufes der Deka-Beteiligung.

In der Sparte Privatkunden und Mittelstandsgeschäft wird im Geschäftsfeld Verbundgeschäft die Zusammenarbeit mit den Sparkassen im Kerngeschäftsbereich Hessen und Thüringen im Rahmen des Verbundkonzeptes kontinuierlich fortgesetzt. Die Verbundzusammenarbeit erfolgt weiterhin auf hohem Niveau und wird 2012 über entsprechende Vertriebs- und Marktinitiativen weiter gestärkt. Der Ausbau des „Verbundgeschäftes Überregional“ in ausgewählten Zielregionen ist die wesentliche strategische Stoßrichtung für die kommenden Jahre. Die Vertriebsaktivitäten erfolgen unter Einbindung der Tochtergesellschaften Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH und FBG (Schweiz) AG.

In der Unternehmenssparte öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft nimmt die Helaba über die WIBank im Auftrag des Landes Hessen öffentliche Förderaufgaben, insbesondere in den Bereichen Wohnungs- und Städtebau, Infrastruktur, Wirtschaft, Landwirtschaft und Umwelt, wahr. Die Erträge im Jahr 2012 werden leicht über denen des Vorjahres geplant.

Im Hinblick auf den Personalbestand der Helaba ist für 2012 keine wesentliche Veränderung gegenüber 2011 vorgesehen. Tarifbedingt wird sich der Personalaufwand allerdings leicht erhöhen. Mittelfristig geht die Helaba von einer Reduzierung des Personalbestandes aus. Der Sachaufwand wird 2012 durch Projekte unter anderem aus dem regulatorischen Umfeld und Belastungen aus Umlagen leicht oberhalb des Vorjahres erwartet.

Im Saldo rechnet die Bank für das Jahr 2012 mit einem Ergebnis vor Steuern etwas oberhalb des Vorjahresniveaus.

Für 2013 wird eine kontinuierliche Entwicklung in den Geschäftsfeldern erwartet. Dabei steht einer weiteren Reduzierung der Handelsbestände ein selektiver Aufbau im Kredit-, Verbund- und Fördergeschäft sowie im Fondsmanagement gegenüber.

Als Folge dieser Weiterentwicklung der Geschäftsfelder wird für das Jahr 2013 mit einer entsprechend stabilen Ertragsentwicklung gerechnet. Durch die Fortsetzung des Kostenmanagements wird für den Verwaltungsaufwand im Jahr 2013 ein leichter Anstieg erwartet. Unter Einbeziehung einer Risikovorsorge im erwarteten Ausmaß rechnet die Bank auch für 2013 mit einer stabilen Ergebnisentwicklung.

Risiken für die Ergebnisentwicklung der Bank bestehen indirekt durch die weiterhin bestehenden Unsicherheiten bezüglich der Entwicklung in den europäischen Problemländern und einer Verschärfung der Eurokrise.

Am 12. Dezember 2011 haben die Träger der Helaba den Vorstand mit der Aufnahme konkreter Verhandlungen zur Integration des Verbundgeschäftes der WestLB in die Helaba beauftragt. Aufgrund der bislang noch nicht vorliegenden Beschlussfassungen enthält die operative Planung 2012 noch keine Ergebnisse einer Verbundbankintegration der WestLB.

Gesamtaussage

Auch das Geschäftsjahr 2011 hat gezeigt, dass trotz volatiler Märkte das diversifizierte Geschäftsmodell der Helaba als integrierte Universalbank mit den drei Sparten Großkundengeschäft, Privatkunden und Mittelstandsgeschäft sowie öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft eine solide Grundlage für eine stabile Geschäfts- und Ertragsentwicklung darstellt. Die neuen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen, aber auch die Folgen der Finanzmarkt- und der Euro-Schuldenkrise bleiben eine Herausforderung für die Banken und die Gesamtwirtschaft im Hinblick auf Ertragsmöglichkeiten, internationale Konkurrenzfähigkeit und Kreditversorgung.

Die Helaba ist für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt. Aufbauend auf der bestehenden Marktpositionierung und der frühzeitigen Erfüllung der Kapitalanforderungen von Basel III bzw. CRD IV sieht die Helaba weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des Privatkunden- und Mittelstandsgeschäftes, des Verbundgeschäftes mit den Sparkassen sowie in ausgewählten Segmenten des Großkundengeschäftes. Mit der angestrebten Übernahme der Verbundbank-Funktion für die Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg wird die strategische Stoßrichtung verfolgt, die Helaba bundesweit als eine führende Sparkassenzentralbank zu etablieren. Zielsetzung der mit der strategischen Planung 2011–2015 fortgeschriebenen Rentabilitätsstrategie ist unter Berücksichtigung veränderter aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen die weitere Verbesserung der nachhaltigen Ertragskraft und die Mehrung des Unternehmenswertes bei Wahrung der Risikotragfähigkeit.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 28. Februar 2012

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner	Berger	Gröb	Dr. Hosemann
Krick	Raupach	Dr. Schraad	

Jahresabschluss der
Landesbank Hessen-Thüringen

Jahresbilanz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt,

zum 31. Dezember 2011

Aktivseite

in Tsd. €

	siehe Anhang Ziffer			2011	2010
Barreserve					
a) Kassenbestand			1.965		1.796
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			5.426		47.463
darunter:				7.391	49.259
bei der Deutschen Bundesbank	5.426				(47.463)
Forderungen an Kreditinstitute	(2), (32), (43)				
a) Hypothekendarlehen			1.771		-
b) Kommunalkredite			11.139.366		11.514.973
c) andere Forderungen			6.990.081		5.811.653
darunter:				18.131.218	17.326.626
täglich fällig	4.773.054				3.429.870
gegen Beleihung von Wertpapieren	-				
darunter Baudarlehen der Bausparkasse:					
Bauspardarlehen	-				(1)
Forderungen an Kunden	(3), (32), (43)			74.698.534	76.996.783
a) Hypothekendarlehen			14.853.289		14.862.496
b) Kommunalkredite			17.022.794		16.614.530
c) andere Forderungen			41.796.051		44.418.074
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren	-				
d) Baudarlehen der Bausparkasse					
da) aus Zuteilungen (Bauspardarlehen)		568.148			625.032
db) zur Vor- und Zwischenfinanzierung		451.871			469.382
dc) sonstige		6.381			7.269
darunter:			1.026.400		1.101.683
durch Grundpfandrechte gesichert	707.245				(798.449)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	(4)				
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
ab) von anderen Emittenten			-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		2.341.757			1.291.430
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.199.502				(1.208.773)
bb) von anderen Emittenten		9.427.329			8.843.402
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	8.388.710		11.769.086		10.134.832
					(7.567.179)
c) eigene Schuldverschreibungen					-
				11.769.086	10.134.832
Nennbetrag	-				-
Übertrag:				104.606.229	104.507.500

A-55

Passivseite

in Tsd. €

siehe Anhang Ziffer		2011	2010
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (15), (18), (43)			
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		240.071	243.002
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		1.685.202	1.934.169
c) andere Verbindlichkeiten		33.040.503	32.360.640
darunter:			
täglich fällig	1.919.946		(2.681.569)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen			
an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	–		
öffentliche Namenspfandbriefe	–		
d) Bauspareinlagen		20.661	18.284
darunter:			
auf zugeteilte Verträge	4.870		34.556.095
			(4.774)
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (19), (43)			
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		2.692.562	3.190.649
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		4.359.718	5.367.300
c) Einlagen aus dem Bauspargeschäft und Spareinlagen			
ca) Bauspareinlagen		3.332.722	3.306.818
darunter:			
auf gekündigte Verträge	38.053		(71.543)
auf zugeteilte Verträge	73.456		(89.377)
cb) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		–	(–)
cc) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		0	(–)
		3.332.722	
d) andere Verbindlichkeiten		16.017.052	12.655.288
darunter:			
täglich fällig	2.565.646		24.520.055
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen			(2.644.001)
an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	–		
öffentliche Namenspfandbriefe	–		
Verbriefte Verbindlichkeiten (20), (31)			
a) begebene Schuldverschreibungen			
aa) Hypothekenspfandbriefe		2.811.904	2.466.338
ab) öffentliche Pfandbriefe		7.978.008	7.685.143
ac) sonstige Schuldverschreibungen		27.213.371	29.852.498
		38.003.283	40.003.979
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		837.375	1.770.996
darunter:			
Geldmarktpapiere	837.374		41.774.975
			(1.770.997)
Handelsbestand (21), (34), (43)			
Übertrag:			138.903.236
			140.641.858

Aktivseite

in Tsd. €

siehe Anhang Ziffer			2011	2010
Übertrag:			104.606.229	104.507.500
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (5)			1.349.282	1.437.206
Handelsbestand (6), (14), (34), (43)			40.693.417	41.444.957
Beteiligungen (7), (17), (43)			242.212	520.716
darunter:				
an Kreditinstituten	55.019			(55.200)
an Finanzdienstleistungsinstituten	17.947			(33.640)
Anteile an verbundenen Unternehmen (8), (17), (43)			1.998.271	1.997.680
darunter:				
an Kreditinstituten	999.565			(998.020)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-			(-)
Treuhandvermögen (9)			895.804	931.215
darunter: Treuhandkredite	628.574			(665.422)
Immaterielle Anlagewerte (10), (17)				
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-		
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		17.685		15.916
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-		
d) geleistete Anzahlungen		-		
			17.685	15.916
Sachanlagen (11), (17)			50.974	48.056
Sonstige Vermögensgegenstände (12)			1.285.254	1.438.650
Rechnungsabgrenzungsposten (13)				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		180.303		185.383
b) andere		30.976		35.284
			211.279	220.667
Summe der Aktiva			151.350.407	152.562.563

A-57

Passivseite

in Tsd. €

	siehe Anhang Ziffer			2011	2010
Übertrag:				138.903.236	140.641.858
Treuhandverbindlichkeiten	(22)			895.804	931.215
darunter:					
Treuhandkredite		628.574			(665.422)
Sonstige Verbindlichkeiten	(23)			1.251.476	837.699
Rechnungsabgrenzungsposten	(24)				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			207.314		221.460
b) andere			76.263		59.287
				283.577	280.747
Rückstellungen	(25)				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			553.463		519.176
b) Steuerrückstellungen			91.989		92.048
c) andere Rückstellungen			287.886		252.957
				933.338	864.181
Fonds zur baupartechnischen Absicherung				9.020	9.020
Nachrangige Verbindlichkeiten	(26)			2.308.024	2.302.659
Genussrechtskapital	(28)			728.804	728.804
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig		20.000			(-)
Fonds für allgemeine Bankrisiken	(28)			445.310	445.022
davon:					
Zuführungen nach § 340e Abs. 4 HGB		20.054			(19.766)
Eigenkapital	(28)				
a) gezeichnetes Kapital					
aa) Stammkapital			477.000		477.000
ab) Kapitaleinlage			1.920.000		-
ac) Einlagen stiller Gesellschafter			1.053.337		2.973.337
				3.450.337	3.450.337
b) Kapitalrücklage				658.301	658.301
c) Gewinnrücklagen				1.444.951	1.374.560
d) Bilanzgewinn				38.229	38.160
				5.591.818	5.521.358
Summe der Passiva				151.350.407	152.562.563
Eventualverbindlichkeiten	(29)				
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen				5.295.413	8.050.838
Andere Verpflichtungen	(30)				
a) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen					2.728.868
b) unwiderrufliche Kreditzusagen					17.233.032
				17.684.421	19.961.900

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt,

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

in Tsd. €

siehe Anhang Ziffer				2011	2010
Zinserträge aus	(36)				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		3.582.102			3.690.350
darunter Zinserträge der Bausparkasse:					
aa) aus Bauspardarlehen	27.338				(31.814)
ab) aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	21.429				(23.457)
ac) aus sonstigen Baudarlehen	302				(345)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		302.684			204.760
			3.884.786		3.895.110
Zinsaufwendungen			3.126.503		3.162.096
darunter: für Bauspareinlagen	71.519				(74.537)
				758.283	733.014
Laufende Erträge aus	(36)				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			32.482		43.181
b) Beteiligungen			22.543		18.173
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			58.733		55.937
				113.758	117.291
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinn- abführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				58.887	53.854
Provisionserträge	(36), (37)		173.803		165.369
darunter Provisionserträge der Bausparkasse:					
a) aus Vertragsabschluss und -vermittlung	23.185				(23.448)
b) aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung	1.425				(1.707)
c) aus der Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	2				(1)
Provisionsaufwendungen			54.196		55.356
darunter: für Vertragsabschluss und -vermittlung der Bausparkasse	31.631				(31.958)
				119.607	110.013
Nettoertrag des Handelsbestandes	(36)			2.591	177.891
darunter: Zuführungen gem. § 340e Abs. 4 HGB			288		(19.766)
Sonstige betriebliche Erträge	(36), (38)			69.510	63.841
Übertrag:				1.122.636	1.255.904

A-59

in Tsd. €

siehe Anhang Ziffer				2011	2010
Übertrag:				1.122.636	1.255.904
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		248.996			241.508
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		61.516			49.848
darunter:			310.512		291.356
für Altersversorgung	25.763				(15.508)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			317.449		276.412
				627.961	567.768
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				10.792	13.199
Sonstige betriebliche Aufwendungen (38)				97.414	74.682
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft (39)				227.663	323.778
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				-	-
Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				-	-
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				-	24.295
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				19.775	-
Aufwendungen aus Verlustübernahme				97	953
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				178.484	251.231
Außerordentliche Erträge			-		35.502
Außerordentliche Aufwendungen			13.346		69.322
Außerordentliches Ergebnis (40)				-13.346	33.820
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (41)			52.475		55.627
Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten Sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen			4.043		1.164
				56.518	56.791
Jahresüberschuss				108.620	160.620
Einstellung in Gewinnrücklagen				70.391	122.460
Bilanzgewinn				38.229	38.160

Anhang der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, zum 31. Dezember 2011

Der Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale wird nach den Vorschriften des HGB in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) und dem Pfandbriefgesetz aufgestellt. Die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind nach den Vorgaben der RechKredV gegliedert. Sie wurden um die für Pfandbriefbanken und für Bausparkassen vorgeschriebenen Posten ergänzt. Die im Anhang aufzunehmenden Angaben zum Bausparkassengeschäft sind in dem gesondert veröffentlichten Jahresabschluss der LBS enthalten.

(1) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Vermögensgegenstände und Schulden werden nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der besonderen Regelungen für Kreditinstitute (§§ 340 ff. HGB) bewertet. Forderungen sind mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Außerhalb des Handelsbestandes werden Unterschiedsbeträge mit Zinscharakter zwischen Nennbetrag und Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und über die Laufzeit periodisiert aufgelöst. Abgezinst begebene Schuldverschreibungen und ähnliche Verbindlichkeiten sowie auf abgezinster Basis erworbene Wertpapiere und Forderungen werden zum Barwert angesetzt.

Durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen wurde sämtlichen erkennbaren Risiken Rechnung getragen. Für latente (Kredit-)Risiken bestehen – neben dem in der Bilanz ausgewiesenen Fonds für allgemeine Bankrisiken – Pauschalwertberichtigungen und Vorsorge-reserven gemäß § 340f HGB.

Die in den Posten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere enthaltenen Bestände sind mit Ausnahme von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB sowie des Anlagebestandes nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Sie sind folglich mit dem beizulegenden Wert anzusetzen, sofern dieser unterhalb der (fortgeführten) Anschaffungskosten liegt. Der beizulegende Wert entspricht bei aktiven Märkten dem Börsen- oder Marktpreis am Abschlussstichtag. Bei der Analyse des Wertpapierbestandes zum Bilanzierungsstichtag wurde ein aktiver Markt für alle Wertpapiere festgestellt. Die gesetzlich vorgeschriebenen Wertaufholungen wurden vorgenommen.

Der Anlagebestand umfasst die in 2008 umgewidmeten Wertpapierbestände sowie einzelne Restanten aus dem Anlagebestand der Tochtergesellschaft Helaba Dublin, die in 2010 von der Bank übernommen wurden. Diese werden regelmäßig auf dauerhafte Wertminderung überprüft.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten angesetzt. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen. Sofern die Gründe für eine Wertminderung in früheren Geschäftsjahren entfallen sind, erfolgen Zuschreibungen bis zur Höhe des Zeitwertes, maximal bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten.

A-61

Gegenstände des Anlagevermögens und immaterielle Vermögenswerte, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich außerplanmäßiger Abschreibungen auf niedrigere Zeitwerte ausgewiesen. Planmäßige Abschreibungen werden auf die wirtschaftliche Nutzungsdauer verteilt vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben. Auf die Aktivierung von selbst erstellten immateriellen Vermögenswerten hat die Bank verzichtet.

Die Pensionsverpflichtungen werden jährlich durch externe versicherungsmathematische Gutachter ermittelt. Die Bewertung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, wobei neben biometrischen Annahmen (Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Heubeck) künftig zu erwartende Gehalts- und Rentenerhöhungen sowie der von der Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, zugrunde gelegt werden.

Die angewandten Bewertungsparameter sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	31.12.2011
Zinssatz	5,13 %
Gehaltstrend	2,0 %
Rententrend	1,0–2,0 %
Fluktuationsrate	3,0 %

Für einen Teil der Pensionsverpflichtungen bestehen Vermögenswerte (Wertpapiere), die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dienen (Deckungsvermögen). Sie werden gemäß § 253 Abs. 1 S. 4 HGB mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet. Der Verpflichtungsumfang ergibt sich durch Maximierung der garantierten Leistungszusage mit dem beizulegenden Wert der zugehörigen Wertpapiere zum Abschlussstichtag. Die Vermögenswerte und die korrespondierenden Pensionsverpflichtungen werden miteinander verrechnet.

Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand umfasst im Wesentlichen den Vorsorgeaufwand und den Zinsaufwand. Der Vorsorgeaufwand stellt die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die auf die von den Mitarbeitern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung zurückzuführen ist; er wird im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Der Zinsaufwand stellt die Barwerterhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die sich aus der Annäherung an den Erfüllungszeitpunkt und somit der Verkürzung der Abzinsungsperiode ergibt. Der Zinsaufwand wird mit den Erträgen aus dem Deckungsvermögen saldiert. Sowohl der Zinsaufwand als auch das Ergebnis aus dem Deckungsvermögen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

Steuerrückstellungen und andere Rückstellungen sind gemäß den Grundsätzen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des Erfüllungsbetrages der ungewissen Verbindlichkeiten oder der drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften unter Berücksichtigung erwarteter Preis- und Kostensteigerungen zu bilden. Mittel- und langfristige Rückstellungen (Restlaufzeit > ein Jahr) werden mit den von der Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst.

Vermögensgegenstände und Schulden in fremder Währung sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte werden zum Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Bei auf Fremdwährung lautenden Termingeschäften des Handelsbestandes erfolgt, nach einer eventuellen Neutralisierung von Bewertungsgewinnen/-verlusten aus Kassakursveränderungen, eine Abgrenzung der Swapstellen sowie eine Bewertung der Reststellen. Die Bank wendet den Grundsatz der besonderen Deckung gemäß § 340h HGB an. Alle Währungsergebnisse werden erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die Nettopositionen je Währung werden täglich ermittelt.

Derivate (Termin- und Optionsgeschäfte im Zins-, Aktien-, Währungs-, Kredit- und Rohwarenbereich sowie Swapvereinbarungen) werden bei Abschluss dem Handels- oder dem Nichthandelsbestand zugeordnet. Die Berücksichtigung derivativer Finanzinstrumente im Rahmen der handelsrechtlichen Bilanzierung erfolgt auf Basis der einschlägigen Stellungnahmen und Hinweise zur Rechnungslegung des IDW und nach den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchführung. Bei strukturierten Finanzinstrumenten, deren derivative Nebenabreden ein anderes Risikoprofil als das Grundgeschäft aufweisen, werden diese Derivate abgespalten, dem Handelsbestand zugeordnet und getrennt bewertet.

Handelsbestände werden in der Bilanz in den Posten Handelsaktiva und -passiva ausgewiesen. Die Bewertung der Handelsgeschäfte erfolgt einzelgeschäftsbezogen. Finanzinstrumente des Handelsbestandes werden gemäß § 340e Abs. 3 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlages für Handelsaktiva und zuzüglich eines Risikoabschlages für Handelspassiva bewertet. Die Höhe, der Zeitpunkt und die Sicherheit zukünftiger Zahlungsströme, als Basis für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes, wird im Wesentlichen vom Zinsumfeld, von den Entwicklungen an den Aktien- und Rentenmärkten sowie den Entwicklungen der Credit Spreads beeinflusst. Die Ermittlung der Risiko- und -abschläge erfolgt unter Beachtung der Vorgaben der Bankaufsicht nach den Vorschriften des KWG für sämtliche Handelsbestände. Der Risikoabschlag wird gemäß den Vorgaben der SolvV ermittelt. Die Risiko- und -abschläge werden für jede Risikokategorie vorgenommen. Die Methodik zur Ermittlung des Risikoabschlages orientiert sich an den aufsichtsrechtlichen Vorgaben zu den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) sowie an den Vorgaben der SolvV. Der Risikoabschlag wird dabei in Form eines Money-at-Risk (MaR) mit einem Konfidenzniveau von 99 %, einer Haltedauer von zehn Tagen sowie einem Beobachtungszeitraum von einem Jahr errechnet. Bonitätsrisiken aus der Erfüllung von Swap-Geschäften werden durch einen kontrahentenbezogenen Bewertungsabschlag (Credit Valuation Adjustment, CVA) berücksichtigt. Das CVA wird an jedem Bilanzstichtag durch die Bewertung des potenziellen Ausfallrisikos unter Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten und des Effektes von Nettingvereinbarungen ermittelt.

A-63

Wertänderungen, realisierte Gewinne und Verluste, Provisionen und laufende Erträge aus Finanzinstrumenten des Handelsbestandes sowie Zinsaufwendungen zur Refinanzierung der Handelsaktivitäten werden im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestandes ausgewiesen.

Gemäß § 340e Abs. 4 HGB wird zum Abschlussstichtag ein Betrag, der mindestens zehn vom Hundert der Nettoerträge des Handelsbestandes entspricht, dem gesonderten Bestand im Sonderposten für allgemeine Bankrisiken zugeführt. Die Zuführung erfolgt, bis der entsprechende Bestand 50 % des Durchschnitts der letzten fünf vor dem Berechnungstag erzielten jährlichen Nettoerträge des Handelsbestandes erreicht oder eine Auflösung zum Ausgleich von Nettoaufwendungen des Handelsbestandes vorgenommen wird. Die Zuführung/Auflösung erfolgt zulasten/zugunsten des Postens Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestandes.

Derivate außerhalb des Handelsbestandes und des in Bewertungseinheiten befindlichen Bestandes werden zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos im Bankbuch eingesetzt. Bei der Bewertung des Bankbuches wird für das allgemeine Zinsrisiko eine Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen Aktiva und Passiva einschließlich der Zinsderivate durchgeführt. Dabei werden Forderungen, verzinsliche Wertpapiere, Verbindlichkeiten und Derivate des Bankbuches nicht hinsichtlich Marktpreisrisiken einzeln imparitätlich bewertet, sondern in einem so genannten Refinanzierungsverbund gesehen. Die Notwendigkeit zur Bildung einer Drohverlustrückstellung aus dem Refinanzierungsverbund war – unter Anwendung einer periodischen (GuV-orientierten) Betrachtungsweise – im Berichtsjahr nicht gegeben.

Laufende Erträge aus Swap-Geschäften des Nichthandelsbestandes werden zeitanteilig abgegrenzt und unter den Sonstigen Vermögensgegenständen bzw. Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die Helaba hat im Bankbuch Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB gebildet, die sich aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve und den zugehörigen, zu Sicherungszwecken abgeschlossenen Zinsswaps zusammensetzen (so genannte Asset Swaps). Allen Bewertungseinheiten liegt dabei die Absicherung des Zinsrisikos zugrunde.

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang unter Ausnutzung des Wahlrechts des § 274 HGB bilanziell nicht angesetzt wird. Die aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus temporären Differenzen aus steuerlich nicht nachvollzogenen Risikovor-sorgen sowie aus Sonstigen Rückstellungen und Pensionsrückstellungen. Bei der Bewertung der latenten Steuern wurden die unternehmensindividuellen Steuersätze herangezogen. Im Inland ergibt sich für die Bank bei einem durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von 450 % ein kombinierter Ertragsteuersatz von 31,6 %. Latente Steuern in den ausländischen Berichtseinheiten werden mit den dort geltenden statuarischen Steuersätzen bewertet.

(2) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
In dieser Position sind enthalten:		
Forderungen an angeschlossene Sparkassen	9.201	9.004
Forderungen an verbundene Unternehmen	3.404	3.376
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	13	5
Die Unterposition – andere Forderungen – enthält:		
nachrangige Forderungen	45	53
davon: an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	1
Täglich fällig	4.773	3.430
Restlaufzeiten – andere Forderungen –		
bis drei Monate	3.835	4.149
mehr als drei Monate bis ein Jahr	896	870
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5.121	5.230
mehr als fünf Jahre	3.507	3.647
Als Deckung verwendet	3.897	4.424

(3) Forderungen an Kunden

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
In dieser Position sind enthalten:		
Forderungen an verbundene Unternehmen	2.800	2.054
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.076	1.112
nachrangige Forderungen	1.086	1.085
davon: an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	23	25
Restlaufzeiten:		
bis drei Monate	4.819	5.782
mehr als drei Monate bis ein Jahr	8.712	6.846
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	32.538	34.029
mehr als fünf Jahre	26.612	28.985
mit unbestimmter Laufzeit	2.018	1.355
Als Deckung verwendet	24.012	22.675

A-65

(4) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Verbriefte Forderungen		
an verbundene Unternehmen	-	-
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	743	748
Von den börsenfähigen Wertpapieren sind		
börsennotiert	11.447	9.749
nicht börsennotiert	289	385
Restlaufzeiten:		
im Folgejahr fällig werdende Beträge	967	591
Nachrangige Vermögensgegenstände	266	366
Im Rahmen von Offenmarktgeschäften sind in Pension gegeben	1.000	-
Buchwert der Wertpapiere im Anlagebestand	693	924
Beizulegender Wert der Wertpapiere im Anlagebestand	622	841
Vorübergehende Wertminderung der Wertpapiere im Anlagebestand	70	83

(5) Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Von den börsenfähigen Wertpapieren sind		
börsennotiert	3	4
nicht börsennotiert	66	63

Der Posten beinhaltet sieben Anteile an ausschließlich von der Helaba gehaltenen Wertpapiersondervermögen (Mischfonds bzw. reine Rentenfonds) mit einem Buchwert von insgesamt 1,28 Mrd. €. Im Rahmen der langfristigen Investitionsabsicht der Helaba investieren diese Sondervermögen überwiegend in zinstragende Wertpapiere. Weitere Anteile entfallen auf 39,7 % eines Publikumsfonds (Buchwert 22,9 Mio. €) mit einer weltweit und an Aktienmärkten orientierten Anlagestrategie. Zum Bilanzstichtag erfolgte die Bewertung bei allen Anteilen zu einem eventuellen niedrigeren Marktwert. Es bestanden keine wesentlichen Kurswertreserven am Bilanzstichtag. Die Erträge aus erhaltenen Ausschüttungen im Jahr 2011 betragen insgesamt 23,8 Mio. €.

(6) Handelsbestand (aktiv)

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Derivative Finanzinstrumente	9.121	6.703
Forderungen	6.931	7.163
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	24.527	27.522
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	115	57
Sonstige Vermögensgegenstände	0	–
Nachrangige Vermögensgegenstände	13	19

(7) Beteiligungen

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Von den Wertpapieren sind		
börsenfähig	19	72
börsennotiert	–	53

Fünf Beteiligungen mit einem Gesamtbuchwert von 70 Mio. € (Zeitwert 68 Mio. €) wurden nicht zum vorübergehend niedrigeren Zeitwert angesetzt. Im Wesentlichen ist die Abweichung auf eine Beteiligung zurückzuführen, deren Portfolio sich aber positiv entwickelt. Weitere Abweichungen ergeben sich aus Währungseffekten und branchentypischen Anlaufverlusten bei Beteiligungen an Infrastruktur-, Private Equity- und Mezzaninefonds.

(8) Anteile an verbundenen Unternehmen

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Von den Wertpapieren sind		
börsenfähig	151	150
börsennotiert	–	–

A-67

(9) Treuhandvermögen

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
In dieser Position sind enthalten:		
Forderungen an Kreditinstitute	28	13
Forderungen an Kunden	600	653
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2	1
Beteiligungen	52	52
Anteilsbesitz an verbundenen Unternehmen	203	203
sonstige Vermögensgegenstände	11	9

(10) Immaterielle Anlagewerte

Der Bilanzausweis beinhaltet im Wesentlichen die Bestände an erworbener standardisierter Software.

(11) Sachanlagen

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
In dieser Position sind enthalten:		
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	16	16
Betriebs- und Geschäftsausstattung	28	25

(12) Sonstige Vermögensgegenstände

Der Bilanzausweis beinhaltet im Wesentlichen Zinsforderungen aus Swapvereinbarungen im Nicht-handel, Verrechnungsansprüche gegenüber Sondervermögen sowie gezahlte Optionsprämien.

(13) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. €

Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	31.12.2011	31.12.2010
In dieser Position sind enthalten:		
Agien aus Forderungen	24	15
Disagien aus Verbindlichkeiten und begebenen Schuldverschreibungen	156	170

(14) Echte Pensionsgeschäfte

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
In Pension gegebene Vermögensgegenstände des Handelsbestandes	955	1.920

(15) Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Für nachfolgende Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände in angegebener Höhe übertragen:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.773 ¹⁾	4.681 ¹⁾
Handelspassiva	5.328 ¹⁾	3.301 ¹⁾

1) Einschließlich 698 Mio. € (2010: 591 Mio. €) in Pension genommener Wertpapiere, die an Kreditinstitute im Zusammenhang mit echten Pensionsgeschäften weiterübertragen wurden.

(16) Von den Vermögensgegenständen lauten auf Fremdwährung

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
	31.726	33.686

(17) Anlagenspiegel

in Mio. €

Anlagevermögen	Immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Gesamt
Anschaffungs-/ Herstellungskosten 1.1.2011	77	139	924	631	2.019	3.790
Zugänge	8	8	–	37	6	59
Abgänge	3	8	231	372	8	621
Umbuchungen	–	–	–	–	–	–
Wechselkursveränderungen	–	–	–	1	3	4
Kumulierte Abschreibungen	64	88	–	55	20	211
Bilanzwert am 31.12.2011	18	51	693	242	1.998	3.018
Bilanzwert Vorjahr	16	48	924	521	1.998	3.507
Abschreibungen 2011	6	5	–	16	–	12

A-69

(18) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
In dieser Position sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	7.405	5.945
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	5.814	4.306
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	311	9
Täglich fällig	1.920	2.682
Restlaufzeiten der Unterposition – mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist –		
bis drei Monate	3.397	2.451
mehr als drei Monate bis ein Jahr	5.445	2.969
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	13.897	15.027
mehr als fünf Jahre	10.312	11.446

(19) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
In dieser Position sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.082	659
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	25	26
Täglich fällig	2.566	2.644
Restlaufzeiten der Unterposition – andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist –		
bis drei Monate	2.920	1.552
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.686	1.441
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	7.176	7.940
mehr als fünf Jahre	8.720	7.616

(20) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
In dieser Position sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	16	21
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	771
Restlaufzeiten der Unterposition – begebene Schuldverschreibungen –		
im Folgejahr fällig werdende Beträge	8.242	7.784
Restlaufzeiten der Unterposition – andere verbrieft Verbindlichkeiten –		
bis drei Monate	678	1.658
mehr als drei Monate bis ein Jahr	160	113
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	–	–
mehr als fünf Jahre	–	–

(21) Handelsbestand (passiv)

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Derivative Finanzinstrumente	10.145	7.306
Verbindlichkeiten	28.529	32.485

(22) Treuhandverbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Die Treuhandverbindlichkeiten gliedern sich in:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8	10
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	826	860
sonstige Verbindlichkeiten	62	61

A-71

(23) Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Wesentliche Posten sind:		
Zinsverpflichtungen aus Swapvereinbarungen des Nichthandelsbestandes	395	440
erhaltene Optionsprämien des Nichthandelsbestandes	6	39
Ausgleichsposten aus der Devisenbewertung	622	172
Zinsen für Genussrechte und Stille Einlagen	130	130

(24) Passive Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. €

Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	31.12.2011	31.12.2010
Die Position enthält im Wesentlichen:		
Disagien aus dem Darlehensgeschäft	177	181
Agien aus Verbindlichkeiten	23	34

(25) Rückstellungen

Aufgrund der Anwendung von Artikel 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB ergibt sich zum Bilanzstichtag eine Unterdeckung der ausgewiesenen Pensionsrückstellungen in Höhe von 172 Mio. €.

Die Anschaffungskosten der gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit Rückstellungen verrechneten Vermögensgegenstände betragen 22 Mio. €, der beizulegende Zeitwert beträgt 22 Mio. €. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beläuft sich auf 28 Mio. €. In der Gewinn- und Verlustrechnung wurden Erträge aus diesen Vermögensgegenständen in Höhe von 273 Tsd. € mit Aufwendungen aus den korrespondierenden Schulden in Höhe von 44 Tsd. € verrechnet.

Die anderen Rückstellungen wurden im Wesentlichen für dem Personalbereich zuzuordnende Sachverhalte sowie für Bonitäts- und Länderrisiken im außerbilanziellen Kreditgeschäft gebildet. Weitere Rückstellungsbeträge entfallen auf diverse der Höhe oder dem Grunde nach ungewisse Verbindlichkeiten.

(26) Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Mittelaufnahmen, die jeweils 10 % der Gesamtposition übersteigen, sind wie folgt ausgestaltet.

Währungsbetrag in Mio.	Währung	Aktueller Zinssatz in %	Fällig im Jahr	Vorzeitige Rückzahlungs- verpflichtung
650	EUR	5,50	2015	-
250	EUR	2,302	2016	-

Die Bedingungen der Nachrangigkeit dieser Mittel entsprechen den Anforderungen des Kreditwesengesetzes für die Anrechnung als haftendes Eigenkapital. Eine Umwandlung in Kapital oder andere Schuldformen ist weder vereinbart noch vorgesehen.

Im Ausweis sind anteilige Zinsen in Höhe von 10 Mio. € (2010: 10 Mio. €) enthalten. Für nachrangige Mittelaufnahmen betrug der Zinsaufwand im Geschäftsjahr 93 Mio. € (2010: 94 Mio. €).

(27) Von den Schulden lauten auf Fremdwährung

	in Mio. €	
	31.12.2011	31.12.2010
	16.709	26.156

(28) Eigene Mittel

	in Mio. €	
	31.12.2011	31.12.2010
Die Eigenmittel (ohne Bilanzgewinn) gemäß Bilanz setzen sich zum Jahresende 2011 wie folgt zusammen:		
Gezeichnetes Kapital	3.450	3.450
a) Stammkapital	477	477
b) Kapitaleinlage	1.920	
c) Einlagen stiller Gesellschafter	1.053	2.973
Kapitalrücklage	658	658
Gewinnrücklagen	1.446	1.375
Einschließlich des Genussrechtskapitals,	729	729
des Fonds für allgemeine Bankrisiken	445	445
sowie nachrangiger Verbindlichkeiten	2.308	2.303
beliefen sich die aus der Bilanz ersichtlichen haftenden Eigenmittel auf	9.036	8.960

A-73

Mit Wirkung ab dem 30. Dezember 2011 haben das Land Hessen und die Bank die bisherigen stillen Einlagen des Landes Hessens (Sondervermögen „Wohnungswesen und Zukunftsinvestition“ sowie „Hessischer Investitionsfonds“) im Wege der vertraglichen „Härtung“ an die geänderten aufsichtsrechtlichen Anforderungen angepasst. Diese stellen somit ab diesem Datum Kapitaleinlagen dar, die unter dem neu eingefügten Posten Kapitaleinlage ausgewiesen sind.

Die Bestände der Gewinnrücklagen per 31. Dezember 2011 berücksichtigen eine Rücklagenzuführung in Höhe von 71 Mio. € aus dem Jahresüberschuss 2011.

Der auf den Sonderposten nach § 340e HGB entfallende und damit einer Ausschüttungssperre unterliegende Anteil des Fonds für allgemeine Bankrisiken beträgt 20 Mio. €.

(29) Eventualverbindlichkeiten

	in Mio. €	
	31.12.2011	31.12.2010
In den Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen sind Kreditbürgschaften enthalten in Höhe von	2.777	3.928

Die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme in den nächsten 30 Tagen wird analog aufsichtsrechtlicher Bestimmungen mit 5 % angesetzt.

(30) Andere Verpflichtungen

	in Mio. €	
	31.12.2011	31.12.2010
Es bestehen:		
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	2.319	2.729
unwiderrufliche Kreditzusagen für Buchkredite	15.366	17.233

Die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme in den nächsten 30 Tagen wird analog aufsichtsrechtlicher Bestimmungen mit 5 % angesetzt.

(31) Pfandbriefe und Deckungsrechnung

Gesamtübersicht gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG

in Mio. €

	Nennwert		Barwert	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
Hypothekendarbriefe				
Deckungsmasse	8.964	8.895	9.486	9.220
Darbriefumlauf	5.659	5.794	6.057	6.078
Überdeckung	3.305	3.101	3.429	3.142
Risikobarwert gemäß Barwertverordnung	-	-	3.253	3.004
Öffentliche Darbriefe				
Deckungsmasse	20.122	20.514	21.652	21.492
Darbriefumlauf	14.419	14.912	15.601	15.801
Überdeckung	5.704	5.602	6.051	5.691
Risikobarwert gemäß Barwertverordnung	-	-	5.673	5.146

Zum Geschäftsjahresende befindet sich ein Derivat in Deckung.

Der Risikobarwert gemäß Barwertverordnung gibt den barwertigen Deckungssaldo nach Stresstest an. Für die Simulation von Zinsrisiken wurde das interne Modell MaRC² herangezogen; die Simulation von Währungsrisiken erfolgte auf Basis des dynamischen Verfahrens.

A-75

Aufgliederung der Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen und Aufgliederung der Pfandbriefe nach Restlaufzeiten gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG

in Mio. €

	Deckungsmasse		Pfandbrief	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
Zinsbindungsfristen/Restlaufzeiten				
Hypothekendarfandbriefe				
bis 1 Jahr	1.842	2.089	1.224	651
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	1.888	1.209	848	1.213
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	1.352	1.578	1.468	778
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	1.333	1.377	111	968
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	580	971	65	111
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	1.833	1.500	1.453	1.559
über 10 Jahre	136	172	491	514
Öffentliche Darfandbriefe				
bis 1 Jahr	2.891	2.385	2.467	2.798
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	3.083	2.405	3.601	2.242
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	2.248	2.778	1.300	2.670
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	3.043	2.214	900	1.239
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	1.600	3.329	1.731	903
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	4.992	5.216	2.822	3.274
über 10 Jahre	2.265	2.187	1.598	1.787

Weitere Deckungswerte gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 4 DarfandBG

in Mio. €

	Weitere Deckung	
	31.12.2011	31.12.2010
Hypothekendarfandbriefe		
Deckungsmasse	8.964	8.895
davon: weitere Deckung	359	560
Öffentliche Darfandbriefe		
Deckungsmasse	20.122	20.514
davon: weitere Deckung	111	225

Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekenpfandbriefe nach Nutzungsart

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Gewerblich	7.006	6.653
Wohnwirtschaftlich	1.600	1.682
Weitere Deckung	359	560

Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekenpfandbriefe nach Nutzungsart und Land

Davon Aufgliederung wohnwirtschaftlich genutzt:

Land	Wohnungen		Einfamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Bauplätze/ Rohbauten		Summe	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Deutschland	72	88	91	106	1.436	1.486	1	2	1.600	1.682

Davon Aufgliederung gewerblich genutzt:

Land	Bürogebäude		Handelsgebäude		Industriegebäude		Sonstige Gebäude		Bauplätze/ Rohbauten		Summe	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Deutschland	3.553	3.582	2.134	2.088	176	180	318	272	39	29	6.220	6.151
Frankreich	143	130	-	-	-	-	0	0	-	-	143	130
Luxemburg	233	73	-	-	-	-	-	-	-	-	233	73
Schweden	74	84	-	42	-	36	7	6	-	-	81	168
Niederlande	191	131	43	-	-	-	-	-	-	-	234	131
Großbritannien	95	-	-	-	-	-	-	-	-	-	95	-
Gesamt	4.289	4.000	2.177	2.130	176	216	325	278	39	29	7.006	6.653

Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekenpfandbriefe nach Größenklassen

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Bis 0,3 Mio. €	284	327
Bis 5 Mio. €	1.381	1.427
Größer 5 Mio. €	6.940	6.581
Weitere Deckung	359	560

A-77

Der Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen betrug 0,1 Mio. € (2010: 0 Mio. €) und betraf deutsche Hypotheken. Im Geschäftsjahr traten weder Zwangsversteigerungs- noch Zwangsverwaltungsfälle auf noch mussten Grundstücke zur Vermeidung von Verlusten übernommen werden.

Zinsrückstände aus dem Hypothekengeschäft

	in Mio. €	
	31.12.2011	31.12.2010
Gewerblich	0,0	0,0
Wohnwirtschaftlich	0,0	0,0
Gesamtbetrag	0,0	0,0

Aufgliederung der Deckungswerte für öffentliche Pfandbriefe nach Schuldner

Land	Staat		Regionale Gebietskörperschaft		Örtliche Gebietskörperschaft		Öffentlich-rechtliche Kreditinstitute/Sonstige		Summe	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
Deutschland	728	807	2.265	2.071	8.422	7.881	7.211	8.162	18.625	18.921
Frankreich inkl. Monaco	-	-	66	10	-	-	-	79	66	89
Großbritannien/ Nordirland	1	1	-	-	-	-	-	-	1	1
Italien	-	3	-	-	-	-	-	17	-	20
Niederlande	-	1	-	-	-	-	-	-	-	1
Spanien	-	-	1.261	1.394	-	-	6	11	1.267	1.405
Österreich	2	2	-	-	-	-	50	75	52	77
Gesamt	731	814	3.592	3.475	8.422	7.881	7.266	8.344	20.011	20.514

Die mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen beliefen sich bei den öffentlichen Pfandbriefen auf einen Gesamtbetrag von 0 Tsd. € (2010: 0 Tsd. €).

(32) Derivative Finanzinstrumente des Nichthandelsbestandes

Die Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten werden getrennt nach Handels- und Nichthandelsbeständen vorgenommen.

Die Darstellung des Geschäftes mit derivativen Produkten des Nichthandelsbestandes erfolgt entsprechend den Publizitätsanforderungen gemäß § 285 Nr. 19 HGB i. V. m. § 36 RechKredV. Derivative Finanzinstrumente im Nichthandelsbestand werden zur Absicherung bzw. zur Steuerung von Risiken von Bankbuchgeschäften abgeschlossen (Aktiv-/Passivsteuerung).

Das Nominalvolumen derivativer Geschäfte des Nichthandelsbestandes hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 3,4 % erhöht. Während das Volumen der Geschäfte mit zinsrisiko- und währungsrisiko-behafteten Derivaten moderat gesteigert wurde, war das Volumen der Kreditderivate gegenüber dem Vorjahr rückläufig.

Derivative Geschäfte des Nichthandelsbestandes – Darstellung der Volumina –

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2011
Zinsrisiken				
Zinsswaps	76.906	76.153	4.282	2.661
FRAs	–	–	–	–
Zinsoptionen	5.297	5.510	5	663
Käufe	177	512	5	0
Verkäufe	5.120	4.998	0	663
Caps, Floors	3.125	6.351	46	7
Börsenkontrakte	11.533	6.065	1	1
Sonstige Zinstermingeschäfte	–	–	–	–
Zinsrisiken – insgesamt –	96.861	94.079	4.334	3.332
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	5.876	3.603	14	101
Währungsswaps/Zinswährungsswaps	11.023	11.648	95	460
Devisenoptionen	–	–	–	–
Käufe	–	–	–	–
Verkäufe	–	–	–	–
Währungsrisiken – insgesamt –	16.899	15.251	109	561
Aktien- und sonstige Preisrisiken				
Aktienoptionen	2	2	1	–
Käufe	2	2	1	–
Verkäufe	–	–	–	–
Börsenkontrakte	–	–	–	–
Aktien- und sonstige Preisrisiken – insgesamt –	2	2	1	–
Kreditderivate				
Käufe	87	51	12	0
Verkäufe	1.286	2.012	0	82
Kreditderivate – insgesamt –	1.373	2.063	12	82
Rohwarenrisiken				
Rohwarenswaps	–	–	–	–
Rohwarenrisiken – insgesamt –	–	–	–	–
Gesamtsumme	115.135	111.395	4.456	3.975

Neben den Nominalvolumina sind die positiven und negativen Marktwerte getrennt ausgewiesen. Netting- oder Collateral-Vereinbarungen finden hier keine Berücksichtigung.

A-79

Positive Markt-/Barwerte, die als Indikator für die mit diesen Geschäften verbundenen potenziellen Adressenausfallrisiken dienen können, betragen 3,9 % des Nominalwertes (2010: 3,4 %). Die Marktwerte sind aufgrund des Absicherungscharakters der Geschäfte stets im Zusammenhang mit den zugrunde liegenden Geschäften zu sehen.

Den Marktwerten stehen z. T. noch nicht vereinnahmte Prämien- und Sonderzahlungsflüsse sowie Zinsabgrenzungen aus Derivaten gegenüber, die in der Bilanz unter den sonstigen Vermögensgegenständen/Verbindlichkeiten ausgewiesen sind. Dabei entfallen von den insgesamt im Zusammenhang mit Derivaten stehenden Aktiva (751 Mio. €) 7 Mio. € auf gezahlte Optionsprämien, von den im Zusammenhang mit Derivaten stehenden Passiva (473 Mio. €) 6 Mio. € auf erhaltene Optionsprämien.

Derivative Geschäfte des Nichthandelsbestandes – Fristengliederung –

in Mio. €

Nominalwerte	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Kreditderivate		Rohwarenderivate	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
Restlaufzeiten:										
bis drei Monate	14.510	8.297	6.284	4.262	–	–	20	–	–	–
bis ein Jahr	8.226	9.069	1.869	1.781	–	–	335	25	–	–
bis fünf Jahre	48.448	51.140	6.566	6.572	2	2	246	1.261	–	–
über fünf Jahre	25.677	25.573	2.180	2.636	–	–	772	777	–	–
Summe	96.861	94.079	16.899	15.251	2	2	1.373	2.063	–	–

Bei den Zinsgeschäften ist das Volumen im kurzfristigen Laufzeitbereich bedingt durch Börsenterminkontrakte moderat erhöht worden, im mittelfristigen Laufzeitbereich war das Volumen leicht rückläufig. Beim Zinsgeschäft beträgt der Anteil des kurzfristigen Laufzeitbereiches (bis ein Jahr Restlaufzeit) am gesamten Geschäft dieser Risikokategorie nunmehr 23,5 % (2010: 18,5 %). Die Volumenerhöhung bei den währungsrisikobehafteten Geschäften betrifft den kurzfristigen Laufzeitbereich.

Derivative Geschäfte des Nichthandelsbestandes – Kontrahentengliederung –

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2011
Banken in der OECD	96.851	98.004	4.182	3.747
Öffentliche Stellen in der OECD	18	24	0	0
Sonstige Kontrahenten	18.266	13.367	274	261
Summe	115.135	111.395	4.456	3.815

Die Kontrahentengliederung dient der Darstellung der mit dem derivativen Geschäft verbundenen Adressenausfallrisiken. Die Helaba schließt derivative Geschäfte überwiegend mit OECD-Banken ab.

Der überwiegende Anteil der positiven Marktwerte und damit der Wiedereindeckungsrisiken konzentriert sich wie schon in den Vorjahren auf OECD-Banken.

Ein wesentlicher Teil der Geschäfte mit sonstigen Kontrahenten entfällt auf Börsenkontrakte; bezogen auf das Nominalvolumen beträgt der Anteil 63,1 % (2010: 45,4 %).

(33) Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestandes

Die Darstellung des Geschäftes mit derivativen Produkten erfolgt entsprechend den Publizitätsanforderungen gemäß § 285 Nr. 20 HGB i. V. m. § 36 RechKredV.

Das Nominalvolumen derivativer Geschäfte des Handels hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2,4 % erhöht. Die Steigerung betrifft größtenteils die börsengehandelten Zinskontrakte, das Volumen der OTC-Zinskontrakte war hingegen rückläufig. Währungsbezogene Transaktionen wurden moderat gesteigert, das Volumen der Kreditderivate wurde durch Schließung von gegenläufigen Positionen zurückgeführt.

Derivative Geschäfte des Handelsbestandes – Darstellung der Volumina –

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2011
Zinsrisiken				
Zinsswaps	262.032	272.085	6.698	7.764
FRA's	19.493	43.168	3	5
Zinsoptionen	21.326	16.299	995	1.014
Käufe	10.484	8.029	995	0
Verkäufe	10.842	8.270	0	1.014
Caps, Floors	24.556	25.320	183	117
Börsenkontrakte	92.425	55.060	23	28
Sonstige Zinstermingeschäfte	109	294	0	3
Zinsrisiken – insgesamt –	419.941	412.226	7.902	8.931
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	31.621	29.470	618	650
Währungsswaps/Zinswährungsswaps	8.324	7.631	403	339
Devisenoptionen	2.242	939	19	23
Käufe	1.131	474	19	0
Verkäufe	1.111	465	0	23
Währungsrisiken – insgesamt –	42.187	38.040	1.040	1.012

A-81

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2011
Aktien- und sonstige Preisrisiken				
Aktioptionen	227	232	29	11
Käufe	149	135	29	0
Verkäufe	78	97	0	11
Börsenkontrakte	635	631	32	39
Aktien- und sonstige Preisrisiken – insgesamt –	862	863	61	50
Kreditderivate				
Käufe	3.382	3.929	104	5
Verkäufe	4.275	4.544	9	142
Kreditderivate – insgesamt –	7.657	8.473	113	147
Rohwarenrisiken				
Rohwarenswaps	85	19	5	5
Rohwarenoptionen	3	–	0	0
Rohwarenrisiken – insgesamt –	88	19	5	5
Gesamtsumme	470.735	459.621	9.121	10.145

Neben den Nominalvolumina sind die positiven und negativen Marktwerte getrennt ausgewiesen. Netting- oder Collateral-Vereinbarungen finden hier keine Berücksichtigung.

Positive Markt-/Barwerte, die als Indikator für die mit diesen Geschäften verbundenen potenziellen Adressenausfallrisiken dienen können, betragen 1,9 % des Nominalwertes (2010: 1,5 %).

Derivative Geschäfte des Handelsbestandes – Fristengliederung –

in Mio. €

Nominalwerte	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Kreditderivate		Rohwarenderivate	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
Restlaufzeiten:										
bis drei Monate	115.021	145.241	21.047	19.597	149	183	256	510	12	4
bis ein Jahr	107.653	72.209	8.478	8.655	115	122	1.939	1.265	30	12
bis fünf Jahre	110.655	118.697	11.382	8.621	598	558	5.052	6.012	46	3
über fünf Jahre	86.612	76.079	1.280	1.167	–	–	410	686	–	–
Summe	419.941	412.226	42.187	38.040	862	863	7.657	8.473	88	19

Die Volumensteigerung bei den Zinsgeschäften betrifft sowohl den kurz- als auch den langfristigen Laufzeitbereich. Beim Zinsgeschäft beträgt der Anteil des kurzfristigen Laufzeitbereiches (bis ein Jahr Restlaufzeit) am gesamten Geschäft dieser Risikokategorie nunmehr 53,0 % (2010: 52,8 %). Bei den Devisengeschäften wurde das Volumen im kurz- und mittelfristigen Laufzeitbereich leicht erhöht, im langfristigen Bereich ist das Volumen nahezu unverändert.

Derivative Geschäfte des Handelsbestandes – Kontrahentengliederung –

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2011
Banken in der OECD	295.761	328.611	4.704	8.469
Banken außerhalb der OECD	0	115	0	0
Öffentliche Stellen in der OECD	23.360	17.588	1.571	522
Sonstige Kontrahenten	151.614	113.307	2.846	1.154
Summe	470.735	459.621	9.121	10.145

Die Kontrahentengliederung dient der Darstellung der mit dem derivativen Geschäft verbundenen Adressenausfallrisiken. Die Helaba schließt derivative Geschäfte überwiegend mit erstklassigen Adressen, vornehmlich OECD-Banken, ab.

Der überwiegende Anteil der positiven Marktwerte und damit der Wiedereindeckungsrisiken konzentriert sich wie schon in den Vorjahren auf OECD-Banken.

Ein wesentlicher Teil der Geschäfte mit sonstigen Kontrahenten entfällt auf Börsenkontrakte; bezogen auf das Nominalvolumen beträgt der Anteil 61,4 % (49,2 %).

Der Anteil der Derivate des Handelsbestandes am gesamten Derivatevolumen ist gegenüber dem Vorjahr mit 80,3 % (2010: 80,5 %) nahezu unverändert geblieben.

Wie in den vergangenen Jahren bilden Zinskontrakte den Schwerpunkt der Handelstätigkeit. Hier entfallen 81,3 % des Gesamtbestandes auf den Handelsbestand (2010: 81,4 %). Bei den Währungsrisiken betreffen 71,4 %, bei den Kreditderivaten 84,8 % der Kontrakte den Handelsbestand.

A-83

(34) Handelsprodukte

in Mio. €

	Aktiv		Passiv		Nettoertrag des Handelsbestandes	
	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
Derivative Finanzinstrumente						
Zinshandel	7.902	5.464	8.931	6.363	-281	-264
Aktienhandel	61	99	50	57	-116	-168
Devisenhandel	1.040	1.071	1.012	794	-66	-9
Kreditderivate	113	68	147	91	-1	-8
Rohwaren	5	1	5	1	0	0
Forderungen/Verbindlichkeiten						
Schuldscheindarlehen	2.316	2.446	-	-	137	172
Tages- und Termingelder	3.998	4.067	23.160	20.437	-249	-116
Repos/Reverse Repos/Wertpapierleihe	395	499	2.600	3.454	-17	-15
begebene Geldmarktpapiere/ verbriefte Verbindlichkeiten	-	-	2.502	8.473	-45	-75
Sonstiges	222	151	88	71	-1	13
Schuldverschreibungen unter anderem festverzinsliche Wertpapiere	24.526	27.522	179	50	549	526
Aktien unter anderem nicht festverzinsliche Wertpapiere	115	57	-	-	118	172
Sonstiges						
Provisionen					-25	-30
Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e HGB					0	-20
Summe	40.693	41.445	38.674	39.791	3	178

(35) Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB

Die Bewertungseinheiten der Helaba bestehen aus Asset-Swap-Kombinationen in Form von Mikrobewertungseinheiten. Die Absicherung bezieht sich ausschließlich auf Zinsänderungsrisiken. Für die sich zwischen Grundgeschäft und Sicherungsinstrument ausgleichenden Wertänderungen wird die so genannte Einfrierungsmethode angewendet. Die Grundgeschäfte werden stets zu 100 % des Nominalvolumens für die gesamte Restlaufzeit abgesichert. Die prospektive Wirksamkeit der Bewertungseinheiten ist aufgrund der Übereinstimmung wesentlicher wertbestimmender Faktoren gegeben. Die Ermittlung der prospektiven Effektivität erfolgt überwiegend unter Verwendung der Regressionsanalyse, in Einzelfällen kommt der Critical Term Match zur Anwendung. Die gegenläufigen Wert- und Zahlungsstromänderungen haben sich am Bilanzstichtag weitestgehend ausgeglichen und werden sich voraussichtlich auch weiterhin ausgleichen. Bis zum vorgesehenen Ende der Bewertungseinheiten (Zeitpunkt der Fälligkeit von Grund- und Sicherungsgeschäft) werden sich die Wertänderungen aus den abgesicherten Risiken vollständig ausgleichen.

Per 31. Dezember 2011 beträgt der Buchwert der in Bewertungseinheiten einbezogenen Wertpapiere 4.370 Mio. €.

Für nicht vollständig ausgeglichene Bewertungseffekte aus dem abgesicherten Risiko wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, für bonitätsinduzierte Wertminderungen der Grundgeschäfte wird eine Abschreibung vorgenommen.

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Bonitätsinduzierte Abschreibungen auf Wertpapiere	-87	-7
Drohverlustrückstellung für nicht vollständig ausgeglichene zinsinduzierte Bewertungseffekte	-3	-1

(36) Gliederung nach geographischen Märkten

Der Gesamtbetrag der Posten Zinserträge, laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, Provisionserträge, Nettoertrag des Handelsbestandes sowie sonstige betriebliche Erträge verteilt sich auf die folgenden Märkte:

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Inland	3.908	4.170
Europäische Union ohne Deutschland	229	220
Übriges Ausland	202	228

(37) Provisionserträge

Diese Position enthält im Wesentlichen Provisionserträge aus Bürgschaften und Garantien. Weitere Komponenten bilden Provisionserträge aus Dienstleistungen, die gegenüber Dritten für die Verwaltung und Vermittlung von Wertpapiergeschäften und sonstigen Bankdienstleistungen erbracht wurden.

(38) Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

In der Position sonstige betriebliche Erträge werden in der Bank im Berichtsjahr unter anderem Erträge aus Vermietung und Verpachtung in Höhe von 26 Mio. € (2010: 23 Mio. €) sowie Kostenerstattungen aus Auftragsarbeiten für Dritte in Höhe von 15 Mio. € (2010: 15 Mio. €) ausgewiesen.

Der Aufwand aus der Aufzinsung von Rückstellungen beträgt 44 Mio. €. Die Aufwendungen für nicht eigengenutzte Gebäude belaufen sich im Berichtsjahr auf 7 Mio. € (2010: 13 Mio. €).

(39) Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorgen im Kreditgeschäft werden in dieser Position ausgewiesen. Beim Ausweis der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft haben wir von der Möglichkeit der Überkreuzkompensation gemäß § 340f HGB Gebrauch gemacht.

(40) Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis resultiert ausschließlich aus Rückstellungszuführungen in Höhe von 13 Mio. €. Die Bank macht von dem Wahlrecht Gebrauch, im Jahr 2011 der Rückstellung für laufende Pensionen oder Anwartschaften auf Pensionen 1/15 des Unterschiedsbetrages aus der geänderten Rückstellungsbewertung aufgrund der erstmaligen Anwendung des BilMoG zuzuführen.

(41) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Ertragsteuern entfallen im Wesentlichen auf die Besteuerung der in den USA steuerpflichtigen Ergebnisse der Niederlassung New York. Im Inland kommt im Jahr 2011 die Mindestbesteuerung zur Anwendung.

(42) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestehen Einzahlungsverpflichtungen der Bank auf das gezeichnete Kapital bei 17 Gesellschaften in Höhe von insgesamt 72 Mio. €. Hiervon entfallen 21 Mio. € auf verbundene Unternehmen. Für vier Unternehmen besteht eine vertragliche Nachschusspflicht der Bank in Höhe von maximal 41 Mio. €.

Die Bank ist als unbeschränkt haftender Gesellschafter an der GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main, und der Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG, Mainz, beteiligt.

Weiterhin ist die Bank in der Mithaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. angehörender Gesellschafter. Für den Fall der Inanspruchnahme eines früheren Gewährträgers der DekaBank im Rahmen der für die Gewährträgerhaftung geltenden Bestandsschutzregelungen gemäß Brüsseler Verständigung I ist die Helaba zu einem internen anteiligen Haftungsausgleich verpflichtet.

Den Sicherungseinrichtungen der deutschen Sparkassenorganisation ist die Bank über ihre Mitgliedschaft in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Diese Sicherungseinrichtung hat institutssichernde Wirkung, das heißt, sie ist darauf angelegt, die angeschlossenen Institute selbst in ihrem Bestand zu schützen. Im Fall des Eintritts von Stützungsfällen besteht eine Nachschussverpflichtung.

Des Weiteren ist die Helaba dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen angeschlossen. Er gewährleistet eine zusätzliche, neben den bestehenden Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge und entfaltet nicht nur instituts-, sondern auch gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von der Landesbank Hessen-Thüringen und den Sparkassen sukzessive dotiert, bis 5 ‰ der Bemessungsgrundlage (anrechnungspflichtige Positionen gemäß der Solvabilitätsverordnung) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur erstmaligen vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrages.

Zugunsten der Helaba Dublin, eines verbundenen Unternehmens, hat die Bank eine Patronatserklärung gegenüber der irischen Zentralbank abgegeben. Für die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, trägt die Helaba dafür Sorge, dass die Gesellschaft, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen kann.

Zur Abwicklung von Clearing-Geschäften sowie für außerbilanzielle Ziehungsrisiken waren Wertpapiere im Wert von 2,9 Mrd. € hinterlegt. Der Kurswert der Papiere für das besicherte Geldhandelsgeschäft betrug 0,6 Mrd. €. Nach ausländischen Bestimmungen waren Wertpapiere mit einem Kurswert von umgerechnet 1,7 Mrd. € als Sicherheitsleistung gebunden.

Die Helaba hat sich verpflichtet, im Falle der Zahlungsunfähigkeit der LBS Immobilien GmbH bzw. der OFB Projektentwicklung GmbH (beides verbundene Unternehmen) deren Ausgleichsbeträge zur jeweiligen Zusatzversorgungskasse zu tragen.

Für den Fall, dass Kapitaleinlagen zurückgezahlt werden, können Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 205 Mio. € entstehen.

Weitere Verpflichtungen im Sinne des § 285 Nr. 3 HGB bestehen insbesondere aus langfristigen Immobilienmiet- und Leasingverträgen bankbetrieblich genutzter Immobilien. Für die von der Helaba mit Vertrags- bzw. Kündigungsfristen von 4,5 bis zu 10,3 Jahren genutzten Immobilien sind für 2012 Zahlungsverpflichtungen für Miet- und Leasingraten in Höhe von 32,4 Mio. € zu erwarten. Sonstige finanzielle Verpflichtungen entstehen im geschäftsüblichen Rahmen zudem aus diversen Miet-, Nutzungs- und Service-Verträgen sowie aus Beratungsvereinbarungen.

Über das von der Helaba initiierte Asset Backed Commercial Paper-Programm Opus Alpha werden Forderungen aus der Geschäftstätigkeit von und für Kunden verbrieft. Neben den Kundentransaktionen befindet sich in Opus Alpha ein ABS-Portfolio (verbrieft Forderungen mit einem beizulegenden Zeitwert von 92 Mio. € (2010: 112 Mio. €)), das nach IAS 27/SIC 12 im Konzernabschluss konsolidiert wird, weil die Chancen und Risiken mehrheitlich der Helaba zustehen. Die für Opus Alpha bereitgestellte Liquiditätslinie beträgt 1,5 Mrd. € (2010: 1,4 Mrd. €), davon sind am 31. Dezember 2011 1,3 Mrd. € (31. Dezember 2010: 1,2 Mrd. €) in Anspruch genommen.

Die Bank hat sich gegenüber mehreren Tochtergesellschaften mittels Freistellungserklärungen verpflichtet, diese aus Risiken aus bestimmten Rechtsgeschäften freizustellen.

A-87

Zum Bilanzstichtag bestehen Verpflichtungen aus bedingten und unbedingten Termingeschäften

- im Währungsbereich (Devisentermin- und -optionsgeschäfte, Währungs- und Zins-/Währungsswaps),
- im Zinsbereich (Termin- und Optionsgeschäfte mit festverzinslichen Wertpapieren und Schuldscheindarlehen, Forward Rate Agreements, Finanzswaps und Optionen darauf, Zinsfutures einschließlich Optionen auf diese Geschäfte sowie Zinsbegrenzungsvereinbarungen),
- im Bereich sonstiger Preisrisiken (Aktien- und Aktienindex-Terminkontrakte/-Optionen),
- im Bereich von Bonitätsrisiken (Kreditderivate),
- im Bereich von Rohwarenrisiken (Commodity Swaps und Optionen).

Unter Risikogesichtspunkten werden im Handelsbestand überwiegend geschlossene Positionen geführt, die sich aus verschiedenen Geschäftsarten zusammensetzen. Sofern derivative Instrumente im Nichthandelsbuch gehalten werden, dienen die Geschäfte im Wesentlichen der Absicherung von Marktrisiken auf der Zins- bzw. Währungsseite.

(43) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Helaba werden Geschäfte mit nach § 285 Nr. 21 HGB als nahestehend anzusehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen. Ergänzend zu dem nach § 285 Nr. 21 HGB geforderten Mindestumfang berichten wir umfassend über die Geschäftsbeziehungen. Die nachfolgenden Angaben betreffen die Geschäftsbeziehungen zu verbundenen Unternehmen, den assoziierten Unternehmen und Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Helaba-Konzerns, dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen, dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen als Gesellschafter sowie den Tochterunternehmen des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen. Ebenso sind die Angaben zu den nach § 285 Nr. 21 HGB definierten Personen in Schlüsselpositionen der Helaba und des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen einschließlich deren naher Familienangehöriger sowie von diesen Personen beherrschter Unternehmen in den nachstehenden Aufstellungen enthalten.

Zum 31. Dezember 2011 bestanden folgende Forderungen und Verbindlichkeiten sowie außerbilanzielle Verpflichtungen des Helaba-Konzerns gegenüber nahestehenden Unternehmen und Personen:

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Forderungen an Kreditinstitute	3.449	3.497
verbundene Unternehmen	3.404	3.376
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	5	5
Gesellschafter der Helaba	40	116
sonstige nahestehende Personen	–	–

in Mio. €

	31.12.2011	31.12.2010
Forderungen an Kunden	5.320	3.534
verbundene Unternehmen	2.800	2.054
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	713	436
Gesellschafter der Helaba	1.734	1.044
sonstige nahestehende Personen	73	71
Handelsaktiva	285	506
verbundene Unternehmen	–	59
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	5	15
Gesellschafter der Helaba	280	432
sonstige nahestehende Personen	–	–
Sonstige Aktivposten	2	2
verbundene Unternehmen	2	2
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	–	–
Gesellschafter der Helaba	–	–
sonstige nahestehende Personen	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.004	4.312
verbundene Unternehmen	5.814	4.306
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	0	6
Gesellschafter der Helaba	190	–
sonstige nahestehende Personen	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.806	861
verbundene Unternehmen	1.082	659
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	32	16
Gesellschafter der Helaba	688	186
sonstige nahestehende Personen	4	5
Handelspassiva	344	51
verbundene Unternehmen	12	42
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	10	1
Gesellschafter der Helaba	322	8
sonstige nahestehende Personen	–	–
Sonstige Passivposten	4	5
verbundene Unternehmen	4	5
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	–	–
Gesellschafter der Helaba	–	–
sonstige nahestehende Personen	–	–
Eventualverbindlichkeiten	343	365
verbundene Unternehmen	82	177
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	65	77
Gesellschafter der Helaba	21	114
sonstige nahestehende Personen	175	69

A-89

Die Forderungen an sonstige nahestehende Personen umfassen Kredite an Vorstandsmitglieder in Höhe von 0,2 Mio. € (2010: 0,2 Mio. €) und Kredite an Verwaltungsratsmitglieder in Höhe von 2,0 Mio. € (2010: 2,5 Mio. €).

Die von der Bank gezahlten Gesamtbezüge des Vorstandes beliefen sich auf 5,0 Mio. € (2010: 5,0 Mio. €). Dem Verwaltungsrat wurden 0,6 Mio. € (2010: 0,6 Mio. €) und den Beiräten wie im vorangegangenen Jahr 0,1 Mio. € vergütet. Darüber hinaus werden an die Mitglieder des Verwaltungsrates als Arbeitnehmer Bezüge in Höhe von insgesamt 1,3 Mio. € gezahlt. An frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden 3,2 Mio. € (2010: 3,1 Mio. €) gezahlt. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis waren 37,3 Mio. € (2010: 39,9 Mio. €) zurückgestellt.

(44) Beschäftigte im Jahresdurchschnitt

	Weiblich	Männlich	Gesamt
Bank	965	1.430	2.395
Landesbausparkasse	175	134	309
WIBank – Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen	236	175	411
Gesamtbank	1.376	1.739	3.115

(45) Organe der Bank

Verwaltungsrat

Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Dr. Werner Henning

Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt
– 1. stv. Vorsitzender –

Dr. Thomas Schäfer

Staatsminister
Hessisches Ministerium der
Finanzen
Wiesbaden
– seit 29. Juni 2011 –
– 2. stv. Vorsitzender seit
9. September 2011 –

Karlheinz Weimar

Mitglied des Hessischen Landtages
Wiesbaden
– 2. stv. Vorsitzender –
– bis 29. Juni 2011 –

Prof. Dr. h. c. Ludwig G. Braun

Vorsitzender des Aufsichtsrates
B. Braun Melsungen AG
Melsungen

Ingo Buchholz

Vorsitzender des Vorstandes
Kasseler Sparkasse
Kassel
– seit 1. Januar 2011 –

Dirk Diedrichs

Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium
Erfurt
– seit 21. Oktober 2011 –

Bernd Fickler

Vorsitzender des Vorstandes
Kreissparkasse Groß-Gerau
Groß-Gerau
– bis 31. Dezember 2011 –

Robert Fischbach

Landrat
Kreis Marburg-Biedenkopf
Marburg

Martin Fischer

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Jena-Saale-Holzland
Jena

Stefan Gielowski

Oberbürgermeister
Stadt Rüsselsheim
Rüsselsheim
– bis 31. Dezember 2011 –

Stefan Lauer

Mitglied des Vorstandes
Deutsche Lufthansa AG
Frankfurt am Main

Christoph Matschie

Minister
Thüringer Ministerium für Bildung,
Wissenschaft und Kultur
Erfurt

Gerhard Möller

Oberbürgermeister
Stadt Fulda
Fulda

Frank Nickel

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege

Clemens Reif

Mitglied des Hessischen Landtages
Wiesbaden

Stefan Reuß

Landrat
Werra-Meißner-Kreis
Eschwege

Dr. h. c. Petra Roth

Oberbürgermeisterin
Stadt Frankfurt am Main
Frankfurt am Main

Thorsten Schäfer-Gümbel

Mitglied des Hessischen Landtages
Wiesbaden

Dr. Bernd Scheifele

Vorsitzender des Vorstandes
HeidelbergCement
Heidelberg
– bis 31. August 2011 –

Wolfgang Schuster

Landrat
Lahn-Dill-Kreis
Wetzlar

Dr. Rainer Spaeth

Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium
Erfurt
– bis 20. Oktober 2011 –

Dr. Eric Tjarks

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Bensheim
Bensheim
– seit 1. Januar 2012 –

Egon Vaupel

Oberbürgermeister
Stadt Marburg
Marburg
– seit 1. Januar 2012 –

Dr. Norbert Vornehm

Oberbürgermeister
Stadt Gera
Gera

Alfred Weber

Vorsitzender des Vorstandes
Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt
Saalfeld

Stephan Ziegler

Vorsitzender des Vorstandes
Nassauische Sparkasse
Wiesbaden

Ulrich Zinn

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Grünberg
Grünberg

Arnd Zinnhardt

Mitglied des Vorstandes
Software AG
Darmstadt
– seit 7. September 2011 –

A-91

Von der Belegschaft entsandt**Wilfried Abt**

Abteilungsleiter
Frankfurt am Main
– 4. stv. Vorsitzender –

Frank Beck

Bankprokurist
Frankfurt am Main
– seit 1. Juli 2011 –

Dr. Robert Becker

Senior Vice President
New York
– bis 30. Juni 2011 –

Ursula Bergermann

Stv. Bankdirektorin
Erfurt
– seit 1. Juli 2011 –

Nicole Brandt

Bankangestellte
Kassel
– bis 30. Juni 2011 –

Isolde Burhenne

Bankprokuristin
Frankfurt am Main
– seit 1. Juli 2011 –

Wilfried Carl

Stv. Abteilungsleiter
Kassel
– bis 30. Juni 2011 –

Thorsten Derlitzki

Bankangestellter
Frankfurt am Main

Gabriele Fuchs

Bankangestellte
Frankfurt am Main

Anke Glombik

Bankprokuristin
Erfurt
– bis 30. Juni 2011 –

Thorsten Kiwitz

Stv. Abteilungsleiter
Frankfurt am Main
– seit 1. Juli 2011 –

Susanne Noll

Bankangestellte
Frankfurt am Main

Hans Peschka

Stv. Abteilungsleiter
Frankfurt am Main

Erich Roth

Bankangestellter
Frankfurt am Main

Birgit Sahliger-Rasper

Bankangestellte
Frankfurt am Main

Wolf-Dieter Tesch

Abteilungsleiter
Frankfurt am Main

Kreditausschuss des Verwaltungsrates**Gerhard Grandke**

Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Dr. Werner Henning

Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt
– stv. Vorsitzender –

Wilfried Abt

Abteilungsleiter
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main

Bernd Fickler

Vorsitzender des Vorstandes
Kreissparkasse Groß-Gerau
Groß-Gerau
– vom 1. Januar 2011
bis 31. Dezember 2011 –

Martin Fischer

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Jena-Saale-Holzland
Jena

Claus Kaminsky

Oberbürgermeister
Stadt Hanau
Hanau

Frank Lortz

Mitglied des Hessischen Landtages
Wiesbaden

Gerhard Möller

Oberbürgermeister
Stadt Fulda
Fulda

Honorargeneralkonsul

Dirk Pfeil
Unternehmensberater
Frankfurt am Main

Clemens Reif

Mitglied des Hessischen Landtages
Wiesbaden

Fritz Schröter

Mitglied des Thüringer Landtages
Erfurt

Ulrich Zinn

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Grünberg
Grünberg

Bilanzprüfungsausschuss des Verwaltungsrates

Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Stephan Ziegler

Vorsitzender des Vorstandes
Nassauische Sparkasse
Wiesbaden
– 1. stv. Vorsitzender –

Hans Peschka

Stv. Abteilungsdirektor
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main
– 2. stv. Vorsitzender –

Frank Beck

Bankprokuriert
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main
– seit 9. September 2011 –

Dr. Robert Becker

Senior Vice President
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
New York
– bis 8. September 2011 –

Ursula Bergemann

Stv. Bankdirektorin
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Erfurt
– seit 9. September 2011 –

Wilfried Carl

Stv. Abteilungsdirektor
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Kassel
– bis 8. September 2011 –

Dirk Diedrichs

Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium
Erfurt
– seit 24. November 2011 –

Dr. Werner Henning

Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt

Frank Nickel

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege

Dr. Thomas Schäfer

Staatsminister
Hessisches Ministerium der
Finanzen
Wiesbaden
– seit 09. September 2011 –

Dr. Rainer Spaeth

Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium
Erfurt
– bis 20. Oktober 2011 –

Karlheinz Weimar

Mitglied des Hessischen Landtages
Wiesbaden
– bis 29. Juni 2011 –

Der Verwaltungsrat hat außerdem im Rahmen seiner Befugnisse Aufgaben an einen Personalausschuss, Bauausschuss sowie Beteiligungsausschuss übertragen.

Vorstand

Hans-Dieter Brenner

– Vorsitzender –

Klaus-Dieter Gröb

Rainer Krick

Dr. Norbert Schraad

Johann Berger

– Stellvertretender Vorsitzender –

Dr. Detlef Hosemann

Gerrit Raupach

A-93

(46) Verzeichnis des Anteilsbesitzes

Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 285 Nr. 11 und § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB

Anteilsbesitzliste

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gem. § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
1	1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH, Frankfurt am Main	100,00			7,1	0 ¹⁾
2	AARON Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Oberursel	50,00	50,00		-0,7	-15
3	AGENORAS Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	1
4	AGENORAS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Frankfurt am Main	89,80			0,0	218
5	Airport Office One GmbH & Co. KG, Schönefeld	100,00			0,0	-1
6	BGT-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0 ¹⁾
7	BGT Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG für Citybauten, Frankfurt am Main	100,00	100,00		98,3	19.988
8	BHT Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland- beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Bauhof Maintal KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	0,5	60
9	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbe- schaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt FBM Freizeitbad Mühlhausen KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6,3	797
10	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland- beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt GZH Gemeindezentrum Hünstetten KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,5	82
11	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland- beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt MGK Marstall-Gebäude Kassel KG, Kassel	50,00	50,00	66,67	0,2	35
12	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Sparkassenfiliale Seeheim-Jugenheim KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,9	118
13	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland- beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt TFK II Tiefgarage Kassel 2. BA KG, Kassel	33,33	33,33	66,67	0,8	150
14	BHT Baugrund Hessen-Thüringen GmbH, Kassel	100,00	100,00		0,0	0 ¹⁾
15	BIL Leasing GmbH & Co. Objekt Verwaltungsgebäude Halle KG, München	100,00		0,21	-0,2	3
16	BM H Beteiligungs-Managementgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,7	458
17	BS Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	0
18	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	21,25	21,25		12,5	490
19	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	31,50	31,50		17,9	1.334
20	Bürogebäude Darmstädter Landstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	22
21	BWT Beteiligungsgesellschaft für den Wirtschaftsaufbau Thüringens mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,4	31
22	Cargo Immobilien GmbH & Co. Projekt 2 KG, Wiesbaden	25,00			0,0	197
23	Cargo Immobilien GmbH & Co. Projekt 3 KG, Wiesbaden	25,00			0,1	115

Anteilsbesitzliste

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gem. §16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital Mio. €	Ergebnis Tsd. €
		gesamt	davon unmittelbar	%		
24	CORPUS SIREO Holding GmbH, Köln	25,00			0,1	6
25	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln	25,00			111,2	36.167
26	CP Campus Projekte GmbH, Frankfurt am Main	49,87		50,00	0,7	-291
27	CPC Cellular Process Chemistry GmbH, Frankfurt am Main	28,88		33,33	0,0	-782
28	Div Deutsche Immobilienfonds Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,1	0 ¹⁾
29	DKB Wohnimmobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG, Potsdam	94,89			36,7	1.864
30	DNL Verwaltungs GmbH, München	100,00	100,00		0,0	0
31	Dritte Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG, Kassel	100,00			2,9	1.571
32	Dritte Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH, Kassel	100,00			0,0	3
33	Einkaufszentrum Wittenberg GmbH, Leipzig	50,00			-0,7	-631
34	Erste Veritas Frankfurt GmbH & Co. KG, Kriftel	100,00			70,4	13
35	Fachmarktzentrum Fulda GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			-0,6	325
36	FAM-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	13
37	Fellnerstraße 5 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,1	768
38	Francilienne Investments I S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg	23,41			0,2	-10
39	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	100,00			10,1	32
40	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	100,00			101,1	5.299
41	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	100,00	100,00		745,7	60.000
42	Franziskanerhof Bonn GmbH & Co. KG, Köln	94,90		100,00	2,2	160
43	Franziskanerhof Bonn Verwaltungsgesellschaft mbH, Köln	94,90		100,00	0,0	0
44	FRAWO Frankfurter Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	99,75		100,00	0,2	0 ¹⁾
45	G & O Alpha Hotelentwicklung GmbH, Eschborn	50,00			0,1	-2
46	G & O Alpha Projektentwicklungs-GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,0	-53
47	G & O Alpha Verwaltungsgesellschaft mbH, Eschborn	50,00			0,1	12
48	G & O Baufeld Alpha 2. BA GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,4	-4
49	G & O Gateway Gardens Dritte GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,0	-2
50	G & O Gateway Gardens Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			-0,4	-96
51	G & O Gateway Gardens Zweite GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			-0,1	-59
52	G & O Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	0
53	G+S Bauen und Wohnen GmbH, Frankfurt am Main	99,74		100,00	2,6	67
54	G+S Wohnen in Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main	99,74		100,00	23,4	887
55	gatelands Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Schönefeld	75,00			-1,4	-395
56	gatelands Verwaltungs GmbH, Schönefeld	75,00			0,0	2
57	GGM Gesellschaft für Gebäude-Management mbH, Erfurt	100,00			0,3	0 ¹⁾
58	GHT Gesellschaft für Projektmanagement Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,3	0 ¹⁾
59	GIB Gesellschaft für Immobilienbewertung mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,6	0

A-95

Anteilsbesitzliste

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gem. § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
60	GIMPRO Beteiligungs- und Geschäftsführungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,2	4
61	GOB Dritte E & A Grundbesitz GmbH, Eschborn	47,00			-2,0	-448
62	GOB Projektentwicklung E & A GmbH & Co. Vierte Rhein-Main KG, Eschborn	50,00			-1,5	-576
63	GOB Projektentwicklungsgesellschaft E & A mbH, Eschborn	50,00			0,0	2
64	GOB Werfthaus GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,1	20
65	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	33,33			1,3	22
66	Grundstücksgesellschaft Limes-Haus Schwalbach II GbR, Frankfurt am Main	99,99		100,00	0,0	-513
67	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH & Co. Projektentwicklung Epinayplatz KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-90
68	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,1	-11
69	GSG Siedlungsgesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Frankfurt am Main	100,00			56,1	4.232
70	GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, Frankfurt am Main	99,74		100,00	353,5	47.180
71	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		949,9	0 ¹⁾
72	HaemoSys GmbH, Jena	38,33			-4,8	-524
73	Hafenbogen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		4,4	-483
74	HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG, Pullach	44,79	44,79		23,3	556
75	HANNOVER LEASING Private Invest Beteiligungs GmbH, Pullach	0,00		100,00	50,2	263
76	HANNOVER LEASING Private Invest II GmbH & Co. KG, Pullach	0,00		91,25	51,6	-73
77	HANNOVER LEASING Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	44,79	44,79		0,0	3
78	HANNOVER LEASING Wachstumswerte Asien 1 GmbH & Co. KG, Pullach	0,00		54,56	32,7	1.339
79	Haus am Brüsseler Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-355
80	Haus am Zentralen Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,5	451
81	Helaba-Assekuranz-Vermittlungsgesellschaft mbH, Wiesbaden	50,00	50,00		0,5	277
82	Helaba Beteiligungs-Management-Gesellschaft mbH i. L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,5	0 ¹⁾
83	Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International, Dublin, Irland	100,00	100,00		153,3	13.984
84	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	100,00	100,00		5,4	171
85	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		13,0	0 ¹⁾
86	Helaba Projektbeteiligungsgesellschaft für Immobilien mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,9	-7
87	HELY Immobilien GmbH & Co. Grundstücksgesellschaft KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00		-15,7	-11.450
88	HELY Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		0,0	0
89	Hessen Kapital I GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		33,7	-1.339
90	Hessen Kapital II GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3,5	108
91	Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel	37,11	37,11		44,7	1.325

Anteilsbesitzliste

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gem. §16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
92	HeWiPPP II GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			2,5	5
93	Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG, Mainz	95,00	95,00	24,00	-14,3	1.667
94	HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	8
95	IHB Investitions- und Handels-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3,5	519
96	IKT Westhafen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,4	12
97	Innovationsfonds Hessen Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG i. L., Frankfurt am Main	86,66	86,66		-0,2	-14
98	Innovationsfonds Hessen-Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	-1
99	KHR Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Kulturhalle Rödermark KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	1,2	243
100	LBS Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,9	44
101	LB(Swiss) Investment AG, Zürich, Schweiz	100,00			8,9	1.327
102	LHT MSIP, LLC, Wilmington, USA	100,00			5,3	407
103	LHT Power Three LLC, Wilmington, USA	100,00	100,00		42,3	-448
104	LHT TCW, LLC, Wilmington, USA	100,00			22,4	1.136
105	LHT TPF II, LLC, Wilmington, USA	100,00			17,0	478
106	Liparit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Benary Vermietungs KG, Mainz	21,62			-0,7	1.204
107	Logistikzentrum Rodgau GmbH, Schönefeld	25,00			-0,7	83
108	Magnolia GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,7	-96
109	MAINLOGO GmbH, Jork	70,00			k. A.	k. A.
110	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00			0,1	5
111	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH & Co. Bad Homburg v. d. H. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,3	37
112	MAVEST Vertriebsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	94,92		100,00	0,0	0 ¹⁾
113	MAVEST Wohnungsbaugesellschaft mbH, Frankfurt am Main	74,60			3,7	611
114	MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main	32,52	32,52		6,7	412
115	Merian GmbH Wohnungsunternehmen, Frankfurt am Main	90,70			17,4	1.106
116	MIG Immobiliengesellschaft mbH, Mainz	22,73	22,73		-6,7	-7
117	Mittelhessenfonds GmbH, Frankfurt am Main	100,00			-1,1	-706
118	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	38,60	38,60		17,5	594
119	Multi Park Mönchhof Dritte GmbH & Co. KG, Walldorf	50,00			-0,1	-140
120	Multi Park Mönchhof GmbH & Co. KG, Walldorf	50,00			0,2	1.909
121	Multi Park Verwaltungs GmbH, Walldorf	50,00	50,00		0,0	12
122	NIBU Grundstücksverwaltungs GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,5	457
123	NORMAN BERRY DRIVE LLC, Norcross, USA	100,00	100,00		k. A.	k. A.
124	Nötzli, Mai & Partner AG, Zürich, Schweiz	70,00			0,5	97

A-97

Anteilsbesitzliste

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gem. § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
125	NVZ Teltow GmbH, Berlin	100,00			0,3	11
126	OFB & Procom Einzelhandelsentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	50,00			k. A.	k. A.
127	OFB & Procom Rüdeshheim GmbH & Co. KG, Rüdeshheim	50,00			0,0	-15
128	OFB Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main	100,00			5,2	206
129	OFB Projektentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,1	0 ¹⁾
130	Office One Verwaltung GmbH i. Gr., Schönefeld	100,00			k. A.	k. A.
131	Palladium Praha s.r.o., Prag, Tschechien	83,00		83,00	-74,1	6.187
132	Projektentwicklung BS GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			-2,1	-1.667
133	Projektentwicklung Taunusstein GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-2
134	Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schule an der Wascherde KG, Kassel	100,00			0,0	-46
135	Projektgesellschaft Darmstadt Goethestraße 36 mbH, Frankfurt am Main	50,87		51,00	0,0	1
136	Projektgesellschaft Darmstadt Goethestraße 36 mbH & Co. Bauträger KG, Frankfurt am Main	50,87		51,00	0,1	-11
137	Projektgesellschaft ehem. JVA Erfurt mbH & Co. KG, Erfurt	100,00			0,1	-15
138	Projektgesellschaft Gesundheitszentrum Frauengasse – Jena mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-2
139	PVG GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	-516
140	Riedemannweg 59–60 GbR, Berlin	32,00			-4,5	120
141	Rotunde – Besitz- und Betriebsgesellschaft der S-Finanzgruppe bR, Erfurt	60,00	60,00	33,00	0,2	27
142	S-Beteiligungsgesellschaft Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6,0	0
143	Schlossgalerie Eschwege GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,1	190
144	Second Millennium GmbH i. L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	2
145	SKYGARDEN Arnulfpark Verwaltungs GmbH, Grünwald	50,00			0,0	-1
146	S-Landesimmobilien GmbH, Erfurt	100,00	100,00		0,0	0 ¹⁾
147	Sparkassen Markt Service GmbH, Darmstadt	50,00			1,5	201
148	sys-T-matic Automations AG in Insolvenz, Schaaheim	20,00		30,00	k. A.	k. A.
149	TE Atlas GmbH i. L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	2
150	TE Beta GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,3	53
151	TE Kronos GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,3	233
152	TF H Technologie-Finanzierungsfonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (TF H GmbH), Frankfurt am Main	66,67	66,67	66,66	3,8	266
153	TFK Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Tiefgarage Friedrichsplatz Kassel KG, Kassel	33,33	33,33	66,67	1,1	138
154	Uknow GmbH, Heidenrod	21,74		25,09	-0,4	13
155	Unterstützungseinrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0
156	Vermögensverwaltung „Emaillierwerk“ GmbH, Fulda	100,00			0,5	-4

Anteilsbesitzliste

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gem. § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
157	Versicherungsservice der Frankfurter Sparkasse GmbH, Frankfurt am Main	100,00			0,3	0 ¹⁾
158	Vierte Airport Bureau-Center KG Airport Bureau Verwaltungs GmbH & Co., Berlin	31,98	31,98		-1,9	-71
159	Vision Verpackungstechnik GmbH, Grünberg	21,79		25,14	-0,8	-483
160	Westhafen-Gelände Frankfurt am Main GbR, Frankfurt am Main	0,00		33,33	0,1	-1
161	Westhafen Haus GmbH & Co. Projektentwicklungs-KG, Frankfurt am Main	50,00			-0,2	-11
162	Westhafenkantor GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,4	1.568
163	Westhafen Tower GmbH & Co. Projektentwicklungs-KG, Frankfurt am Main	100,00			-0,5	6

¹⁾ Die Gesellschaft führt ihr Jahresergebnis aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags ab.
k.A.: Es liegt kein festgestellter Jahresabschluss vor.

(47) Liste der Mandate in Aufsichtsgremien gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Mandate der Vorstandsmitglieder

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Hans-Dieter Brenner	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Vorsitzender
	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Präsident
	Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Johann Berger	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Klaus-Dieter Gröb	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	1. stellvertretender Vorsitzender
	Thüringer Aufbaubank, Erfurt	Mitglied
Dr. Detlef Hosemann	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
Rainer Krick	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
Gerrit Raupach	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	Mitglied

A-99

Mandate anderer Mitarbeiter

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Jörg Hartmann	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dr. Herbert Hirschler	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	Mitglied
Jürgen Hofer	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dieter Kasten	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dr. Ulrich Kirchhoff	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Claudio Miguel Lagemann	Pirelli Deutschland GmbH, Höchst	Mitglied
Dirk Mewesen	Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International, Dublin, Irland	Mitglied
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Vorsitzender
Dr. Ulrich Pähler	Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International, Dublin, Irland	Vorsitzender
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Mitglied
Dr. Jörg Raaymann	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Klaus Georg Schmidbauer	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	Mitglied
Lothar Steinborn-Reetz	Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International, Dublin, Irland	Mitglied
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Mitglied

Frankfurt am Main/Erfurt, den 28. Februar 2012

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner	Berger	Gröb	Dr. Hosemann
Krick	Raupach	Dr. Schraad	

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale beschrieben sind.“

Frankfurt am Main/Erfurt, den 28. Februar 2012

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner

Berger

Gröb

Dr. Hosemann

Krick

Raupach

Dr. Schraad

Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstandes der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 28. Februar 2012

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Markus Burghardt	Wolfgang Weigel
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

**Unterzeichner für die
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale**

Frankfurt am Main / Erfurt, den 11. April 2012